BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 7 Köln, 20. Juli 1958 Preis DM 1.-

Dritter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger – Walter Hagemann
Johannes Hessen – Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein – Rudolf Pikola
Franz Rauhut – Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder – Renate Riemeck
Franz Paul Schneider
Katharina Seibert
Hermann Strathmann – Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen – Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Manfred Pahl-Rugenstein, „Es begann in Bagdad"* S. 469
- *Bertrand Russell, „Zurück vom Abgrund des Atomtodes!"* S. 477
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Lehren aus einer Landtagswahl"* S. 483
- *Dr. Achim von Borries, „Der demokratische Vorhang"* S. 488
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Mit der Bombe leben?"* S. 496
- *Bürgermeister Albert Osswald, MdL, „Die Selbstverwaltung der Gemeinden und die atomare Aufrüstung"* S. 502
- *Dr. Erich Küchenhoff, „Atomkrieg zum Schutze der Menschenwürde"* S. 507
- *Johannes Weidenheim, „Das Crescendo aus Lochhausen"* S. 513
- *Günther Weithe, „Wir sind es, die den Kopf hinhalten müssen!"* S. 517
- *Prof. D. Heinrich Vogel, „Praktizierter Nihilismus"* S. 520
- *Ulrike Meinhof/Jürgen Seifert, „Unruhe in der Studentenschaft"* S. 524
- *Anton Zischka, „Verbraucher Krieg?"* S. 526
- *Gerhard Vanter, „Atombewaffnung und öffentliche Meinung in Holland"* S. 540
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 543

Manfred Pahl-Rugenstein

Es begann in Bagdad

Öl ist ein besonderer Saft

Am Jahrestag der Erstürmung der Bastille ist das ancien régime des Nuri es-Said und mit ihm der haschemitische Königsthron im Irak untergegangen. „Die Revolution wird von euren ehrenhaften Offizieren unterstützt, die sich weigern, sich dem Imperialismus zu verkaufen", heißt es in dem ersten Aufruf des neuen Ministerpräsidenten General Abdul Karim el Khassem.

Das Ereignis geschah in einem Augenblick, als der König Feisal (23) gerade Krone, Zepter und die weiß-goldene Galauniform einpackte, um an einem Treffen der muselmanischen Bagdad-Pakt-Häupter in Istambul teilzunehmen. Einen Befehl an seine Truppen

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 7 Köln, 20. Juli 1958 Preis DM 1.-

Dritter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen – Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein – Rudolf Pikola
Franz Rauhut – Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder – Renate Riemeck
Franz Paul Schneider
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Manfred Pahl-Rugenstein, „Es begann in Bagdad“* S. 469
- *Bertrand Russell, „Zurück vom Abgrund des Atomtodes!“* S. 477
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Lehren aus einer Landtagswahl“* S. 482
- *Dr. Achim von Borries, „Der demokratische Vorhang“* S. 488
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Mit der Bombe leben?“* S. 496
- *Bürgermeister Albert Osswald, MdL, „Die Selbstverwaltung der Gemeinden und die atomare Aufrüstung“* S. 502
- *Dr. Erich Küchenhoff, „Atomkrieg zum Schutze der Menschenwürde“* S. 507
- *Johannes Weidenheim, „Das Crescendo aus Lochhausen“* S. 513
- *Günther Weithe, „Wir sind es, die den Kopf hinhalten müssen!“* S. 517
- *Prof. D. Heinrich Vogel, „Praktizierter Nihilismus“* S. 520
- *Ulrike Meinhof / Jürgen Seifert, „Unruhe in der Studentenschaft“* S. 524
- *Anton Zischka, „Verbraucher Krieg?“* S. 526
- *Gerhard Vanter, „Atomrüstung und öffentliche Meinung in Holland“* S. 540
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 543

Manfred Pahl-Rugenstein

Es begann in Bagdad

Öl ist ein besonderer Saft

Am Jahrestag der Erstürmung der Bastille ist das ancien régime des Nuri es-Said und mit ihm der haschemitische Königsthron im Irak untergegangen. „Die Revolution wird von euren ehrenhaften Offizieren unterstützt, die sich weigern, sich dem Imperialismus zu verkaufen“, heißt es in dem ersten Aufruf des neuen Ministerpräsidenten General Abdul Karim el Khassem.

Das Ereignis geschah in einem Augenblick, als der König Feisal (23) gerade Krone, Zepter und die weiß-goldene Galauniform einpackte, um an einem Treffen der muselmanischen Bagdad-Pakt-Häupter in Istambul teilzunehmen. Einen Befehl an seine Truppen

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 7 Köln, 20. Juli 1958 Preis DM 1.-

Dritter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger – Walter Hagemann
Johannes Hessen – Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein – Rudolf Pikola
Franz Rauhut – Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder – Renate Riemeck
Franz Paul Schneider
Katharina Seibert
Hermann Strathmann – Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen – Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Manfred Pahl-Rugenstein, „Es begann in Bagdad"* S. 469
- *Bertrand Russell, „Zurück vom Abgrund des Atomtodes!"* S. 477
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Lehren aus einer Landtagswahl"* S. 483
- *Dr. Achim von Borries, „Der demokratische Vorhang"* S. 488
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Mit der Bombe leben?"* S. 496
- *Bürgermeister Albert Osswald, MdL, „Die Selbstverwaltung der Gemeinden und die atomare Aufrüstung"* S. 502
- *Dr. Erich Küchenhoff, „Atomkrieg zum Schutze der Menschenwürde"* S. 507
- *Johannes Weidenheim, „Das Crescendo aus Lochhausen"* S. 513
- *Günther Weithe, „Wir sind es, die den Kopf hinhalten müssen!"* S. 517
- *Prof. D. Heinrich Vogel, „Praktizierter Nihilismus"* S. 520
- *Ulrike Meinhof/Jürgen Seifert, „Unruhe in der Studentenschaft"* S. 524
- *Anton Zischka, „Verbraucher Krieg?"* S. 526
- *Gerhard Vanter, „Atombewaffnung und öffentliche Meinung in Holland"* S. 540
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 543

Manfred Pahl-Rugenstein

Es begann in Bagdad

Öl ist ein besonderer Saft

Am Jahrestag der Erstürmung der Bastille ist das ancien régime des Nuri es-Said und mit ihm der haschemitische Königsthron im Irak untergegangen. „Die Revolution wird von euren ehrenhaften Offizieren unterstützt, die sich weigern, sich dem Imperialismus zu verkaufen", heißt es in dem ersten Aufruf des neuen Ministerpräsidenten General Abdul Karim el Khassem.

Das Ereignis geschah in einem Augenblick, als der König Feisal (23) gerade Krone, Zepter und die weiß-goldene Galauniform einpackte, um an einem Treffen der muselmanischen Bagdad-Pakt-Häupter in Istambul teilzunehmen. Einen Befehl an seine Truppen

zum Einmarsch in den Libanon hatte er noch schnell vorher unterzeichnet. Es ging alles so vor sich, wie Nasser es einmal für möglich hielt: „50 junge Offiziere genügen, um das Regime Nuri es-Said in Bagdad hinwegzufegen." Nach einigen Schüssen in den Palästen gab es im ganzen Land ausgedehnte Freudentänze. Indes eilte die Kunde durch die Welt. „Die Lebensader des Westens ist bedroht!" Unter dieser Schlagzeile schrieb die New York Herald Tribune: „Der Schlag im Irak bedroht die wichtigste Lebensader des Westens: das Öl — und zwar nicht nur das des Irak, sondern auch das von Kuweit, das in Iran und vor allem in Saudi-Arabien. Der Westen kann und darf es nicht zulassen, daß diese Hauptschlagader verletzt wird."

Im Libanon, wo es seit Anfang Mai d. J. zu harten inneren, oft blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Feudalherren unter Präsident Chamoun und der nationalen Opposition gekommen war, und im Palast König Husseins in Amman dachte man in diesem Augenblick weniger an Öl und mehr an die drängenden nationalen Instinkte der arabischen Völker. Man kannte allzu gut die Stimmung im eigenen Land. Und so richtete man denn Hilfeersuchen an die USA und Großbritannien (und wer weiß, ob diese nicht zuvor um das Hilfeersuchen ersuchten?), und die Amerikaner landeten, 30 Stunden nach der Geburt der Republik Irak, ihre Truppen. Mit dem Recht der kollektiven Selbstverteidigung nach Art. 51 der UN-Charta begründete Präsident Eisenhower die militärische Aktion. „Durch sie wird die Sorge der USA um die Unabhängigkeit und Integrität des Libanon, die wir im nationalen Interesse und im Interesse des Weltfriedens für lebenswichtig halten, sichtbar gemacht." Der Präsident verwies auf den notwendigen Schutz der im Libanon weilenden 2500 Amerikaner, „wenn der Libanon möglicherweise nicht in der Lage ist, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten und sich gegen eine indirekte Aggression zu verteidigen hat". Dieser Hinweis, in den folgenden Tagen noch oft erläutert als „von außen, d. h. Kairo oder Moskau, gelenkte subversive Aggression", wird als Begründung für die in Art. 51 der Charta geforderte Voraussetzung eines „bewaffneten Angriffs" vorgestellt. Es heißt dann: „In Übereinstimmung mit dem Geist der Charta berichten die USA dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über die von ihnen ergriffenen Maßnahmen und erklären, daß diese Maßnahmen eingestellt werden, sobald der Sicherheitsrat selbst die für die Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit notwendigen Maßnahmen getroffen hat." Als zwei Tage später, am Donnerstag, englische Truppen in Jordanien landeten, gab es eine ganz ähnliche Begründung.

So entstand jene Situation, die die Welt wieder einmal „an den Rand des Abgrunds" brachte, und deren „Maßnahmen zur Erhaltung des internationalen Friedens" der Manchester Guardian kurz und bündig „atemberaubend dumm" nannte.

Während in der ersten Woche des Konflikts Tag für Tag Truppen und Materialien zu Wasser und durch die Luft vom Westen nach Nahost geschafft wurden, war die neue Republik Irak nach dem Tanzen wieder an die Arbeit gegangen. Das Öl aus den Quellen von Kirkuk — im Jahr sind es 21,5 Millionen Tonnen — fließt weiter durch die Pipeline über Syrien zur Libanonküste. Die neue Regierung bekannte sich zur Charta der UN und den fünf Grundsätzen von Bandung, sie erklärte, die Ölverträge zu achten und die Gesellschaften nicht zu verstaatlichen; die Banken im Land sind geöffnet. Von den fünf Millionen Einwohnern

wurde die Loslösung aus der haschemitischen „Arabischen Föderation" mit Jordanien und das Bekenntnis zu den nationalen arabischen Befreiungszielen Nassers stürmisch begrüßt. Zur gleichen Stunde sprachen die in Istambul und Ankara weilenden Staatshäupter Iskander Mirza (Pakistan), Reza Palewi (Iran) und Celal Bayar (Türkei) „dem ganzen Lande ihr herzliches Beileid aus" und bedauerten „aus ganzem Herzen diesen Rückfall in die Barbarei". Mit der Vereinigten Arabischen Republik schloß der Irak einen Beistandspakt ab. Von 13 Staaten, darunter Nassers Reich, China, Sowjetunion und Jugoslawien, wurde die Republik sofort anerkannt.

In Paris hatte indessen de Gaulle, Ministerpräsident des Landes, das — nach „L'Aurore" — „die bedeutendste mohammedanische Macht in Afrika und allein noch imstande ist, einen westlich und demokratisch gesinnten Islam aufzubauen", beschlossen, sich an der Nahost-Aktion zu beteiligen, d. h. mitzusäen, um evtl. mitzuernten. Er entsandte das Kriegsschiff „De Grasse" zur libanesischen Küste, damit es ein „symbolisches Truppenkontingent" lande. Dies ließ sich jedoch nicht durchführen, da der USA-Oberbefehlshaber Admiral Holloway, sicherlich auf höhere Weisung, die Landung verweigerte.

König Hussein erklärte sich am Tag nach Feisals Tod zum Oberhaupt der „Arabischen Föderation". In Rundfunkansprachen sagte er, daß es die Republik Irak und ihre Regierung „nicht gebe", alle irakischen Streitkräfte nur seinen Befehlen zu gehorchen hätten und die irakischen Botschaften im Ausland ihm unterständen. Er ersuchte die ausländischen Regierungen, alle Bankguthaben des Irak an ihn zu überweisen. Den Staatsvertrag über die Föderation vom 14. Februar 1958, dessen Artikel 2 lautet: „Jeder der beiden Staaten bewahrt seinen internationalen Status, seine Unabhängigkeit, die Souveränität über sein derzeitiges Territorium und sein Regierungssystem", hatte König Hussein wohl in der Eile nicht zur Hand. Seine mehrmals wiederholten Ankündigungen, gegen den Irak vorzugehen, bereiten allerdings den westlichen Freunden des Herrschers nicht ganz geringe Sorgen, denn hier ist der kritische Punkt in der augenblicklichen Situation. Der Krieg in Korea dauerte zwei Jahre, dann kam es zur Festlegung der „Demarkationslinie"; die Kampfhandlungen der Suez-Krise begannen am 29. Oktober 1956 und endeten am 5. November nach einer sowjetischen Intervention in London; in dem neuen Konflikt gibt es schon nach drei Tagen eine Linie der unbedingten Abgrenzung: die jordanische Grenze zum Irak hin. Würden westliche Truppen sie überschreiten oder Aktionen Jordaniens gegen den Irak ermöglichen, so bedeutet das den Eintritt der Vereinigten Arabischen Republik und vielleicht gar den der Sowjetunion in einen regelrechten Krieg. Man spricht auch von Freiwilligen-Verbänden für diesen Fall, rekrutiert aus den mohammedanischen Sowjetrepubliken, aus China und Korea. Der Krieg aber ist hier kein Feldzug, der sich im Stabsquartier „ausarbeiten" läßt, sondern überall flackernder Kleinkrieg. Aber auch ohne die Überschreitung der irakischen Grenze ist Gefahr genug vorhanden, daß die Anwesenheit der westlichen Truppen zum Guerillakrieg gegen sie im Libanon und in Jordanien selbst führt.

Spannungsfeld Nahost

Es gehört zu den Seltsamkeiten unserer Tage, daß die Regierung jener Großmacht, die sich nach 1945 zum Sprecher der „One World" machte, deren Präsident

Roosevelt den Völkern die großartige Botschaft von den „Vier Freiheiten" brachte und die sich zu den Menschen- und Völkerrechtsgrundsätzen der UN-Charta bekennt, durch ihr jetziges militärisches Eingreifen zur Stützung einer dünnen feudalen Oberschicht beiträgt. Mit Hilfe dieser Schicht sind die Ölverträge zustandegekommen, sie allein kassiert die Royalties. Der Scheich Abdullah von Kuweit z. B., der seinen Hofstaat bis 1945 aus den Abgaben seiner Perlenfischer mühsam bestritt, erhält heute tagtäglich 2½ Millionen DM in bar als Schürfanteil. Diese Schicht steht seit langem in einem krassen Gegensatz zum Volk. Während das Durchschnittseinkommen des einfachen Irak-Arabers im Monat ganze 35 DM beträgt, kaufte Kronprinz Abdul Illah in der Bondstreet in London für eine Million DM Möbel für seinen Palast und hatte Feisal die Absicht, 28 Millionen Dollar für eine neue Residenz zu seiner Hochzeit auszugeben. Ihre Staaten sind Polizeiregime reinsten Wassers, zu deren täglichen Methoden politische Verhaftungen, Parteiverbote, Zensuren, Exekutionen gehören. Hinzu kommt soziale Ausbeutung in Fabriken und im Großgrundbesitz; Kinderarbeit ist an der Tagesordnung. All dies klingt wenig schön, die Vokabeln hören sich sogar an wie Propagandaschlagworte. Aber man erinnere sich nur einmal an das, was nach der Abdankung König Fuads aus Ägypten über ihn bekannt wurde. Es sei auch nicht verschwiegen, daß Nuri es-Said einen Teil der Öleinnahmen im Irak in Krankenhäusern, Eisenbahnen, Straßen und Kraftwerken, Schulen und ähnlichem anlegte; aber die „Reichen" sind nur ein dünner Ölfilm auf dem Meer ihrer Völker. So war es in dieser Situation gar nicht nötig, daß die arabischen Menschen von außen her revolutioniert wurden, sie sind aus sich selbst heraus gesonnen, sich den westlichen Ideen der Freiheit zu verschreiben. Und die Erfahrungen erst mit den Türken, dann mit den Engländern, ihren Kolonialherren und Beherrschern des See- und Landweges nach Indien, schließlich nach dem zweiten Weltkrieg mit den westlichen Handelsherren, all dies hat zur tiefen Festigung eines gemeinsamen arabischen Nationalgefühls beigetragen. Das Suez-Unternehmen, die Anwesenheit der 6. Flotte in Verbindung mit der Eisenhowerdoktrin und nunmehr die Landung im Libanon und in Jordanien verstärken diese Haltung nur noch. So ist, ganz real gesehen, der Bagdad-Pakt, dessen Kernstück der Irak sein sollte, in Hinsicht auf die Partnerschaft der arabischen Truppen vielleicht weniger wert, als eine Kolonie auf dem Mond. Der Zug zur Befreiuung läßt sich nicht durch militärische Stützungsaktionen zugunsten der Oberschicht aufhalten. Eine Politik, die auf Dauer gesehen für den Westen und für die Araber von Nutzen sein soll, muß eine demokratische Entwicklung hier und in Nordafrika nicht hindern, sondern im Gegenteil sich ihr verbünden. Ein sehr viel stabileres Element des Friedens als der Bagdad-Pakt könnte eine sich abzeichnende Allianz Kairo—Belgrad—Athen werden. Es ist kurzsichtig und für den Frieden gefährlich, das Einheitsstreben der Araber zu bekämpfen, und es ist nur verständlich, wenn die Araber bei der Sowjetunion nach Stützung sondieren und dabei deutlich erkennen lassen, daß sie von ihr so wenig abhängig sein wollen, wie vom Westen. Es ist Selbsttäuschung des Wesents und Simplifizierung, in all diesen Vorgängen „subversive Aktionen des Kommunismus" zu sehen. Es ist der Kardinalfehler der westlichen Nahost-Politik, im Bündnis mit den in ihrem Volke verhaßten und reaktionären Schichten deren Regime zu stützen. Die Vorgänge beim Eintreffen der Amerikaner in Beirut, die „Stabsbesprechung im Straßengraben", bei der der libanesische Militärchef zugeben mußte, er befürchte, daß seine eigene Armee

auf die Amerikaner schieße, wenn sie massiert in Beirut einträfen, die Isolierung Chamouns durch sein eigenes Parlament, daß ihm, als nicht mehr vom Vertrauen des Parlaments getragen, die Berechtigung zum Ruf an die Amerikaner bestreitet, die von der Opposition verkündete Absicht der Bildung einer „freien libanesischen Regierung", all dies sind Zeugen der Richtung der emotionellen und politischen Kräfte in diesem Raum. Und andererseits konnten der amerikanische und der britische Botschafter in Bagdad mit den dort zur Macht gelangten „subversiven Angreifern" sehr „freundschaftliche" Gespräche führen, die offenbar wirtschaftlich und politisch sehr befriedigt haben. Gerade in der jetzigen Situation kann ein Kontakt und Gedankenaustausch mit Nasser sehr nützlich sein. Zu den Befürwortern einer Regierungskonferenz mit Nasser gehört der amerikanische Senator Humphrey, gehören amerikanische und britische Wirtschaftskreise. „John Foster Dulles und Selwyn Lloyd schwimmen gegen den Strom der Geschichte" stellt Paul Sethe in der Welt (18. 7.) fest. Der militärische Aufmarsch in Nahost ist eine gefährliche „Fahrt ins Abenteuer". Die englische Opposition sprach es sehr deutlich aus; in der Außenpolitischen Kommission des amerikanischen Senats soll eine sofortige gründliche Untersuchung der gesamten Mittelost-Politik durchgeführt werden, die nicht in Ordnung sein könne, wenn sie zu solchen „Zwangslagen" führe. 300 000 Dollar wurden für diesen Zweck bereitgestellt. In Whitehall äußerte ein Beamter: „Was immer wir in einer solchen Lage tun, ist irgendwie falsch."

Die Bundesrepublik und der Konflikt

Die Bundesregierung gab in Bonn die Parole der äußersten Zurückhaltung gegenüber den Ereignissen heraus. Das ist zu begrüßen. Wir sind bei dieser Intervention zwar nicht unmittelbar beteiligt, werden aber dank unserer Nachkriegspolitik und der bestehenden Verträge doch sehr einschneidend berührt.

Da ist einmal die Tatsache, daß die Türkei Partnerstaat der Nato und des Bagdad-Paktes ist. Was ergibt sich, wenn sie als Mitglied des Bagdad-Paktes in Aktionen im Irak — man kann nie ausschließen, daß sie sich noch ergeben — verwickelt wird und sich dabei als Natopartner auf ihrem Gebiet oder in ihrem Luftraum, den vielleicht feindliche Transportverbände überfliegen, angegriffen betrachtet? Jede Solidaritätserklärung der Nato und schon ganz jeder Beschluß zur Unterstützung kommt einer Kriegserklärung der Bundesrepublik gleich. Würde die jetzige Bundesregierung in diesem Fall das ihr zustehende Veto zur Abwendung solcher Nato-Maßnahmen einlegen? Was geschieht, wenn der Truppenplatz Adana, auf dem taktische amerikanische Atomwaffen lagern sollen, von einem Gegen-Atomschlag getroffen wird?

Und da ist noch eine andere Tatsache. Welche Reaktionen ergeben sich, wenn eine sich neutral verhaltende Türkei von militärischen Verbänden der arabischen Partei überflogen wird? Wird man sich damit begnügen, einen Protest loszulassen, vielleicht ohne Antwort zu erhalten? Hier hat der Neutralitätsbruch der Amerikaner gegenüber Österreich durch die Überfliegung von Tirol beim Truppen- und Materialtransport auf dem Weg von der Bundesrepublik nach Neapel ein sehr schlechtes Beispiel gegeben. Dieser Völkerrechtsverstoß wiegt um so schwerer, als er gegenüber einer kleinen neutralen Macht geschah, zu deren Garantiemächten die USA selbst gehören.

Doch am nächsten liegen uns die Ereignisse, die auf westdeutschem Boden im Zusammenhang mit der Militäraktion vor sich gehen. Obwohl es sich bei der Libanon-Intervention nicht um eine Nato-Angelegenheit handelt, beriefen die USA sich auf eine Vertragsklausel, die es „gestattet, Truppen und Material nach unserem Belieben von einem Nato-Stützpunkt nach einem anderen zu verlegen". Die Amerikaner begannen zu schalten und zu walten wie zu Hause. Die Alarmstufe 2 überfiel das schöne Etappenleben. Teile der 24. (Nato-)Luftlandedivision wurden in bereitgestellte C 130-Transporter verfrachtet und die Soldaten hatten gerade noch Zeit, ihre Plattenspieler, Leicas, Rundfunk- und Fernsehgeräte und ähnliches ihren trauernden Fräuleins zu schenken. Während sich auf dem Frankfurter Flugplatz die Nachschubgüter stapelten, setzten sich die amerikanischen Familien in ihre Straßenkreuzer und transportierten ihre Papageien, Katzen und Hunde zur Luftgepäckannahme, denn im „Ernstfall" werden nur Menschen evakuiert.

Es ist eine Sache für sich, ob der Abzug der Nato-Truppen aus der Bundesrepublik ohne vorherige Konsultation des Nato-Rates den Vertragsbestimmungen entspricht, eine Frage, die sich auch für den Einsatz der 6. Mittelmeer(Nato-)flotte ergibt. Das Problem aber, das wir mit allem nur möglichem Ernst durchdenken sollten, ist jedoch die Benutzung von Flugplätzen wie Frankfurt und Fürstenfeldbruck als Depot und Sprungbrett für die Nahost-Aktion. Hier sind die Divisionen stationiert, die für ein Eingreifen bereitgehalten werden,hier landen die Transport- und Kampfflugzeuge, werden Kriegsmaterialien bereitgehalten. Unser Frieden und unsere Sicherheit werden hier sehr ernsthaft berührt in einer Sache, die wir nicht zu vertreten haben. Die Gefahr einer gegnerischen Aktion von der Guerillaaktion bis zum Atomschlag — vielleicht mit der Erklärung verbunden, daß nicht die Bundesrepublik, sondern der nicht ihrer Souveränität unterstehende ausländische Stützpunkt angegriffen wird — kann nicht verneint werden, insbesondere gerade dann nicht, wenn man nach der Theorie der abgestuften Verteidigung in der Anwendung einer taktischen Atomwaffe kleiner oder „kleinster" Art nicht den Einsatzfall für die großen Atomwaffen gegeben sieht, „weil ihr Einsatz auch gegen begrenzte Angriffe nicht zu verantworten wäre. Der Angreifer könnte daher — wenn er sich auf ein Teilziel erkennbar beschränkt — die Abschreckung gleichsam unterlaufen" (zitiert aus dem in der Neuen Zürcher Zeitung am 19. 7. 1958 erschienen Aufsatz „Der Preis des Friedens" von Bundesminister Dr. h. c. Franz Josef Strauß). Wäre hier nicht — im umgekehrten Sinn — ein solcher Fall des „Unterlaufens" gegeben mit allen seinen Folgen für unsere Bevölkerung?

Zum anderen muß die Frage gestellt werden, ob eine solche Führung und Unterstützung der Militäraktion im arabischen Raum vom Gebiet der Bundesrepublik aus nicht für uns sehr wesentliche politische und wirtschaftliche Nachteile mit sich bringt, uns in Nahost gute und wertvolle Sympathien verscherzt? Wir sehen, wie unser Land durch die Politik der Stärke tief in Dinge hineingezogen wird, die unseren eigenen Interessen zuwiderlaufen. Wir sehen an der ernsten und abgründigen praktischen Demonstration dieser Tage, wie sehr wir Ursache haben, die westdeutsche Außenpolitik grundlegend zu überprüfen. Wir können erkennen, wieviel Unsicherheit statt Sicherheit der Nato-Pakt für uns enthält.

Der Streit der Diplomaten

Während der ganzen ersten Woche hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sozusagen permanent getagt. An ihrem Ende steht die Möglichkeit einer baldigen Einberufung der Vollversammlung, die in Aussicht stehende Einbringung eines japanischen Vermittlungsvorschlages und der Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow so einem sofortigen Gipfeltreffen. In Botschaften an Hammarskjöld, Nehru und die Regierungschefs der drei Westmächte sagt er: „Es ist nicht möglich, noch eine Minute zu warten. Wir durchleben einen der ernstesten Augenblicke der Geschichte der Menschheit. Wir haben einen Punkt erreicht, an dem jeder unvorsichtige Schritt die größte Katastrophe der Welt herbeiführen kann." Chruschtschow schreibt, es gehe „um Sofortmaßnahmen zur Verhinderung des beginnenden militärischen Konflikts". „Wir schlagen vor, jeden Tag und zu jeder Zeit und je eher desto besser zusammenzukommen. Die Hauptsache ist, nicht zu zögern, denn die Kanonen beginnen schon zu schießen."

Diese Botschaft ist in einem Augenblick versandt, in dem feststeht, daß im Sicherheitsrat und auch in einer kommenden Vollversammlung der UN eine Zweidrittelmehrheit für diese oder jene Seite nicht erreichbar erscheint. Das bedeutet aber — zum Unterschied von der Suez-Krise, daß das Gremium in entscheidenden Stunden untätig zu bleiben droht und über Rede und Gegenrede nicht hinauskommen kann. Zum ersten Mal in der Geschichte der UN sehen sich die USA in diesem Weltgremium isoliert, finden ihr Vorgehen und ihr Vorschlag nicht die notwendige Mehrheit; allerdings ist genau so wenig eine so starke Gegengruppe vorhanden, um ihr Vorgehen und das der Briten als Aggression zu verurteilen. Zum ersten Mal steht auch Dag Hammarskjöld, ein Politiker, dessen Erfahrung, Nüchternheit und friedlichen Absichten von allen Seiten uneingeschränkte Hochachtung gezollt wird, in entschiedenem Gegensatz zu den Amerikanern und Briten. Seine UN-Beobachter stellten fest, daß die Behauptung, Waffen und Revolutionäre würden von außen zum Sturz der jetzigen Libanon-Regierung infiltriert, nicht zutrifft. Der Entsendung der Kommission hatte übrigens auch der Vertreter Nassers uneingeschränkt zugestimmt. Gegen die USA stehen nicht nur die Stimmen des Ostblocks, sondern auch die neutralen Staaten Asiens, die nordischen Staaten in Europa, ein Teil der Lateinamerika-Mächte und natürlich die Araber. Der für den Sicherheitsrat bestimmte japanische Entschließungsentwurf schlägt vor, die UN-Beobachtergruppe so zu verstärken, daß die Amerikaner die Möglichkeit zum Abzug erhalten. Die USA haben verlauten lassen, daß sie für den japanischen Vorschlag stimmen werden. Sollte er der Ablehnung verfallen, wird eine Vollversammlung einberufen werden.

Der japanische Vorschlag berührt allerdings eine Reihe wichtiger Punkte nicht. So z. B. die Anwesenheit der Briten in Jordanien und die Möglichkeit der bewaffneten Intervention unter direkter oder indirekter Mitwirkung der Landungsmächte im Irak. Ein Sprecher des Weißen Hauses hat dementiert, daß sich Großbritannien und die USA auf eine Politik des Nichteingreifens im Irak geeinigt haben, was allerdings auch bedeuten kann, daß man sich für kommende politische Erörterungen alles offen halten will.

Dann aber bleibt die entscheidende Frage, was in Jordanien und im Libanon geschieht, wenn die Landungstruppen abgezogen sind. Soll ein Bürgerkrieg sozusagen unter hermetischer Aufsicht der UN stattfinden? Der Libanon und Jor-

danien werden heute gegen das Volk regiert. Die Interessen des Westens liegen im Grunde nicht bei der Erhaltung dieser Regime, sondern darin, daß seine Öl-interessen gewahrt werden und daß seine Paktpolitik im Süden der Sowjetunion nicht vollends zusammenbricht. Wieviel mehr Gewinn aber könnte nicht nur der Westen, sondern auch die arabische und die ganze übrige Welt davon haben, wenn die Entwicklung in diesem Raum ins Evolutionäre geöffnet wird und durch neutrale Selbständigkeit dem Osten wie dem Westen gedient wird. Das bedeutet, daß die UN Wege ebnet, demokratische Verhältnisse im Libanon und für das Volk zumutbare Reformen in Jordanien zu verwirklichen. Das Mittel hierzu könnte eine Nahost-Konferenz sein, die in offener Erörterung zwischen den verschiedenen arabischen Exponenten und dem interessierten Kreis außenstehender Mächte Lösungen zu erarbeiten sucht. Denn ohne eine solche Reform würde die sicherlich auch zeitlich begrenzte Anwesenheit der UNO im Libanon und in Jordanien kein nützliches Ergebnis hinterlassen können; jeder Versuch aber, die drängenden politischen Befreiungstendenzen aufzuhalten, würde nur Unruhe und neue Krisen schaffen.

Die Völker der Welt warten darauf, daß ihre Politiker, die von ihnen hierzu bestimmt wurden, die Gefahr überwinden und den Frieden herstellen. Jeder Schritt in dieser Richtung läßt die Welt aufatmen. Gerade aus den gleichen Mündern, die der militärischen Intervention das Wort redeten, hört man jetzt, es sei „das größere Problem", aus der Krise wieder herauszukommen. Die amerikanisch-britische Aktion erfolgte sehr schnell, sozusagen über Nacht. Soll man nun in der Eile Chruschtschows, zu einem Gespräch zu kommen, nur den Hintergedanken sehen, dadurch die Verstärkung der westlichen militärischen Kräfte im Nahen Osten aufhalten zu wollen, oder die Propagandaabsicht, als Friedensapostel moralischen Kredit bei den Arabern zu sammeln? Auch das Argument, man müsse eine Gipfelkonferenz gründlich vorbereiten, kann man auf dies Sondertreffen nicht beziehen. Hier handelt es sich um die Abwendung der jetzigen akuten Kriegsgefahr. Alle Mittel müssen versucht werden, auch dieses: Auge in Auge über die Überwindung des Abgrundes zu verhandeln und dabei gegenseitig zu erkunden, ob zum Segen der ganzen Menschheit auf beiden Seiten ein aufrichtiger Wille vorhanden ist. Der westliche Aufmarsch löste die sowjetischen Manöver in Transkaukasien, Turkestan und Bulgarien aus; und die Bezeichnung darf nicht täuschen. Ein arabisches Sprichwort sagt: Geschliffene Schwerter tanzen von selbst zum Feind. Es gilt, für den Frieden zu handeln. Zu einem solchen Schritt ist es nie zu früh!

Ist der Ausweg gefunden, kann man in Ruhe daran gehen, durch eine reale und friedliche Politik im Kontakt mit den nationalen und volksverbundenen Kräften der arabischen Welt ein neues westliches Prestige — das alte ist nun endgültig zerstoben — zu gewinnen. Zu einer solchen Politik ist es nie zu spät.

Bertrand Russell

Zurück vom Abgrund des Atomtodes!

Die nachstehende Rede sollte auf dem für 5./6. Juli 1958 in Basel geplanten „Europäischen Kongreß gegen die atomare Aufrüstung" gehalten werden. Das Verbot der internationalen Veranstaltung durch den Bundesrat der Schweiz hat eine noch in Gang befindliche Diskussion ausgelöst, vor allem in England, der Bundesrepublik und der Schweiz. Hieran beteiligten sich nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern auch Persönlichkeiten, die dem Kongreß als solchem nicht nahestanden, unter ihnen Völkerrechtler und Juristen aus der Schweiz und anderen Ländern. Allgemein wird hierbei der Bruch des mit der schweizerischen Gastfreundschaft verknüpften Rechts der freien Diskussion auf internationalen Konferenzen und Kongressen bedauert. Es wird juristisch gegen die Rechtmäßigkeit der Herleitung des Verbots aus der schweizerischen Bundesverfassung Stellung genommen, das hierbei von schweizerischer Seite sogar als „eine mit der Maxime der schweizerischen Neutralität kaum mehr übereinstimmende einseitige Stellungnahme des Bundesrates zugunsten einer bestimmten politischen Konzeption (über die wir an dieser Stelle nicht zu sprechen haben)" bezeichnet wird. Dieser Hinweis auf die Atomwaffenpläne der Schweiz stimmt überein mit der Begründung des Verbots aus der „Befürchtung der Einmischung des Kongresses in die inneren Angelegenheiten der Schweiz, speziell der Wehrpolitik". Der Bundesrat stützte sich dabei auf einen Satz eines vom Komitee des Kongresses verbreiteten Aufrufes des Earl of Russell, in dem es heißt, noch wichtiger als die Einstellung der Kernwaffenversuche sei „die Verhinderung der Abgabe von Atomwaffen an solche Länder, die noch keine besitzen".

Die Einladung zu dem Baseler Kongreß war von mehreren Nobelpreisträgern und einer Reihe anderer sehr bekannter Persönlichkeiten unterzeichnet worden, unter ihnen K. Barth, M. Born, R. Jungk, J. Huxley, E. Kästner, B. Britten, S. Andres, J. B. Priestley u. w. Bertrand Russell stellte uns seine vorgesehenen Ausführungen zur Erstveröffentlichung zur Verfügung. *D. Red.*

Wir sind hier versammelt, um über das ernsteste und furchtbarste Problem zu beraten, vor das sich die Menschheit je gestellt sah. Es sind Möglichkeiten entdeckt worden, durch die die menschliche Rasse sehr wahrscheinlich vernichtet oder bestenfalls auf einige wenige notleidende Wanderer in der Terra del Fuego oder auf den Neuen Hebriden reduziert werden könnte. Und es gibt allen Grund für die Annahme, daß, falls ein großer Krieg ausbricht, diese neuen Waffen trotz ihrer katastrophalen Zerstörungskraft angewendet werden. Dieses Problem selbst in der Theorie zu lösen ist keineswegs einfach, es in der Praxis zu lösen ist erschreckend schwer. Dennoch muß eine Lösung gefunden werden, wenn die menschliche Rasse fortbestehen soll.

Die benötigten Maßnahmen sind von zweierlei unterschiedlicher Art: da sind zuerst diejenigen, die nur darauf gerichtet sind, die tagtägliche Gefahr eines Kriegsausbruchs auf ein Mindestmaß zu verringern, und da sind zweitens die auf längere Zeiträume berechneten Maßnahmen, die nötig sein werden, um in einer längeren Zeitspanne der Zukunft einen großen Krieg zu vermeiden. Bevor wir irgendeine der beiden Arten betrachten, wollen wir kurz die gegenwärtige Politik verschiedener Mächte und die Aussichten, die sie für die kommenden Jahre bieten, überblicken.

Bis jetzt besitzen nur die USA, die UdSSR und Großbritannien die Wasserstoffbombe. Aber Frankreich, Westdeutschland, Schweden und die Schweiz beabsichtigen, sie in Kürze zu erwerben, und werden dies tun, wenn nicht aktive Schritte unternommen werden, um diese Ausbreitung des Irrsinns zu verhindern. Wenigstens haben in Deutschland die Wissenschaftler der offiziellen Politik eine energische und lobenswerte Opposition entgegengestellt, und die Wissenschaftler vieler Länder haben tatsächlich bewiesen, daß sie sich der Gefahr bewußt sind

und alles tun, was sie können, um sie abzuwenden. Es ist natürlich klar, daß einer Vergrößerung der Zahl der im Besitz der Wasserstoffbombe befindlichen westlichen Mächte eine entsprechende Zunahme unter den östlichen Mächten folgen würde; auf jeden Fall würde China Zutritt zum Atom-Klub verlangen. Ich glaube, es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß der Nahe Osten diesem Beispiel folgen würde. Das Resultat wäre keine Änderung im Gleichgewicht der Kräfte, sondern eine große Zunahme der Gefahr eines Krieges und der Schwierigkeiten beim Erreichen eines Abkommens über die Abschaffung der nuklearen Waffen. Aus diesen Beweggründen möchte ich gerne erleben, daß mein eigenes Land auf die Bombe verzichtet und seinen Einfluß geltend macht, um ein Abkommen zu erreichen, das den Besitz der Bombe auf Rußland und Amerika beschränkt. Ein derartiges Abkommen würde natürlich nicht die Gefahr eines nuklearen Krieges beseitigen, aber es würde die Möglichkeiten für ein Abkommen der beiden Giganten über den Verzicht auf nukleare Waffen sehr verbessern.

Hauptsächlich im Zusammenhang hiermit ist die Abschaffung der Versuche, die augenblicklich eine Frage der praktischen Politik darstellt, von Wichtigkeit. Die Versuche sind schädlich, weil sie die Luft, das Wasser und die Lebensmittel vergiften und genetische Schäden von unbekanntem Ausmaß verursachen. Der von den Versuchen angerichtete Schaden ist aber, trotz all dieser Übel, in keiner Weise mit dem Schaden vergleichbar, der durch einen nuklearen Krieg entstehen würde, und so liegt der von den Versuchen angerichtete Schaden auch darin, daß sie die Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Krieges vergrößern. Falls die Versuche verboten werden, würde es für neue Mächte sehr schwierig sein, sich in den Besitz von Wasserstoffbomben zu setzen. Das ist bei weitem der wichtigste Beweggrund für die Hoffnung, daß ein Abkommen über die Einstellung der Versuche abgeschlossen wird.

Zwischen den beiden Weltkriegen und seit der Beendigung des zweiten Weltkrieges haben unzählige Konferenzen stattgefunden, die sich mit der Abrüstung befaßten. Die Abrüstung an sich wird den Krieg nicht verhindern. Sie ist jedoch wichtig, teils weil sie, wenn sie erreicht würde, die beiderseitigen Befürchtungen verringern würde, die die Verhandlungen jetzt erschweren, und teils weil jede Seite gegenwärtig einen unprovozierten nuklearen Angriff der anderen Seite fürchtet und daher ihre Bereitschaft zur sofortigen Vergeltung aufrechthält, was die Gefahr der Unfälle und Fehler, die als feindliche Handlungen aufgefaßt werden könnten, zu einer beständigen Gefahr macht, die jeden Augenblick gegenwärtig ist. Aus diesen Beweggründen, vor allen anderen, ist eine teilweise Abrüstung, die einen Angriff im Stil des Angriffs auf Pearl Harbour unmöglich macht, äußerst wünschenswert.

Aber die Geschichte der Abrüstungskonferenzen ist eines der entmutigendsten Kapitel der menschlichen Geschichte. Beide Seiten haben Vorschläge gemacht, nicht damit sie angenommen werden, sondern nur wegen ihres Propagandawertes. Die Vorschläge waren derart, daß diejenigen, die sie unterbreiteten, sicher waren, sie würden abgelehnt werden. Wenn die andere Seite sie, zum Schrecken derjenigen, die die Vorschläge machten, annahm, wurden sie zurückgezogen. Wenn irgend etwas Positives sich bei zukünftigen Abrüstungskonferenzen ergeben soll, so kann dies nur geschehen, wenn beide Seiten glauben, daß es wichtiger ist, ein Abkommen zu erreichen, als die andere Seite ins Unrecht zu setzen.

Es gibt eine Ausnahme unter den unaufrichtigen Handlungen der Regierungen hinsichtlich der Abrüstung, das ist der Vorschlag B a r u c h s, den die Vereinigten Staaten unterbreiteten, als sie noch das Monopol der Atomkraft besaßen. Dieser Plan war großzügig und klug, und wenn Rußland ihn angenommen hätte, so wären Rußland, der Westen und die Welt sicher nicht den Gefahren ausgesetzt

worden, die sie gegenwärtig bedrohen. Aber der Baruch-Plan gehört jetzt bereits der lange vergangenen Geschichte an und kann nicht wiederbelebt werden, um die heutigen Notwendigkeiten zu befriedigen.

Einer der alarmierendsten Umstände der Welt, in der wir zu leben versuchen, ist die echte oder vorgegebene Unwissenheit der hervorragenden Staatsmänner, die die Politik der mächtigsten Nationen leiten. Ich las in der Londoner „Times" vom 27. Juni, daß Mr. Dulles „kürzlich einen Kongreßausschuß warnte, die amerikanische Lebensweise werde durch den kalten Krieg mehr gefährdet, als sie durch einen heißen Krieg gefährdet werden würde. Sie könnten einen offenen Krieg gewinnen, aber (so sagte er) ‚ich weiß nicht, ob wir diesen kalten Krieg gewinnen werden oder nicht'." Eine derartige Erklärung kann uns nur mit Verzweiflung erfüllen. Glaubt Mr. Dulles wirklich, daß irgendjemand einen heißen Krieg „gewinnen" könnte, oder gibt er nur vor, das zu glauben, um die Kriegslust der von ihm Genasführten zu ermutigen? Genau die gleichen Fragen muß man Herrn Chruschtschow stellen. In einem an mich gerichteten Brief schrieb er:

„Wie sehr uns auch unsere Gegner verleumden mögen, so werden die sozialistischen Länder deshalb doch nicht verschwinden, und der Kommunismus, die fortschrittlichste und humanistischste Lehre, wird nicht aufhören zu bestehen. Wie viele Versuche sind unternommen worden, den Kommunismus mit Waffengewalt zu vernichten! . . . Falls der Imperialismus einen neuen Krieg entfesselt, so wird er, meine ich, darin untergehen. Die Völker werden nicht ein System dulden, daß nicht ohne Kriege, ohne die Vernichtung von Millionen Menschen zur Bereicherung einer Handvoll Monopolisten existieren kann."

Dieser Absatz macht es offensichtlich, daß Herr Chruschtschow es ebenso wie Mr. Dulles für möglich hält, seine eigene Seite werde in einem nuklearen Krieg siegreich sein, oder mindestens vorgibt, das zu glauben. In dieser Frage kann ich nicht feststellen, daß es etwas zwischen diesen beiden hervorragenden Staatsmännern zu wählen gibt. Beide, so scheint es, sind entweder aus Unwissenheit oder aus Leichtsinn bereit, die Menschheit in den universalen Tod zu führen, als auch nur das kleinste Zugeständnis in Verhandlungen zu machen. Es ist offensichtlich die Pflicht von Kongressen wie diesem, mit dem größten Nachdruck zu erklären, daß die Ansichten von Leuten wie Mr. Dulles und Herrn Chruschtschow völlig unheilvoll sind und nahezu keine Unterstützung finden würden, wenn die Tatsachen breiteren Kreisen bekannt wären.

Diejenigen, die die Welt von dem Abgrund wegführen möchten, an den uns die gegenwärtige Politik gebracht hat, haben eine sehr schwierige Aufgabe vor sich. Sie müssen nicht nur Maßnahmen finden, die durchzuführen vorteilhaft wäre, sie müssen sich auch mit dem praktischen politischen Problem befassen, Maßnahmen zu finden, die die Bevölkerungen und Regierungen durchzuführen bereit wären, und Möglichkeiten zu entdecken, solche Maßnahmen im Osten wie im Westen, trotz des Widerstandes der Obrigkeit und der meisten Organe der Massenpropaganda, zu propagieren. Ich habe bereits von der Abschaffung der Versuche gesprochen, die von allen wünschenswerten Maßnahmen diejenige darstellt, die der Verwirklichung am nächsten ist. Aber wichtigere Maßnahmen für die Erhaltung des Friedens werden wahrscheinlich nicht erreicht werden, bis auf beiden Seiten eine weit größere Erkenntnis als heute besteht, daß die Notwendigkeit der Koexistenz den Fortbestand feindseliger Gefühle zwecklos und gefährlich macht. Auf beiden Seiten muß der Wille vorhanden sein, daß Verhandlungen einen fruchtbaren Abschluß erreichen müssen und nicht allein dazu bestimmt sind, die Verruchtheit der anderen Seite sichtbar zu machen. Es ist die Pflicht aller, die Sorge um die Menschheit empfinden, alles in ihrer Macht Stehende zu

tun, um den Osten wie den Westen zu überzeugen, daß die Koexistenz die einzige Alternative zur Nichtexistenz ist, daß die Hoffnung auf einen Sieg eine Täuschung darstellt und die Rüstungen, weit entfernt, einen Schutz zu gewähren, nur die Gefährdung aller vergrößern. Wir hören viel Gerede von der „großen Abschreckung". Ein derartiges Gerede ignoriert alle Lehren der Geschichte. Rüstungswettläufe der Vergangenheit haben fast ohne Ausnahme mit einem Krieg geendet, und es gibt keinen Grund, ein anderes Ergebnis von dem heutigen Rüstungswettlauf zu erwarten. Bereits vor langer Zeit, im Jahre 1932, hat Mr. B a l d w i n, der spätere Lord Baldwin, ein konservativer Premierminister, kein Quäker oder Pazifist oder verschrobener Idealist, kluge Worte für dieses Thema gefunden. Er sagte: „Die Angst ist eine sehr gefährliche Sache. Es ist wahr, daß sie im Gefühl der Menschen als Abschreckung gegen den Krieg wirken kann, aber es ist viel wahrscheinlicher, daß sie sie veranlassen wird, sich eine Vergrößerung der Rüstungen zu wünschen, um sich vor den ihnen bekannten Schrecken zu schützen, die auf sie losgelassen werden können. Wir müssen uns erinnern, daß der Luftkrieg noch in seinem Kindheitsstadium steckt, und seine Möglichkeiten sind unvorstellbar und unberechenbar." Aber niemand hat seine Worte befolgt, nicht einmal er selbst.

Die Psychologie eines Rüstungswettlaufs ist ganz einfach und direkt. A rüstet gegen B, und B rüstet gegen A. A und B sind in gleicher Weise überzeugt, daß ihre eigenen Rüstungen rein defensiv sind, während die der anderen Seite für den Angriff bestimmt sind. Jede Seite kommt zu dem Schluß, daß die einzige Sicherheit darin liegt, stärker als die andere Seite zu sein, und widmet sich daher der Aufgabe, der anderen Seite Furcht einzuflößen. Furcht erzeugt Haß. Haß erzeugt Ungeduld. Patriotismus erzeugt eine ungerechtfertigte Hoffnung auf den Sieg. Zum Schluß wird die nervöse Spannung unerträglich, und der Krieg bricht aus. Trotz der Dinge, die uns die Psychologen erzählen, lernen die Menschen nicht aus ihren Erfahrungen, wenn ihre Leidenschaften beteiligt sind. Wenn sie vor dem schrecklichen Sturz in den Abgrund aufgehalten werden sollen, so ist es zuerst notwendig, ihre Leidenschaften zu besänftigen und ein bestimmtes Bewußtsein für ihre gemeinsamen Interessen erneut zu beleben.

Es ist tief bedauerlich, daß Ereignisse eintreten, die als Erreger von Feindschaft und von einer Art Selbstgerechtigkeit wirken, die, selbst wenn sie berechtigt ist, nicht sehr nützlich ist. Der verräterische Justizmord an N a g y und seinen Freunden hat die nichtkommunistische Welt — und das mit Recht — aufs tiefste erschüttert und der Überzeugung neue Nahrung gegeben, daß kein Vertrag eingehalten wird, wenn nicht ein System der Inspektion besteht, das eine Umgehung nahezu unmöglich macht. Als vor einigen Jahren eine Möglichkeit für freundlichere Beziehungen zwischen Ost und West zu bestehen schien, wurde diese Hoffnung durch die brutale Unterdrückung der ungarischen Revolte und die fanatisch unsinnige Eskapade der anglo-französischen Suez-Expedition zerstört. Der Schaden, der durch derartige Ereignisse angerichtet wird, reicht weit über die Ereignisse selbst hinaus, da er es erleichtert, eine Haltung frommen Abscheus zu entwickeln, die die Notwendigkeit der Zusammenarbeit in Vergessenheit geraten läßt. Die Notwendigkeit bleibt bestehen, selbst wenn der Abscheu berechtigt ist, aber die psychologische Schwierigkeit, den Wunsch nach Zusammenarbeit zu erhalten, wird leicht unüberwindlich. Mehr als aus irgendeinem anderen Grund kann daher das schlechte Verhalten irgendeiner der Großmächte dazu führen, daß eine kluge Politik aufgegeben wird.

Wenn eine Besänftigung der Leidenschaft erreicht werden kann, werden verschiedene Maßnahmen, die heute schwer durchzuführen sind, in den Bereich der praktischen Politik rücken. Am dringendsten ist vielleicht ein Abrüstungsabkom-

men, aber es gibt andere politische Maßnahmen, die kaum weniger wichtig sind. Ein Desengagement in Mitteleuropa könnte das Risiko eines Krieges sehr verringern. Am besten wäre der Rückzug sowohl Rußlands als der Westmächte aus allen Gebieten in Europa, die nicht zu den entsprechenden Staaten gehören. Wenn es aber dazu nicht kommen sollte, so würde die Errichtung einer neutralen Zone, die, sagen wir, Ost- und Westdeutschland, Polen und Ungarn umfaßt, ein großer Segen sein.

Irgendeine Maßnahme dieser Art muß, wenn sie eine Chance haben soll, so beschaffen sein, daß sie keiner der beiden Seiten einen größeren Vorteil einbringt. Ich würde ein Abkommen zwischen allen Mächten begrüßen, jede Streitigkeit einem kleinen Ausschuß von Schiedsrichtern zu unterbreiten, dem, sagen wir, drei für die eine, drei für die andere Seite und drei Neutrale angehören.

Als die Vereinten Nationen gegründet wurden, waren sie als unparteiische internationale Autorität gedacht, der Streitigkeiten ohne Gefahr einer Voreingenommenheit für eine der beiden Seiten unterbreitet werden könnten. Gegenwärtig erfüllen sie ihre Aufgabe nicht. China, das Land mit der größten Bevölkerung, das wahrscheinlich in wenigen Jahren auch das mächtigste sein wird, ist nicht Mitglied; aus diesem Grund können die kommunistischen Länder die Vereinten Nationen nicht als unparteiisch ansehen. Wenn diese Organisation die Aufgaben erfüllen soll, für die sie geschaffen wurde, so muß sie alle Staaten umfassen, und das Veto muß abgeschafft werden.

Die Vereinten Nationen oder eine gleichartige Körperschaft müssen allmählich in allen Fragen, die Krieg oder Frieden betreffen, die Funktionen einer Weltregierung erlangen. Das Problem, das gelöst werden muß, besteht nicht allein darin, den Krieg für ein paar Jahre oder ein paar Dezennien zu vermeiden. Es ist das Problem, Kriege für immer ernsthaft zu vermeiden. Das Wissen, einmal erworben, geht nicht leicht wieder verloren. Welche Maßnahmen für die Abrüstung auch immer angenommen werden, die nukleare Kriegführung, die bakteriologische Kriegführung und die chemische Kriegführung bleiben möglich und könnten jederzeit angewendet werden, falls ein globaler Krieg ausbricht. Es ist daher, wenn wir den Fortbestand menschlichen Lebens anstreben, dringend notwendig, eine Maschinerie für die dauernde Verhinderung großer Kriege zu ersinnen. Die einzige Maschinerie dieser Art, die mir möglich erscheint, ist eine alleinige föderative Weltregierung, die ein Monopol für alle gefährlichen Kriegswaffen besitzt. Bis es eine solche Institution gibt, wird unsere Gattung nicht sicher vor den teuflischen Erfindungen sein, die ihre wissenschaftliche Begabung hervorgebracht hat.

Europa und Amerika waren es gewohnt, sich als die einzigen Zentren bedeutsamer Macht zu betrachten. Das aber ist eine Lage, die nicht lange fortbestehen kann. Asien umfaßt etwa die Hälfte der Bevölkerung der Welt und wird wahrscheinlich sehr bald weit mehr als die Hälfte umfassen. Es industrialisiert sich sehr schnell und ist nicht länger bereit, die westliche Kultur als der eigenen Kultur überlegen gelten zu lassen. Man soll sich nicht darüber wundern, daß westliche Länder einschließlich Rußlands sich den verachtenden Haß des Ostens zugezogen haben. In einem Brief an den „New Statesman" vom 28. Juni hat Präsident Sukarno von Indonesien den Gefühlen politisch bewußter Asiaten beredt Ausdruck gegeben. Er verweist darauf, daß die Nationen europäischer Herkunft einschließlich Rußlands das Recht beanspruchen, die nicht an einen Block gebundenen Nationen der Welt als zufälliges Nebenprodukt ihres eigenen rasenden Wahnsinns zu vernichten. „Voll und ganz verneinen wir", so schreibt er, „das Recht des Westens, die Gefährdung unserer Gegenwart und Zukunft fortzusetzen. Voll und ganz verneinen wir euer Recht, Krebs in unseren Kindern zu er-

zeugen. Es ist höchste Zeit für den Westen, für Kommunisten wie für Antikommunisten, sich vom Abgrund des völligen moralischen Bankrotts zurückzuziehen. Es ist eine klare Pflicht, das Können und die Technik eurer Wissenschaft für friedliche Zwecke zu gebrauchen."

Wird der Westen solchen Bitten Folge leisten? Oder werden wir auf der einen Seite weiterhin von unserer stolzen christlichen Moral und auf der anderen von unserer Entschlossenheit schwatzen, die Arbeiter aus alter Knechtschaft zu befreien, während wir gefühllos nicht nur unsere eigene Vernichtung, sondern auch die all derjenigen vorbereiten, die vernünftig genug sind, sich abseits von unserem Totentanz zu halten?

Ich weiß nicht, wie unsere Wahl ausfallen wird, aber ich weiß, daß es die höchste und dringendste Pflicht all derer ist, die sich irgendeinen Rest nationalen Denkens und menschlichen Empfindens bewahrt haben, ihre Bemühungen bis zum äußersten dem Erwecken der Bevölkerung und ihrer Herrscher zu widmen. Wir führen die Welt der Vernichtung entgegen mit stolzen Losungen auf den Lippen, und viele tragen edle, wenn auch irrige Absichten im Herzen. Diejenigen unter uns, die erkennen, was getan werden muß, sind bisher noch in beiden streitenden Lagern in der Minderheit. Aber das Herz und das Hirn versichern uns gleichermaßen, daß wir im Recht sind, und wenn wir standhaft, klug und beredt sind, so besteht die berechtigte Hoffnung, daß wir uns durchsetzen werden.

Prof. Dr. Renate Riemeck

Lehren aus einer Landtagswahl

Die „Bundesratswahlen" von Nordrhein-Westfalen

Wie alle glaubwürdigen Zeitungen der Bundesrepublik meldeten, soll in Nordrhein-Westfalen eine Landtagswahl stattgefunden haben. Das ist erstaunlich, denn es trifft nicht zu. In der Tat — es wurde gewählt! Nur ging es dabei nicht um den Düsseldorfer Landtag. Das konnte jedermann wissen, — schon lange vor der Wahl.

Dennoch wußten es einige nicht. Sie zogen es vor, frei nach Morgenstern zu glauben, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Landtag ist Landtag, meinten sie. Und so spielten in den reinen Gedanken der SPD-Wahlkampfleitung eben landespolitische Gesichtspunkte die ausschlaggebende Rolle. Wie das Gesetz es befahl! Das Grundgesetz nämlich, das die Bundesrepublik zu einem demokratischen (und sogar sozialen!) „Bundesstaat" erklärt und den Ländern im Unterschied zum Bund besondere Aufgaben zuweist. Der Kanzler jedenfalls wollte es anders als die SPD-Wahlkampfleitung. Neun Jahre Kanzlerherrschaft in der Bundesrepublik sollten uns belehrt haben, was es bedeutet, wenn er etwas will. „Verfassungsfragen sind Machtfragen", hat einmal ein kluger Mann gesagt. Mag das Grundgesetz auch ausdrücklich den föderalistischen Charakter des provisorischen westdeutschen Staates betonen, — es kann uns nicht davor bewahren, daß die Länder auf kaltem Wege „gleichgeschaltet" werden. Wenn nur ein mächtiger

Mann es will! Adenauer hat die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen zu einer Abstimmung über die Sitzverteilung im Bundesrat deklariert und dem Wahlkampf bundespolitischen Pfeffer gegeben. „Sorgen wir, daß wir die Mehrheit bekommen, damit wir machen können, was wir wollen", erklärte er seinen getreuen Schildknappen am 8. Juni in Düsseldorf. Das war sein Ziel. Er hat es erreicht, — mit einem Aufwand von angeblich 30 Millionen DM, unter der Mitwirkung von „geheimen Verführern" einer routinierten Werbetechnik, dank der hilfreichen Unterstützung durch die Kanzeln und nicht zuletzt auf Grund der hoffnungslos rückständigen Propagandamethoden der Opposition.

Der Tag der Landtagswahl im größten Land der Bundesrepublik wurde auf diese Weise zu einem bemerkenswerten Datum in der Geschichte des absterbenden westdeutschen Föderalismus.

Zum ersten Male sind die Staatsbürger offen dazu aufgefordert worden, in direkter Wahl über die Zusammensetzung des Bundesrates abzustimmen, — ein Vorgang, der im Grundgesetz nicht vorgesehen ist. Aber was in einer Verfassung nicht vorgesehen ist, ist deshalb ja noch lange nicht unerlaubt. (Nur die Volksbefragung ist es. Selbstverständlich!)

Die erste Landtagswahl nach dem vorjährigen Septembersieg des Kanzlers ist vorüber. Wir haben traurig recht behalten. Unsere Voraussagen haben sich erfüllt. Damals wagten wir in den „Blättern" (Jahrgang 1957, Heft 10) zu behaupten, daß der Kanzler die kommenden Landtagswahlen mit bisher nicht gekannter Härte führen würde, und daß wir kein Gesetz zur „Gleichschaltung der Länder" nötig haben, um zur Uniformierung des politischen Lebens zu gelangen. Man braucht sich keiner Nazi-Methoden zu bedienen. Es geht auch anders. Am 6. Juli wurde es bewiesen.

Eine verdiente Niederlage

Aber wie ging es eigentlich? Für alle diejenigen, die erwartet hatten, daß die Ablehnung der Bonner Atomrüstungspläne durch die überwiegende Mehrheit des Volkes sich im Düsseldorfer Wahlergebnis niederschlagen würde, mußte der Kanzlererfolg eine Überraschung sein. Wer aber Gelegenheit hatte, den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen selbst zu beobachten, mußte von Anfang an die optimistischen Prognosen vieler Atomwaffengegner bezweifeln. Die Opposition hat zwei entscheidende Fehler gemacht: sie hat darauf verzichtet, die Frage der atomaren Aufrüstung konsequent in die Wahlkampfmitte einzubeziehen, und sie hat sich — wieder einmal — von dem politischen Routinier Adenauer gänzlich in die Defensive drängen lassen. Das geschah auf folgende Weise:

Die Empörung der westdeutschen Bevölkerung über die Bonner Atomrüstungspläne erreichte mit den machtvollen Kundgebungen am 1. Mai ihren Höhepunkt. Entgegen den Parolen des DGB-Hauptvorstandes („Frieden, Freiheit, Fortschritt") machte die deutsche Arbeitnehmerschaft den 1. Mai zu einem Kampftag gegen die verhängnisvollen Regierungsbeschlüsse. Dabei zeigte sich bereits, daß in der Anti-Atom-Bewegung eine Sprengkraft lag, die herkömmliche Gepflogenheiten zerplatzen lassen konnte. Unmittelbar nach dem 1. Mai machte sich dann zusehends bemerkbar, daß die Führungsgremien des DGB nicht bereit waren, dem in Hunderten von Entschließungen der Mitgliederschaft zum Ausdruck gebrachten Drängen auf gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zu entsprechen. Die Gründe für diese Haltung des DGB-Hauptvorstandes und großer Teile des Funktionärskörpers mögen künftige Historiker der deutschen Arbeiterbewegung aufdecken, falls ihnen das „Leben mit der Atombombe" noch Gelegenheit dazu gibt. Aber man darf sicher nicht zu Unrecht vermuten, daß die Furcht des DGB vor den möglichen Folgen eines politischen Demonstrationsstreiks ebenso

groß war wie die Besorgnis der SPD gegenüber der Unkontrollierbarkeit einer außerparlamentarischen Bewegung. Jedenfalls warteten die Massen fortan vergeblich auf eine Initiative von oben. Wo sie auch noch nach dem 1. Mai zu Protestkundgebungen, vorzeitigen Arbeitsniederlegungen und anderen Aktionen gerufen wurden, waren sie sofort zum Handeln bereit, wie man aus zahlreichen Einzelbeispielen ersehen kann. Aber diejenigen, die beim Entstehen der Volksbewegung lautstark verkündet hatten, daß sie fortan keine Ruhe mehr geben wollten, begnügten sich mit der Bildung lokaler — meist sehr honoriger — Arbeitsausschüsse „Kampf dem Atomtod" und schickten das Volk vorerst nach Hause. „Nach Hause", das heißt in diesem Falle zu den Mächten der bundesrepublikanischen Zivilisation: der Zeitung, die die Volksbewegung totschweigt und ihre Aufmerksamkeit der Kaiserin Soraya und anderen welterschütternden Ereignissen widmet; dem Rundfunk, der die Reden Albert Schweitzers nicht überträgt und einen chemisch-gereinigten Nachrichtendienst kultiviert; dem Kino, das von Atomaufrüstung überhaupt noch nichts gehört hat; dem Fernsehen, das die Tagesschau mit zackigen Militärmärschen untermalt und den Bildschirm durch frisch-fröhliche Unterhaltungssendungen aufhellt; der offiziellen Staatspropaganda, die die Atomgefahren verharmlost und die stabile Währung preist; den Kanzeln, von denen herab über „Gottes Wirken im Atom" gepredigt wird (so geschehen im Bistum Paderborn).

Die Opposition versäumte es, durch eine peinliche Untersuchung der wahren Hintergründe für die eilfertigen Atomaufrüstungsbeschlüsse die Beunruhigung unter der Bevölkerung zu steigern. Statt dessen ließ sie sich von der CDU auf den legalistischen Weg einer Verfassungsrechtsklage in Sachen Volksbefragung manövrieren. Dabei gelang es der Regierung, die Problematik, die am 25. März aufgebrochen war, völlig zu verschieben. Es handelte sich plötzlich um eine rein juristische Frage und nicht mehr darum, daß die Bonner Atomaufrüster gegen den Willen des Volkes eine folgenschwere Entscheidung getroffen hatten.

Wie sich unter den gegebenen Verhältnissen in der Bundesrepublik ein Streit um die Volksbefragung entwickeln würde, war unschwer vorauszusehen. Auf jeden Fall mußte die SPD damit rechnen, daß es der Regierung gelingen würde, die für ihre Pläne und ihre Herrschaftspraktiken höchst unangenehme Volksbefragung mindestens so lange hinauszuzögern, bis die größte Erregung über die volksfremden Beschlüsse einer allzu willfährigen Parlamentsmehrheit abgeklungen waren. In dem Augenblick, da die SPD sichtlich davon Abstand nahm, die außerparlamentarischen Kräfte der Volksbewegung energisch genug zu unterstützen, setzte Adenauer zum massiven Gegenstoß an. Er eröffnete den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen, indem er in der Dortmunder Westfalenhalle die Untergangsparolen des Vorjahres wieder aufwärmte und der SPD das Gesetz des Handelns vorschrieb. Als die SPD mit zwei Wochen Verspätung endlich auch in den Landtagswahlkampf einstieg, waren die Weichen längst gestellt.

Die Regierung Steinhoff hatte zuvor noch schnell erklärt, daß sie die Vorbereitung einer Volksbefragung nicht in Erwägung ziehe. Die Landtagswahl sei die Volksbefragung. Damit war sie von vornherein und unnötigerweise auf die legalistische Linie der Bonner Regierungsjuristen eingeschwenkt. Aber obwohl es sich doch inzwischen herumgesprochen haben dürfte, daß — nach dem Wort eines bekannten Bundestagsabgeordneten — Wahlen in der Bundesrepublik nur mehr „konfessionelle Volkszählungen" sind, hielt die Düsseldorfer Regierung es nicht für angebracht, durch eine umfassende Aufklärungskampagne für eine Volksbefragungsaktion (gleichgültig ob sie durchgeführt werden konnte oder nicht) schon vor dem eigentlichen Beginn des Landtagswahlkampfes die Initiative an sich zu reißen. Volksbefragung und Wahl ist eben nicht ein und dasselbe. Weshalb

biegt sonst die Bundesregierung das Votum der Wähler für Erhard und Adenauer vom 15. September 1957 in ein Ja zur Atombombenpolitik um? Während nun die SPD im Bundestag diese opportune Deutung der September-Wahlen heftig bestritt, machte sich die Regierung Steinhoff in Nordrhein-Westfalen die CDU-Argumentation zu eigen. Wer nun erwartet hatte, daß die SPD wenigstens die Atomfrage in den Mittelpunkt des Wahlkampfes rücken würde, sah sich bitter enttäuscht. Die SPD trat mit landespolitischen Rechenschaftsberichten vor die Wähler, betonte ihre vorzüglichen Beziehungen zu den Kirchen, sonnte sich in der Tatsache, daß sie einen drohenden Metallarbeiterstreik verhindert hatte, und summierte die Anzahl von staatlichen Neubauten während der Ära Steinhoff. Die Atomfrage wurde weitgehend ausgeklammert, zumindest aber an den Rand gerückt. Die Volksbewegung gegen die Atomaufrüstung und der Landtagswahlkampf liefen nebeneinander her, sehr zum Vorteil der Kanzlerpartei, die sofort die Einbruchsstelle für ihren Gegenstoß erkannte. Der Bundesinnenminister holte am 13. Juni zum Schlag gegen die Volksbewegung aus, indem er sie im Bundestag als kommunistisch gesteuert und beeinflußt darstellte und die SPD vor den staatsgefährlichen Umtrieben warnte, die er entdeckt zu haben meinte. Dieser Vorstoß im Bundestag war glänzend synchronisiert mit dem Ablauf des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen. Er erfolgte genau in dem Augenblick, wo hier — zu Recht oder Unrecht — der Eindruck entstanden war, daß die SPD der CDU-Wahlpropaganda keine klare Alternative entgegenzusetzen hatte. Der Kanzler fegte die Landespolitik mit einer Handbewegung weg. Er zog als Hauptwahlredner der CDU durchs Land, mobilisierte die Bolschewistenpanik, brachte die kompliziertesten Fragen der Weltpolitik auf den allereinfachsten Nenner und stellte die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen als abendländische Entscheidungsschlacht gegen den Weltkommunismus dar. Daß es ihm nicht gelungen ist — trotz größten persönlichen Einsatzes — mehr als eine äußerst knappe Mehrheit für seine Partei herauszuholen, ist in Anbetracht der kompakten Schützenhilfe seitens der katholischen Bischöfe und der unwahrscheinlich hohen Wahlbeteiligung in den „schwarzen" Wahlkreisen nur zu verwundern. Im übrigen mußte er überall dort eine Niederlage einstecken, wo lokale Arbeitskreise der Anti-Atom-Bewegung sich in der Zeit des Wahlkampfes besonders aktiv gezeigt hatten und die Kräfte der Opposition gegen den neuwestdeutschen Militarismus sammeln konnten. Das beweist, wie nötig es im Interesse des deutschen Volkes gewesen wäre, die Kardinalfrage unserer Existenz in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zu rücken und die Ablehnung der Atombewaffnung mit einer klaren politischen Konzeption zu verbinden. Mit dem Nein zur Atombombe allein ist es nicht getan.

Der Kanzler konnte sein altes Nato-Rezept unverändert anbieten, weil seine parteipolitischen Gegner sich in den Winkel der nordrhein-westfälischen Landschaftspflege verkrochen hatten und nur gelegentlich den Versuch machten, sich in jenen politischen Raum vorzuwagen, in dem heute die Entscheidungen gefällt werden müssen. In der Sprache des Sports ausgedrückt, könnte man also sagen: die Opposition hatte im Endergebnis eine „verdiente Niederlage" hinzunehmen.

Im Spiegel der Wahlpropaganda

Nichts kann den Gang der Dinge während des Wahlfeldzugs besser beleuchten als die Abwandlung der Kampfparolen, die die CDU innerhalb weniger Wochen vornahm. In diesem Prozeß spiegelt sich klar und deutlich wider, welche Positionen die Opposition aufgab und auf welche Weise sie von der Gegenseite besetzt wurden.

Vor dem 1. Mai sah sich die Regierung Adenauer noch gezwungen, auch in dem

kleinsten Dorf der Bundesrepublik proklamieren zu lassen, daß sie die Atombewaffnung genauso ablehnt wie das Volk. Sie war angesichts der Empörung und Unruhe in der Bevölkerung so unsicher geworden, daß ihr nichts anderes einfiel, als die Parole ihrer Gegner aufzugreifen und auf Hunderttausenden von Plakaten verkünden zu lassen, sie sei sogar für „Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt". Als der 1. Mai vorbei und der gefürchtete politische Streik ausgeblieben war, wagte sie es bereits, ihre — ach so humane — weltweite Atomgegnerschaft einzuschränken. Die CDU eröffnete den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen, indem sie nunmehr deutlicher sagte, wie es mit ihrem Weltgewissen steht. Sie gab dem „Kampf gegen den Atomtod" eine ganz bestimmte Richtung: gen Osten. Lange bevor die Oppositionsparteien mit einem einzigen Wahlplakat in Erscheinung getreten waren, konnte man schon an allen Ecken und Enden dieser CDU-Propaganda begegnen. Überall prangte dem Staatsbürger eine riesige, blutigrote Atomwolke, mit Hammer und Sichel versehen, entgegen — und die neue Parole hieß nunmehr ganz schlicht: „Kampf dem roten Atomtod". Immerhin schien es den CDU-Wahlexperten immer noch geboten, die Devise der Opposition zu verwenden. Als dann aber die SPD darauf verzichtete, dieser absurden Begriffsverwirrung entgegenzutreten (es gibt nur d e n Atomtod), und statt dessen mit einem Bild des schaffensfreudigen Nordrhein-Westfalen-Landes und dem Schlachtruf: „In Stadt und Land — weiter mit Fritz Steinhoff" dem Wähler präsentierte, war die CDU bereits in der Lage, die „Kampf dem Atomtod"-Parole fallen zu lassen. Sie fand nunmehr gänzlich auf die alte Linie der Bundestagswahlen des Vorjahres zurück. Sie begann wieder mit der Mystifikation der Nato, die uns Sicherheit und Schutz gewährt, und holte aus dem Kommunistenschreck heraus, was überhaupt noch herauszuholen ist. „Entschärft die Atombombe in der Hand der Sowjets" hieß es jetzt überall an den Anschlagsäulen des Landes.

Die SPD antwortete darauf — mit dem Porträt des Ministerpräsidenten Fritz Steinhoff. Derweil aber brauste der Wagen des Bundeskanzlers durch das Land, machten Polizeieskorten für ihn die Straße frei, sorgte der Saalschutz der Jungen Union für reibungslose Kundgebungen und hinreißende Ovationen. Die Hetzjagd auf politische Gegner bekam mit der Brandrede Schröders vor dem Bundestag einen neuen Auftrieb im nordrhein-westfälischen Wahlkampf. Die abschreckende Physiognomie eines Rotgardisten drohte jetzt von allen Plakaten. „Keine Unterwerfung" hieß es nunmehr. Diese Form der politischen Marktschreierei, die in der Brust des deutschen Bürgers ein wohltuendes Überlegenheitsgefühl gegenüber dem sowjetischen „Untermenschentum" und ebensoviel panische Furcht vor den Horden aus dem Osten erzeugt, konnte nicht ohne Wirkung bleiben. Was besagt das Bild eines ehrenwerten und wackeren SPD-Ministerpräsidenten, wenn es neben Plakaten klebt, denen man den 1. Preis für vollendete Demagogie verleihen könnte?

Nach der Schröder-Rede ergingen sich alle CDU-Propagandisten in Warnungen vor der „kommunistischen Gefahr", die die SPD heraufbeschwöre. Wahlbriefe flatterten in die Häuser und klärten den Bürger über den Sinn der Wahl auf: „Wer nicht zur Wahl geht, wählt SPD. Wer FDP wählt, wählt SPD. Wer SPD wählt, wählt Ulbricht. Darum jede Stimme für Konrad Adenauer." Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Es wäre nicht schwer gewesen, zu sagen, was man eigentlich wählt, wenn man Konrad Adenauer seine Stimme gibt. Aber man kann nicht ungestraft der CDU den Gefallen tun, auf ihre Antikommunistenhetze hereinzufallen und halbwegs entschuldigend zu rufen: „Wir haben doch wirklich nichts mit Ulbricht und beinahe auch schon gar nichts mehr mit Karl Marx zu tun. Wir sind beileibe nicht so böse, wie unser Kanzler uns darstellt.

Auch wir sind gute Staatsbürger! Glaubt es doch und stoßt euch nicht an ein paar Äußerlichkeiten."

Die SPD wäre gut beraten gewesen, wenn sie die Diffamierungsmethoden des Bundesinnenministers scharf zurückgewiesen und den Antikommunismus der CDU als politisches Geschäft mit der Angst entlarvt hätte. Es ist ein Unterschied, ob man die kommunistische Gesellschaftsform ablehnt, oder ob man sich außenpolitisch mit der Tatsache des Sowjetstaates und mit seiner Politik auseinanderzusetzen hat. Einer Partei, die offen danach strebt, ihre Alleinherrschaft in der Bundesrepublik zu stabilisieren und die Opposition in allen entscheidenden Fragen majorisiert, kann man im Wahlkampf nicht aus der Defensive begegnen, wie es auch dieses Mal wieder geschehen ist. — Sehr spät, viel zu spät kam die SPD dann endlich mit einem vornehmen Plakat zur Atomfrage heraus: „Wer A sagt, muß auch B sagen." Aber sie überließ es dem Leser, sich den richtigen Vers darauf zu machen, wenn er sich mit der abstrakt-modern gestalteten Graphik dieses Sinnspruches überhaupt näher befassen mochte. „Gegen Meinungswirrwarr und Marxismus" trumpfte jetzt aber die CDU auf. Sie hielt die Atomfrage am Ende des Wahlkampfes für erledigt und suggerierte den Wählern nur noch den „Fall Rot". Wenn man den Weg bedenkt, den die Kanzlerpartei vom „Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt" bis zur Verächtlichmachung des „Meinungswirrwarrs" gegangen ist, kann man haargenau bestimmen, wie groß das Terrain jeweils war, das von der Opposition Schritt für Schritt preisgegeben wurde.

Warum wir ihr das vorrechnen? Weil wir hoffen, daß sie daraus lernt.

„Meinungswirrwarr?"

Man mag über den Vorwurf des „Meinungswirrwarrs" denken wie man will und mit Recht darauf hinweisen, daß er durch die Kanzlerpartei selber gestiftet worden war, indem sie die Parolen der Volksbewegung gegen die atomare Aufrüstung aufgriff und verfälschte. Aber die Verwirrung war da. Sie konnte nur entstehen, weil die Opposition es versäumte, ein klares und konstruktives Programm vorzulegen. Es wäre die Aufgabe der SPD gewesen, sich eindeutig und überlegen der CDU-Kommunistenpanik entgegenzustellen und die Ablehnung der Atomwaffen mit einem eigenen Plan für eine unabhängige deutsche Politik innerhalb einer kernwaffenfreien Zone der Entspannung in Europa zu verbinden. Nachdem der Bundeskanzler die Landtagswahlen zur Volksabstimmung über die Bundesratssitze erklärt und damit die Bundespolitik zur Entscheidung gestellt hatte, durften die SPD-Redner nicht länger in landespolitischem Kleingärtnertum verharren. Die Düsseldorfer SPD hatte durch die Identifizierung der Volksbefragung mit der Wahl dem Kanzler selber die Bälle zugeworfen, mit denen er nachher spielte. Das wäre nicht nötig gewesen. Um so mehr aber war sie nun verpflichtet, sich auf die zentralen Probleme der Bundespolitik zu konzentrieren. Daß das nicht geschah, mußte allerdings die Schicht der politisch weniger gut informierten Wähler irritieren, die bei einer Volksbefragung sehr wohl gegen die Atomaufrüstung gestimmt haben würden. Bei Wahlen entscheidet sich gerade diese Schicht nach mancherlei Gesichtspunkten, die bei einer direkten Befragung keine Rolle spielen. Wahlen als echte politische Entscheidungen des Staatsbürgers sind heute ohnehin höchst fragwürdig geworden. Wer den außerparlamentarischen Kampf nicht konsequent zu führen bereit ist und sich statt dessen auf zufällige Wahlergebnisse verläßt, der sollte wenigstens begreifen, daß die Zeit der guten alten Wahlkampfpolemik bürgerlich-demokratischen Stils endgültig vorbei ist, seit bei uns mit Hilfe amerikanisierter Wahlmanager dem Glauben an die Vernunft und politische Entscheidungsfähigkeit des Staatsbürgers Hohn gesprochen wird. Wie die großen „Meinungskneter" (die massenpsychologisch ver-

sierten Berater der finanzkräftigen Parteien) Wahlen manipulieren, davon hat uns kürzlich Vance Packard in seinem Buch über die „Geheimen Verführer" abschreckende Beispiele gegeben. Mit gezielter Eindringlichkeit werden bestimmte Phrasen wiederholt, Schlagworte eingehämmert, bildhafte Hilfsmittel eingesetzt, politische „Stars" geformt und mit der gerissenen Werbetechnik für Markenartikel dem Wähler verkauft. Die großen Meinungskneter kosten Geld, sehr viel Geld, und sie können ihre Massenbeeinflussung nur dann erfolgreich durchführen, wenn Milionensummen zur Verfügung stehen. Wer aber diese sogenannten „Motivforscher" und ihre Tätigkeit bezahlen kann, den lassen sie durch das pausenlose Sperrfeuer ihrer Propaganda zu einem vertrauenswürdigen, weitblickenden und überragenden Staatsmann werden. Sie untersuchen, welche Vorurteile, Ängste, Annahmen und Bedürfnisse im Unterbewußtsein des Durchschnittsbürgers schlummern, und sie stellen sie in den Dienst ihres politischen Auftraggebers. Der Wähler ist der Symbolmanipulation und dem Raffinement dieser Werbefachleute ausgeliefert, die seine Wahlentscheidung wie die Wahl zwischen mehreren Tuben Zahnpasta bewerten: „Seine Wahl wird auf die Marke fallen, die am tiefsten in sein Gehirn eingedrungen ist." Dem anonymen Treiben dieser psychologischen „Tiefenarbeiter" verdankt nicht nur der amerikanische Präsident seine Wahl und Wiederwahl. Sie sind auch bei uns am Werke, und deshalb sollten wir es uns abgewöhnen, Wahlergebnisse mit Überraschung zu verzeichnen. Man kann jeden Wahlausgang voraussagen, wenn man die berufsmäßigen Überredungskünste der politischen Marktschreier aufmerksam verfolgt.

Wer aber heute noch glaubt, daß angesichts solcher Entartung demokratischer Wahlen Rückschlüsse auf die Volksmeinung hinsichtlich politischer Entscheidungsfragen gezogen werden dürfen, dem ist nicht zu helfen. Dennoch — wir lieben die Demokratie, aber eine Demokratie, in der der Mensch als vernunftbegabtes Wesen frei entscheiden soll und kann — und nicht zum Opfer tiefenpsychologischer Manipulationen gemacht wird. Aber eine solche Demokratie muß erst wieder hergestellt werden. Und dazu bedarf es einer Volksbewegung; dazu bedarf es demokratischer Politiker, die es verstehen, eine gute Sache ebenso gut zu „verkaufen".

Dr. Achim von Borries

Der demokratische Vorhang

Die neue Phase

Die Bundesrepublik befindet sich im Übergang von der parlamentarischen Demokratie mit gewissen autoritären Auswüchsen zum autoritären Staat mit parlamentarischer Kulisse, zum Obrigkeitsstaat mit scheindemokratischem Alibi.

Die letzten Ereignisse sprechen eine deutliche Sprache. Sie zeigen, daß die Bundesregierung nichts unversucht läßt, ihre Politik jeder effektiven Kontrolle und Kritik zu entziehen, daß sie keinen Vorwand scheut, die öffentliche Diskussion über die staatspolitische Entwicklung der Bundesrepublik abzuwürgen. Am 21. Mai hatte Herr von Brentano die Initiative zur sog. Lex Soraya ergriffen,

die die Freiheit der Berichterstattung grundsätzlich einschränkt und der Willkür ausländischer Potentaten und Bonner Ämter ausliefern soll. Besonders aufschlußreich war es, daß dieser Gesetzentwurf, der ungeachtet scharfer Kritik sogar in CDU-Kreisen von der Regierung Ende Juni an den Bundesrat zur Beratung überwiesen worden ist, als „Vorwegnahme eines Teiles der Strafrechtsreform" angekündigt wurde . . .

Die Kritik an der Initiative des Außenministers verband sich in der Öffentlichkeit mit einem seit langem schon ständig zunehmenden Unmut über die unsichere, widerspruchsvolle, konzeptionslose Amtsführung Herrn von Brentanos. Auch diese Kritik beschränkte sich nicht auf die unabhängige Presse und die SPD, sondern fand auch innerhalb des Regierungslagers Fürsprecher. Sie veranlaßte den Bundeskanzler, am 11. Juni offiziell erklären zu lassen: solche kritischen Äußerungen in der Öffentlichkeit „seien geeignet, die deutschen Interessen im Ausland zu schädigen". Ein fast beispielloses, in Bonn freilich kaum mehr überraschendes Diktum, das ebenfalls die Opponenten der Regierung einschüchtern und sie mit dem Odium belasten sollte, sie seien potentielle „Staatsfeinde".

Nicht minder erhellend sind die jüngsten Äußerungen der beiden einflußreichen CDU-Bundesminister Schröder und Schäffer, die ausdrücklich (nunmehr vom Rheinischen Merkur unterstützt) die Wiedereinführung der Todesstrafe in der Bundesrepublik gefordert haben. Diese Forderung kann schon heute einer beträchtlichen parlamentarischen Unterstützung in den Reihen der CDU sicher sein. Überaus wichtig ist die Begründung, die mit ihr verbunden wird: die Todesstrafe soll eingeführt werden für „Landesverräter" in „Notzeiten". Auch dies der Versuch, auf dem Wege der Gesetzgebung den herrschenden Kräften unbeschränkte Mittel zur Aufrechterhaltung dieser Herrschaft in die Hand zu geben!

Die Art und Weise, in der die Kanzler-Partei den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen geführt hat, und zwar auf Initiative gerade des Kanzlers selbst hin, macht offenbar, in welchem Maße sich nach neunjährigem Regiment diese Partei mit dem westdeutschen Teilstaat identifiziert. Und diese Macht ist ihr so selbstverständlich geworden, daß sie nunmehr alles tut, sich endgültig als Staatspartei zu etablieren. Ideologisch ist dieser Prozeß längst im Gange. Der demokratische innenpolitische Gegenspieler wird in den Wahlkämpfen systematisch dämonisiert, diffamiert und als politisches Schreckgespenst, nicht mehr als demokratischer Partner deklariert. Es wird ganz bewußt eine staatspolitische Hysterie geschaffen (Herr Blank: „Der Mob ist los . . ."), die selbst ausländische Zeitungen, die gewöhnlich aktive Propaganda für die Regierung Adenauer machen und die SPD beargwöhnen, erschreckt. Die Neue Zürcher Zeitung, an Kanzlertreue sonst in Europa kaum zu übertreffen, sprach anläßlich des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen von einer „Übersteigerung dieses Landtagswahlkampfes ins Gigantische und Bombastische" und gestand, die Massenpropaganda der CDU sei „teilweise auf ein unwahrscheinlich niedriges Niveau abgestimmt gewesen". Die Züricher Tat kommentierte den neuen Sieg der CDU bei diesen Wahlen sehr offenherzig: „Der überaus intensive Einsatz des Klerus für die Kanzlerpartei hat sich also offensichtlich gelohnt." Das angesehenste liberale Blatt Englands, der Manchester Guardian, wandte sich mit beschwörenden Warnungen gegen die schrankenlose Verketzerung des politischen Gegners, wie sie dank der Praktiken der CDU in Westdeutschland üblich geworden ist. Nun, nicht grundlos hat die CDU nunmehr ihren Wahlmanager und Massen-Manipulator Nr. 1, Herrn Meyers, zum neuen Regierungschef in Düsseldorf bestellt!

Bei all dem handelt es sich nicht mehr um einzelne bedauerliche Ausartungen und Übergriffe, sondern um eine bewußt gewählte neue Form des innerpoliti-

schen Kampfes der Christlichen Demokraten gegen jede Alternative zu ihrer eigenen Politik. Die einzelnen Vorgänge, die wir erwähnt haben, gehören zusammen. Sie lassen ein methodisches Vorgehen erkennen, dessen Fernziel freilich noch verschleiert wird. Eine neue Phase der staatspolitischen Entwicklung der Bundesrepublik zeichnet sich ab.

Das Monopol der Macht

Die hinter der CDU stehenden großindustriellen und klerikalen Interessenten sind bemüht, ihre Herrschaft, ihr gesellschaftliches und politisches Machtmonopol unaufhebbar zu machen. Sie versuchen schon jetzt den möglichen Auswirkungen der beiden Ereignisse vorzubeugen, die psychologisch und politisch ihre Alleinherrschaft noch einmal gefährden könnten. Der Tod des Bundeskanzlers und eine krisenhafte Entwicklung des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems drohen die heutige Stimmenmehrheit der CDU in Frage zu stellen. Denn breite kleinbürgerliche Schichten, die heute ohne politische Besinnung auf „Adenauer" und das „Wirtschaftswunder" eingeschworen sind, könnten dann bereit sein, eine demokratische Alternative zu wählen, wenn die mythische Figur des „Kanzlers" ihre Allgegenwart, der Mythos von der „sozialen Marktwirtschaft" seine propagandistisch hochgetriebene Suggestivkraft verloren haben. So versucht denn die Kanzlerpartei bereits heute, durch eine gewaltige, nach Methode und Ziel totalitaristische Offensive jede solche Alternativlösung a priori als suspekt, als lebensgefährlich für die „Freiheit" und „Sicherheit", als Wegbereiterin des Kommunismus zu denunzieren. Das System Adenauer, d. h. die Herrschaft der hinter Adenauer stehenden Mächte soll unabhängig von der Person Adenauer gemacht werden. Die Wirtschafts-Ideologie des Neukapitalismus wird darum zum staatspolitischen Tabu, zum einzigen Garanten von „Wohlstand" und „Freiheit" erklärt.

Im Juni 1958 hat die Bundesrepublik den 10. Jahrestag der „Währungsreform" gefeiert, die als Anfang des wirtschaftlichen Wiederaufstieges in Westdeutschland gilt. Das dick aufgetragene, eitle Selbstlob, daß aus diesem Anlaß auf zahllosen Wahlinseraten der CDU Herr Erhard (in der üblichen Pose des selbstzufriedenen zigarrenrauchenden Wohlstandsspießers) sich selbst gezollt hat, gehört in das Kapitel der propagandistischen Vorbereitung der Nachfolge Adenauers. Der Initiator und Ideologe der „Freien Marktwirtschaft" hat die Rolle des Religionsstifters des „christlich-demokratischen" Westdeutschland übernommen — des Stifters jener neuen Geschäfts-Religion, die selbstbewußt die „ewigen abendländischen" und die täglichen Börsenwerte zu verbinden weiß. Dieses Wirtschaftssystem ist längst zu einer mythischen „Ordnung" geworden, deren „Funktionieren" und deren Unfehlbarkeit auch nur nüchtern anzuzweifeln heute bereits einer staatspolitischen Ketzerei gleichkommt.

Doch weder der von vielen wohlmeinenden Intellektuellen bejammerte „allgemeine Materialismus", noch gar der von den Ideologen der CDU immer neu beschworene „allgemeine Wohlstand" sind die entscheidenden Fakten. Zu untersuchen ist, unter welchen Vorzeichen, in welchem Umfange und um welchen Preis dieser „Wohlstand" geschaffen worden ist. Und das heißt wiederum, daß nicht irgendein nebuloser „moralischer", sondern ein ganz genau bestimmbarer staatspolitischer Preis von der gerade begründeten deutschen Demokratie gezahlt worden ist und gezahlt wird für das Vorzeichen dieser Entwicklung zum Wohlstand.

Die Jahre seit der Währungsreform standen im Zeichen der Wiederherstellung des unbeschränkten Privatkapitalismus. Im Verlauf seiner gewaltigen Expansion kam es zur Neubildung einer ausgesprochen besitzbürgerlichen Gesellschaft, zur Etablierung der wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Herrschaft der

Eigentümer und Manager der Großindustrie. Die CDU wurde bald zur politischen Organisation dieser Inhaber der industriellen Produktionsmittel, durchweg derselben, die 1933 im Augenblick der kapitalistischen Krise rein opportunistisch die Rettung ihrer privaten wirtschaftlichen Macht dem Nationalsozialismus überantwortet hatten, in einer „Flucht nach vorn" die deutsche Demokratie bedenkenlos diesem Privatinteresse preisgebend. Diese im „Führerstaat" nicht selten zu „Wehrwirtschaftsführern" avancierten Industriekapitalisten und Manager fanden diesmal ihren Bundesgenossen im politischen Katholizismus. Beiden gemeinsam ist das Bestreben, um jeden Preis die gesellschaftliche und politische Emanzipation der Arbeiterschaft, die Bildung einer geistig liberalen und sozial dynamischen Demokratie zu unterbinden. Die CDU war nach dem Kriege gegründet worden, im Augenblick eines gesellschaftlichen und staatspolitischen Vakuums, als sozial aufgeschlossene Sammlung von Katholiken und Protestanten. In dem Maße aber, als der expansive Privatkapitalismus wieder zur entscheidenden gesellschaftlichen Macht in Westdeutschland wurde, eroberte er die Schlüsselpositionen dieser Partei. Und dieser Entwicklung parallel ging die Umwandlung der CDU in eine klerikale Partei. Das christliche wie das soziale Ornament sind heute nur noch Tarnungen einer kapitalistisch-katholischen Klassenpartei. Diese suchte sich immer mehr als bundesdeutsche Staatspartei zu deklarieren, und sie trat zu diesem Zwecke auf als die Sammlungsbewegung auch des Kleinbürgertums, aller reaktionären, neo-militaristischen, nach „Autorität" und „Ordnung" begehrenden Kreise. Die Christlich-Demokratische Union wurde gesellschaftlich und ideologisch zum Erben aller autoritären Traditionen des deutschen Bürgertums, jener Traditionen, die 1933 im Hitlersystem schon einmal eine „Erfüllung" gefunden hatten . . .

Gemeinsam war diesen Elementen der Großindustrie, des Klerus und des Kleinbürgertums das Ziel einer unbedingten staatspolitischen Ausschaltung der Sozialdemokratie. Diese Partei hatte 1933 neben den Kommunisten als einzige Hitler Widerstand geleistet, sie hatte in den Jahren nach 1933 die grausamste Verfolgung zu überstehen. Ganz abgesehen davon, daß sie lange vor 1933 die autoritären Wegbereiter Hitlers grundsätzlich bekämpft hatte. Diese konsequent antifaschistische Partei aber gilt heute, im westdeutschen Neu-Bürgerstaat, als staatspolitischer Feind Nr. 1, ihre Mitglieder werden planmäßig als „verdächtig" denunziert, ihre politische Konzeption bedenkenlos geschmäht. Und es werden nunmehr von der CDU ganz offen wieder dieselben kleinbürgerlich-autoritären Ressentiments und Affekte mobilisiert, deren Aufpeitschung und politischer Organisierung der „Führer" seine Herrschaft ebenso wie der Mithilfe des Großkapitals verdankt hatte. Die Mitläufer des „Führers" aber sind heute die Knappen des „Kanzlers" . . .

Die dreifache Restauration

Seit 1948 hat sich in der Bundesrepublik eine dreifache Restauration, eine Restauration in drei Phasen vollzogen. Die erste Phase war die erwähnte Rückeroberung der entscheidenden wirtschaftlich-gesellschaftlichen Machtpositionen durch das private Kapital. Produzenten, Bankiers und Manager wurden die eigentlichen Herren Westdeutschlands. Die „Freie Marktwirtschaft" trat als „Kapitalismus für Alle" auf und etablierte mit diesem Alibi den Kapitalismus selbst noch einmal. Tatsächlich fiel auch bei der Reorganisation und dem Neuaufbau der Produktion „für Alle" etwas ab. Das wurde für Jahre zum Köder für ein ausgehungertes und verarmtes, aber arbeitswilliges und leistungsfähiges Volk. Diese zunächst anhaltende Entwicklung zum „allgemeinen Wohlstand" konnte von der staatspolitisch entscheidenden Tatsache ablenken, daß zwar „allgemein" Wohl-

stand, in den Händen Weniger aber mit unvergleichlich größerem Wohlstand sich eine ständig zunehmende wirtschaftliche Macht bildete. Die alten industriellen Familien-Imperien an der Ruhr entstanden wieder, neue bildeten sich. Nach 1945 hatte ihre Entmachtung zunächst als selbstverständliche gesellschaftliche Voraussetzung einer demokratischen Entwicklung Deutschlands gegolten: eingedenk der bösen Erfahrungen, die man schon vor 1914, dann aber vor allem in den Krisenjahren und 1933 mit dieser Verflechtung von unkontrollierter privater wirtschaftlicher und politischer Macht gemacht hatte. Diese Zusammenhänge aber, kaum aufgedeckt, wurden nun von den Haus-Ideologen der wieder etablierten Intellektuellenschicht vertuscht, die verhängnisvolle geschichtliche Logik des Privatkapitalismus abermals verschleiert.

Diese neue wirtschaftliche Macht wurde alsbald auch zur entscheidenden politischen Macht in Westdeutschland. Der neue Staat wurde zum Staate der Großindustrie, die CDU deren politischer Arm. Der Aufbau des Staatsapparates aber führte zur zweiten Phase der Restauration, der personalpolitischen. Zum Kader der Ministerien, der Verwaltung, der Justiz wurde die alte Beamtenschicht, traditionell autoritär gesinnt, stets der herrschenden Klasse dienend, „Ordnung" und „Staat" verbunden. Diese Schicht war nach 1933 zum treuen Diener des Hitlerregimes geworden, sie avancierte nun wieder, nachdem die meisten ihrer Mitglieder nach 1945 erst einmal Demokraten wider Willen geworden waren. Unzählige opportunistische Mitläufer des Nationalsozialismus in allen Chargen wurden rehabilitiert. Das Standesbewußtsein und autoritäres Gebaren kehrte zurück. Und der unverändert obrigkeitsstaatlichen Neigungen dieses Beamtenapparates bedient sich nun das neue kapitalistisch-klerikale Regime bei der Verankerung seiner eigenen Macht. Ein neuer Abschnitt in diesem Prozeß der Integration traditionell autoritärer, nach 1933 mitverantwortlicher Kräfte begann mit der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, mit ihrem Ausbau zum aggressiv antikommunistischen Satelliten der Nato. Zug um Zug wurde das Offizierskorps des „Führers" rehabilitiert. Und mit ihm feierte denn auch der „bewährte deutsche Soldatengeist" seine Wiederauferstehung, dem die neue „Ordnung" eine neue „Aufgabe" zuwies . . . Der Einbau dieser Kräfte in den Staat fand seine Ergänzung in der Bildung offen reaktionärer und militaristischer Soldatenbünde, revisionistischer Flüchtlingsorganisationen, im Wiedererstehen des Korpsstudententums etc. Wie unbedenklich sich die neuen Machthaber die Unterstützung dieser Elemente sicherten und in welchem Maße machthungrige Persönlichkeiten mit unzweideutig nationalsozialistischer Vergangenheit in Schlüsselpositionen des neuen Staates gelangen konnten, wenn sie nur zu dessen antikommunistischem und antisozialdemokratischem Kredo sich bekannten, zeigen die Fälle Oberländer und Globke. Der Bundeskanzler aber ging nur mit „gutem Beispiel" voran bei der Auswahl seiner Mitarbeiter . . . Sowohl die wirtschaftliche wie die personalpolitische Restauration hatten ihre eigene Logik. Beide haben längst das Bild der Bundesrepublik geprägt, beide sind aber noch keineswegs abgeschlossen.

In welchem Maße der Privatkapitalismus, der in Wahrheit ein Konzern- und Großkapital-Kapitalismus ist, die Bundesrepublik beherrscht und wie sehr die Bundesregierung längst nur zum langen Arm dieser privaten Interessen geworden ist, zeigte erst jüngst der Fall der bisher in Bundesbesitz befindlichen (also vom Staat für das Gemeininteresse verwalteten) Howaldtwerft. Den nebelhaften Tiraden von der „Volksaktie" im Bundestagswahlkampf 1957 folgte nach dem Wahlsieg der CDU als Beginn der angekündigten Reprivatisierung gewisser Teile des Bundesvermögens der Verkauf jenes überaus wertvollen Objektes für einen offensichtlich weit unter dem Realwert liegenden Preis an private (teil-

weise ausländische!) Kapitalgruppen. Die soziale Garnierung des Neukapitalismus konnte kaum besser ad absurdum geführt werden!

Den Fortgang der personalpolitischen Restauration, die seit Beginn der Wiederaufrüstung schrankenlos geworden ist, erhellt ein staatspolitisch unglaublicher Vorgang der allerletzten Zeit. Am 15. Juni fand in Karlstadt am Main die Einweihung eines Denkmals für 20 000 deutsche Gefallene des letzten Krieges statt. Zu dieser Einweihung hatten sowohl die Bundeswehr wie auch die amerikanische Armee Delegationen abgeordnet. Die Enthüllung des Denkmals nahm Herr von Manstein, ehemals Feldmarschall von Gnaden Adolf Hitlers (wir lassen es offen, ob nicht auch ein Kriegsverbrecher im strengen Sinne), vor. Die Feier endete mit einem Vorbeimarsch der Bundeswehrtruppen und auch der amerikanischen Delegation vor diesem führenden Militär der Hitlerschen Wehrmacht. Es ist bezeichnend, daß Offiziere und Soldaten der Bundeswehr heute vor einem Manne paradieren, der für eine demokratische Republik einzig noch Herr v. Manstein sein dürfte und dem seine maßgebliche militärische Funktion im Eroberungs- und Ausrottungskrieg Adolf Hitlers als schwerste Belastung angerechnet werden muß, wobei es völlig gleichgültig ist, wie es um seine militärischen Fähigkeiten steht. Denn diese Fähigkeiten haben Adolf Hitler gedient und von ihm die Auszeichnung erfahren, mit der Herr v. Manstein heute bereits wieder die Bundesrepublik durchreist. Überdies ist es bekannt, daß der Bundeskanzler die Talente dieses Strategen seit längerem zu nutzen weiß und den Feldmarschall Hitlers hofiert (siehe das merkwürdige Glückwunschtelegramm . . .).

Diese beiden Fälle sollten nur zeigen, in welcher Richtung die Entwicklung geht. Der Eroberung der Macht durch die Mitläufer von 1933 folgt nunmehr der Versuch der Sicherung dieser Macht um jeden Preis. Damit ist der Augenblick der unverhüllten ideologischen Restauration gekommen, die dritte Phase der Restauration, die schon vor längerer Zeit begonnen hat, nun aber zur Lebensfrage der Bundesrepublik wird! Denn die endgültige Etablierung, d. h. die politische Sicherung der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Positionen der kapitalistischen Großbourgeoisie ist nur möglich, wenn es dieser gelingt, auf scheinbar „demokratischem" Wege der Opposition endgültig den Weg zur Teilnahme an der Staatspolitik zu verbauen. Die ungeheure, methodische Massenpropaganda der CDU zielt darauf ab, den politischen Leumund dieser Opposition zu diskreditieren. Und zwar vor allem in jenen kleinbürgerlichen Schichten, deren Wählerstimmen mitentscheidend sind, da die Arbeiterschaft weiterhin (ungeachtet gewisser Einbrüche der CDU in ihre Reihen) der SPD verbunden und die Basis dieser Partei ist. Die Massenpropaganda der heutigen Regierungspartei beutet die bestürzende staatspolitische Abstinenz weiter Kreise der Bevölkerung geschickt aus, die eine Folge des neuen Wohlstandes, d. h. der Ablenkung aller Interessen auf die persönliche Wohlstandsquote ist. Nicht nur hat es in Westdeutschland nach 1948 kaum noch irgendwelche ernsthaften Versuche einer methodischen politischen Erziehung gegeben: die Anfänge einer solchen sind sehr schnell verkümmert. Die autoritär gesinnten Demagogen des christlich-demokratischen Lagers haben geradezu ein Interesse daran, eine solche Aufklärung zu hintertreiben. Individuelle politische Verantwortung und Besinnung gefährden die Linientreue, gefährden die „Einmütigkeit" des zum aufgeputschten Stimmvieh herabgewürdigten bürgerlichen Lagers. Das heißt: die politische Agitation besiegelt die Entmündigung des westdeutschen Staatsbürgers zum bloßen Konsumbürger, des Wirtschaftswunders. Es ist der Appell an den primitiven besitzbürgerlichen Sicherheitskomplex, dessen sich die Manager der Meinung dabei bedienen. Die Angst vor „Experimenten" (welches Experiment etwa der militärpolitische Kurs der Bundesregierung, welches lebensgefährliche staatspolitische Experiment die Inte-

gration der Komplizen des Nazismus ist — das wird wohlweislich verschwiegen), ganz gleich welcher Art, wird angesprochen, das mythische Bild des weisen Kanzlers beschworen, dem der Bundesbürger alle seine Sorgen vertrauensvoll überantworten kann. Aber nicht nur das. Vor allem gilt es das Mißtrauen, den Haß gegen die Opposition unaufhörlich zu schüren. Und dabei nun knüpft die Propagandamaschine der CDU an spezifisch deutsche bürgerliche Ressentiments an, an dieselben Instinkte, deren politische Mobilisierung im Nationalsozialismus ihre erste „Erfüllung" gefunden hat. Das heißt, es werden ideologische Tendenzen aufgewertet, die die Tradition des obrigkeitsstaatlichen deutschen Kleinbürgertums bestimmt und den Führerstaat vorbereitet haben. Es sind bloße Anti-Affekte, denen nur ganz vage positive Vorstellungen von einer politisch-gesellschaftlichen Ordnung entsprechen. Diese Anti-Affekte werden heute aktiviert, und gleichzeitig wird ihnen das Bild eines autoritären Staates zugeordnet, der vor allen „Experimenten" schützen soll. Das kleinbürgerliche Privatinteresse wird in künstliche Hysterie versetzt: außenpolitisch ist es der Bolschewismus, innenpolitisch der Sozialismus, der die „Demokratie" bedroht. Und diese Bedrohung wird immer neu konstruiert, denn sie gilt als Alibi für die eigenen autoritären Tendenzen. Der demokratische Sozialismus wird als „Wegbereiter Moskaus", als außenpolitisches Risiko etc. dämonisiert, er wird als „gottloser Materialismus" ausgerechnet von jenen denunziert, die wie selbstverständlich das Kreuz Christi, das Geschäft und die Atomwaffen zu vereinigen wissen. Und zwar nicht etwa verschämt, sondern ganz offiziell, mit schamloser Scheinheiligkeit. Was dem Führer das rassereine, durch und durch germanische deutsche Großreich, das ist dem Kanzler jenes imaginäre „christliche Abendland": der Fetisch, der Popanz zur Mobilisierung der „Mitläufer". Die Todfeindschaft gegen den Sozialismus war es, die Adolf Hitler den deutschen Kleinbürgern zum großen Manne machte . . .
Aber nicht nur das. Die Remilitarisierung der Bundesrepublik fiel zunächst in die Zeit einer gewissen Erschöpfung der militärischen Triebe, einer durch das Kriegserlebnis und den neuen wirtschaftlichen Aufstieg verursachten Wehrmüdigkeit. Um so mehr galt es, den traditionellen deutschen „Wehrgedanken" wieder zu aktivieren. Das Gewonnene muß nun „verteidigt" werden. Gegner oder auch nur Kritiker der Wiederbewaffnung (welche Motive sie haben mögen) sind heimliche oder offene, bewußte oder naive „Verräter". Die Gegner der Atombewaffnung der Bundeswehr werden systematisch diffamiert, indem man sie zu Helfershelfern Moskaus stempelt, die „den freien Westen" mutwillig oder aus Dummheit schwächen. Darüberhinaus aber ist bereits der Kult der „Ordnung" und „Autorität" wieder restauriert: zu dessen Anwalt sich insbesondere Herr Schröder gemacht hat. Er beginnt das Werk seines Vorgängers, des deutschnationalen Bundesinnenministers Lehr zu vollenden. Seine Amtsführung wird mehr und mehr zu der eines Polizeiministers. Die ideologische Restauration spielt sich auf mehreren Ebenen ab. Man verfolge nur einmal die ideologische Schulung der Bundeswehr, man beschäftige sich etwa mit dem Wirken der katholischen, zentral gesteuerten Männervereine, man lese einmal die unzähligen Tageszeitungen deutscher Klein- und Mittelstädte — und man wird sich aller Illusionen über die Demokratie in der Bundesrepublik entschlagen. Zu den hervorstechendsten Tendenzen, längst vor 1933 verbreitet, gehört die Diffamierung der Intelligenz, des kritischen und aufgeklärten Denkens, die Verdächtigung und Verhöhnung der Intellektuellen: dabei wird auf spezifisch kleinbürgerliche Instinkte spekuliert. Die Intellektuellen „stören" die „Ordnung", sie sind den „natürlichen Anschauungen" entfremdet, sie sind „zersetzend", „gottlos" und so fort. Nicht ohne Grund sehen die Vorkämpfer einer autoritären Ordnung in dieser Schicht ihr gefährlichstes Hindernis auf dem Wege zur uneingeschränkten Macht: denn

Denken heißt kritische Prüfung, heißt Selbstverantwortung, heißt Kontrolle der Regierung durch den Bürger. Kritik enthüllt die Verlogenheit und Scheinheiligkeit, aber auch die Brüchigkeit der heutigen bundesrepublikanischen Ordnung, entlarvt die offiziellen Ideologien von „Freier Marktwirtschaft", „Abendland" etc. So müssen die Herde der Kritik, solange sie nicht ausgetreten werden können, bei breiten Schichten des Volkes denunziert und als Gegner des „gesunden Volksempfindens" hingestellt werden, an das wie weiland Adolf Hitler heute Konrad Adenauer appelliert. Die Arbeiter, die SPD, die Intellektuellen — sie werden zum roten Kinderschreck des Konsumbürgers gemacht; um den Staat vor ihnen zu „schützen", werden „Autorität" und „Ordnung" beschworen. Seit 1949 führt das Regime Adenauer, das Regime der Großindustrie, das Regime der Mitläufer von einst, einen kalten Bürgerkrieg gegen alle seine aktuellen oder potentiellen Gegner, gegen alle sozialen und geistigen Kräfte, die für eine konsequente wirtschaftliche und politische Demokratisierung eintreten. Der „Kommunistenschreck" wurde und blieb das wirksamste Mittel in diesem Kampf.

Zum Komplizen des großkapitalistischen Bürgertums ist der politische Katholizismus geworden, ebenso expansiv von Natur wie jenes. Die ideologische Offensive des Klerikalismus, gegen Aufklärung und gegen die „Intellektuellen", zugunsten von „Autorität" und „Ordnung", hat ihren Höhepunkt noch nicht einmal erreicht. Die Manipulierung des Wählerwillens wird hier ganz unverhüllt betrieben. Und die Denunziation der demokratischen Opposition als „materialistisch", „gottlos" etc. tritt offen in den Dienst der kapitalistisch-autoritären Regierungspartei.

Überall knüpft die Propaganda der Regierung Adenauer an die schon vor 1933 verbreiteten bürgerlich-autoritären Traditionen an, die schließlich in den Nationalsozialismus mündeten. Längst ist es auch in Publikationen, die vom Bundesverteidigungsminister unterhalten werden, selbstverständliche Mode, die wohlgemeinten, aber unzulänglichen Versuche der Amerikaner, nach dem Kriege die Deutschen Demokraten „umzuerziehen" — als „Morgenthau-Ära" zu schmähen. Man bekennt sich wieder offen zur „soldatischen Vergangenheit". Aber nicht nur das. Die heute herrschenden Kräfte denunzieren auch systematisch die Französische Revolution, also den ersten Sieg der bürgerlichen Demokratie in Europa. Vor allem die reaktivierte Wehrpropaganda auf der einen, die katholische Agitation auf der anderen Seite werden nicht müde, diese geschichtliche Entwicklung zur bürgerlichen Freiheit als „Aufstand der Massen", Abfall von der „natürlichen Ordnung" etc. zu deklarieren. Die konsequenten liberalen Demokraten gelten als „Jakobiner" — und das ist in demselben Deutschland noch allemal ein Schimpfwort gewesen, in dem, wie schon vor einem Jahr ein namhafter deutscher Publizist gesagt hat, „Faschist" kein Schimpfwort ist!

Die Bundesregierung toleriert nicht mehr nur solche Tendenzen, sie fördert sie. Ihre gesamte Innen- und Außenpolitik steht längst im Zeichen dieser reaktionären Ideologien, die alle mit dem angeblich allein wichtigen „Kampf gegen den Kommunismus" gerechtfertigt werden. Auch Adolf Hitler kam zur Macht, weil er die kleinbürgerlichen Massen in eine antikommunistische, antisozialistische Hysterie hineintrieb und sich als „Retter" empfahl. Das „Abendland" ist schon einmal „gerettet" worden . . . Und wenn heute nicht die Ideologie des Nationalsozialismus selbst restauriert wird, so doch all das an Instinkten, Ressentiments, Komplexen, was der Machtergreifung Hitlers den Weg bereitet hat. Die Parolen sind durchweg dieselben, nur daß an die Stelle des Hakenkreuzes das schamlos entwürdigte Kreuz Christi als Vorzeichen getreten ist. Welches Urteil sonst die Geschichte über das Regime Adenauer fällen mag: heute schon muß unzweideutig festgehalten werden, daß dieses Regime, das sich außenpolitisch so gern als Re-

präsentant eines „demokratischen Deutschland" aufspielt, sich bedenkenlos und ungehemmt aller autoritärer Kräfte in Deutschland bedient, ganz alter, alter und neuer. Gesellschaftlich, politisch und ideologisch ist der scharfe Trennungsstrich zwischen der zweiten deutschen Republik und dem Hitlerregime (und seiner Vorgeschichte) längst verwischt. Alle demokratischen Lippenbekenntnisse der Bundesregierung und der CDU ändern an diesem staatspolitisch verhängnisvollen Faktum nichts. Die Machthaber von heute haben die zweite deutsche Republik längst korrumpiert. Und verglichen mit den skrupellosen scheinheiligen Managern der heutigen Regierungspartei, deren nackter Klassen-Opportunismus christlich verbrämt wird, waren nicht wenige Nationalsozialisten irrende Idealisten! Die Faschisten von heute wissen sehr wohl, was sie tun.

(Schluß folgt)

Prof. Dr. Walter Hagemann

Mit der Bombe leben?

In einer Aufsatzserie der „Zeit", die inzwischen als Sonderdruck erschienen ist, hat sich C. F. von Weizsäcker mit den „gegenwärtigen Aussichten einer Begrenzung der Gefahr eines Atomkrieges" beschäftigt. Seine Darstellung beruht vorwiegend auf den Eindrücken, die der Verfasser kürzlich bei seinen Aufenthalten in den USA, Kanada und England gewonnen hat. v. Weizsäcker berichtet vor allem über den neuesten Stand der atomstrategischen Überlegungen und Theorien der westlichen Militärexperten, so daß den Ausführungen schon dadurch hoher dokumentarischer Wert zukommt. Aber v. Weizsäcker berichtet nicht nur, sondern er kommentiert. Er trägt seine Gedankengänge mit wohltuender Behutsamkeit vor und betont ausdrücklich, daß die neuartige und verwirrende Problematik der Atomwaffen alle Möglichkeiten des Irrtums offen lasse. „So schwierige Denk- und Informationsaufgaben", sagt er zum Schluß, „kann kein einzelner lösen. Ich wäre vollauf zufrieden, wenn meine Ausführungen anderen, die sich an diesen Aufgaben versuchen, einiges Material geliefert hätten".

Eine Beschäftigung mit v. Weizsäckers Gedankengängen und Thesen sollte sich gleichfalls um Behutsamkeit der Argumentation bemühen. Auch sie wird von Begriffen Gebrauch machen müssen, die angesichts der bestürzenden Neuheit der atomaren Tatsachen überholt, ja antiquiert erscheinen. Sie wird gleichfalls von politischen Vorstellungen ausgehen müssen, die nicht beweisbar und damit dem menschlichen Irrtum unterworfen sind. Da jedoch der Gegenstand von lebenswichtiger Bedeutung ist, und da v. Weizsäcker schon heute in beiden „Lagern" als Kronzeuge zitiert wird, sollte einer kritischen Stellungnahme nicht ausgewichen werden.

v. Weizsäcker hält die Hoffnung auf eine „große Abrüstung" in der heutigen Weltlage für illusorisch, da die Sowjetunion die völlige Ächtung der atomaren Kriegsführung fordere, während die Westmächte eine kontrollierte Abrüstung aller, auch der konventionellen Waffengattungen verlangen. Wir sollten es daher, so meint v. Weizsäcker, lernen, „mit der Bombe zu leben". Diese Resignation entspricht der heutigen in den militärischen und politischen Führungskreisen

der USA herrschenden Auffassung und ist insofern „realistisch". Da sich aber die Weltlage ebenso im Fluß befindet wie die weitere Erforschung der kernphysikalischen Tatsachen und die Wertung von strategischen Überlegungen, so wäre es falsch, die Unvermeidbarkeit der „großen Waffen" als Axiom zu behandeln und a priori zum Ausgangspunkt aller politisch-strategischen Überlegungen zu machen. Das „Gleichgewicht" des atomaren Schreckens besitzt nur so lange eine konstitutive Kraft, als seine Unanwendbarkeit noch nicht Gemeingut aller globalen Strategie geworden ist, wie dies s. Z. mit der bakteriologischen und chemischen Kriegsführung geschah. Die Aufrechterhaltung einer „großen" atomaren Bereitschaft wird vor den Völkern nur so lange vertretbar sein, als ihre Gefährlichkeit noch nicht zu Katastrophen geführt hat, die sich nach dem Gesetz der Wahrscheinlichkeit früher oder später ereignen müssen. Die große und kontrollierte nukleare Abrüstung wird neue Aspekte gewinnen, wenn es gelingen sollte, mit einem, wenn auch nur zeitlich begrenztem Versuchsstop und einer wenigstens regionalen Entnuklearisierung einen Anfang zu machen.

Resignation gegenüber einer „großen" Abrüstung mag den Verfasser dazu verführt haben, die Wirkungen atomarer Explosionen geringer einzuschätzen, als dies nach den Feststellungen der weitaus meisten westlichen und östlichen Sachkenner glaubhaft erscheint. v. Weizsäckers Auffassung, daß „ein langer Krieg mit konventionellen Waffen nicht geringere Verwüstungen anrichten würde als ein kurzer Atomkrieg", läßt sich exakt widerlegen, wenn man die erwiesenen Verheerungen des zweiten Weltkrieges den erwiesenen 270 000 Todesopfern der „kleinen" Bombe von Hiroshima gegenüberstellt. Das gleiche gilt von den Fernwirkungen dieser einen Bombe, die in den vergangenen 13 Jahren Tausende neuer Opfer gefordert hat und weiter fordert und die Raten der Mißgeburten unheimlich gesteigert hat. Weniger exakt lassen sich vorläufig die Wirkungen der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre nachweisen. Aber wenn nach v. Weizsäckers Eingeständnis möglicherweise „vielen Menschen durch sie Leiden und vorzeitiger Tod gebracht wird", so mag dies vom Standpunkt militärischer Strategie unbeachtlich erscheinen, vom Standpunkt der Menschlichkeit und des Völkerrechts bleibt es ein Verbrechen und ist prinzipiell anders zu bewerten als „die wohl ebenfalls viel größeren Opfer des Straßenverkehrs und die wohl ebenfalls sehr viel größeren Schädigungen der Gesundheit durch Industrieabgase". Die von amerikanischen Atomstrategen verbreiteten Verharmlosungsversuche sollten auch dann nicht unwidersprochen bleiben, wenn sie ein Mann vom Range v. Weizsäckers kritiklos weitergibt.

Während v. Weizsäcker die Gefahr des „großen Krieges" angesichts der Patt-Stellung der großen Waffen praktisch für null hält, sieht er eine echte, wenngleich geringe Kriegsgefahr in der Möglichkeit eines technischen Versagens. Auch hier muß wohl dem Verfasser widersprochen werden. Wäre Hitler in der letzten Phase des Krieges in den Besitz der großen Bombe gelangt, so hätte er höchstwahrscheinlich auch dann von ihr Gebrauch gemacht, wenn er mit dem atomaren Gegenschlag rechnen mußte. Kann aber nicht morgen irgendwo ein neuer Hitler zur Macht gelangen? Und wie steht es mit der Gefahr eines „technischen" Versagens? 3000 Atombomber der amerikanischen strategischen Luftwaffe kreisen Tag und Nacht im Anflugraum der Sowjetunion mit Atombomben an Bord, und wie wenig „narrensicher" das ihnen verfügbare Warn- und Einsatzverfahren ist, haben mehrere Zwischenfälle mit bestürzender Deutlichkeit gezeigt. Bedrohlicher als das technische ist aber auch hier das menschliche Versagen. Unter Tausenden von Besatzungen der Bomber und Raketenstartplätze, die unter ständiger psychischer und physischer Belastung arbeiten, muß mit Kurzschlußhandlungen labiler oder herostratischer Naturen gerechnet werden. Nach dem

Gesetz der Wahrscheinlichkeit, so erklärte am 15. 6. der frühere amerikanische Luftfahrtminister Finletter, müsse mit einer solchen Katastrophe früher oder später gerechnet werden. „Es ist idiotisch, zu glauben", so erklärte Finletter, „man könnte in einer von Atombomben strotzenden Welt hoffen, die Waffe würde niemals losgehen."

Wesentlich skeptischer steht v. Weizsäcker den amerikanischen Thesen von der „abgestuften Abschreckung" mittels „taktischer" Atombomben gegenüber. Diese taktischen Waffen sollen nach amerikanischer Auffassung dazu dienen, bei kleinen Konflikten den Einsatz der strategischen Waffen zu ersparen und dennoch einem starken konventionellen Gegner überlegen zu sein. v. Weizsäcker glaubt nicht daran, daß sich „zwei Mächte, welche die großen Waffen besitzen, längere Zeit mit Waffen, die nur unscharf gegen die großen Waffen abgegrenzt sind, bekämpfen sollten, ohne in die große Zerstörung auszugleiten". Ähnliche Feststellungen hat der Generalstabschef der deutschen Bundeswehr, Panitzki, getroffen und offen ausgesprochen, daß für kleinere Mächte das Ausgleiten die Waffenhilfe der atomaren Schutzmacht bedeuten wird. Wenn einige Bomben dieser Art „feindliche Panzer und Truppenansammlungen zersprengen" oder „eine feindliche Luftflotte vernichten" können, so wird sich die Strategie der konventionellen Waffen eben auf eine aufgelockerte Taktik einstellen, wie dies auf anderer Ebene vor 50 Jahren nach der Erfindung der Schnellfeuergewehre geschehen ist.

Bei dieser Betrachtung „lokaler" Konflikte erweist es sich, wie weit das strategische Denken nicht nur hinter den neuen atomaren Gegebenheiten, sondern noch mehr hinter der Realität heutiger lokaler Konflikte zurückbleibt. Auch im Alleinbesitz der Atombombe hätten die USA die Konflikte in Korea, Syrien und Libanon, hätten England und Frankreich die Konflikte in Indochina, Suez, Zypern und Algier nicht atomar lösen können, ohne das Land, das sie befreien, gewinnen oder in Gehorsam halten wollten, in seiner Volkssubstanz tödlich zu treffen. Das gilt noch mehr von dem, was v. Weizsäcker die „sowjetische Welteroberung in kleinen Stücken" nennt, heute meist als „Salami-Taktik" bezeichnet. Wie hätten die Amerikaner den Umsturz in Prag, die Revolution in China oder das Eingreifen der Sowjets in Budapest durch örtlichen Einsatz von Atombomben verhindern können, ohne im Namen der Freiheit die zu Befreienden auszurotten? In allen diesen Fällen war eine militärische Entscheidung nur mit konventionellen „Nahkampf-Waffen" von genau begrenzbarer Wirkung sinnvoll, aber nicht das grobe Massenvernichtungsmittel der Atombombe, auch der „kleinen".

Während v. Weizsäcker die gegenwärtige Konzeption der Atommächte wie ein Naturereignis hinzunehmen geneigt ist, nimmt er in der Frage der atomaren Ausrüstung weiterer Mächte eine deutlich ablehnende Stellung ein. Insbesondere steht er der amerikanischen „Schwert- und Schildtheorie" mit großer Skepsis gegenüber, da der „Schild" der kleinen Mächte, wenn er atomar verstärkt werde, dem Gegner jedes Motiv nehmen würde, auf den Einsatz seiner eigenen Atomwaffen zu verzichten, und da der atomare Schutz der kleineren Nato-Mächte von rückwärtigen Basen aus wirksamer ausgeübt werden könne als vom Boden dieser Länder selbst.

Die atomare Ausrüstung der kleineren Nato-Mächte verfolgt wohl eher den Zweck, diese Mächte noch enger an die USA zu binden und den atomaren Gegenschlag des Gegners zunächst auf dieses Vorfeld abzulenken. Ein Verzicht auf atomare Ausrüstung würde den kleinen Mächten zwar nicht die Gewißheit, aber doch die Wahrscheinlichkeit bieten, nicht zum atomaren Kriegsschauplatz zu werden. Leider läßt v. Weizsäcker die Frage offen, welcher Unterschied zwischen

der eigenen nuklearen Aufrüstung der kleineren Mächte und der Stationierung nuklear bewaffneter US-Einheiten auf fremdem Staatsgebiet besteht, eine Frage, die für die Bundesrepublik nicht erst seit dem 25. 5. d. J., sondern schon seit ca. 5 Jahren akut ist und rein strategisch die gleiche Lage schafft.

Nach v. Weizsäcker bedeutet das Bestehen der beiden Blöcke und die nukleare Aufrüstung der Kleinen das Einfrieren der Spannungen und des heutigen Status quo; es garantiert die Aufrechterhaltung der nationalen Spaltung, zugleich aber den Frieden in Mitteleuropa. Beides erscheint uns zweifelhaft. Die nukleare Aufrüstung wird die bestehenden Spannungen weiter steigern, einerseits, weil sie die entsprechende nukleare Gegenrüstung der Ostblockstaaten mit Gewißheit nach sich zieht, und zum anderen, weil damit die Gefahr, mindestens der Verdacht einer deutschen Restitutionspolitik erhöht würde. v. Weizsäcker sieht klar, daß jede Lösung der Wiedervereinigungsfrage der sowjetischen Zustimmung bedarf, und er nennt unter den Voraussetzungen für eine solche Zustimmung den entscheidenden Preis, nämlich den Abbau der von der Sowjetunion gefürchteten Bedrohung durch den Westen. Ein Abbau dieser Drohung würde im Disengagement liegen, d. h. nicht allein in der Schaffung einer atomwaffenfreien, sondern einer von fremden Besatzungstruppen geräumten Zone. v. Weizsäcker ist der Meinung, wir könnten den Verzicht auf eigene Atomwaffen „nicht mit einer Forderung an unsere Bundesgenossen verbinden, unser Land von den Waffen zu räumen, die sie selbst für erforderlich halten. Nur wenn sie sich selbst davon überzeugen, daß auch diese Räumung etwa als Gegenleistung gegen eine entsprechende Konzession des Sowjetblocks ihren und unseren Interessen dient, kann es mit der Räumung ernst werden". Nun, wenn eine solche Räumung nach unserer Überzeugung vitalen deutschen Interessen dienlich ist, dann sollte sie als Forderung erhoben, nicht aber als höhere Schickung hingenommen werden! Wenn Staatssekretär Dulles kürzlich erklärte, daß eine solche Räumung aus Sicherheitsgründen für die Amerikaner nicht in Frage käme und Deutschland nötigenfalls 50—100 Jahre auf seine Wiedervereinigung verzichten müsse, bis das ganze Deutschland in den Westen integriert werden könne, so entspricht das den Machtvorstellungen der amerikanischen Außenpolitik, aber schwerlich den deutschen Interessen. Andere Länder, wie Österreich, Japan, Italien, haben ihre nationalen Interessen gegenüber der amerikanischen Weltmacht nachdrücklich und mit Erfolg wahrgenommen.

v. Weizsäcker glaubt nur bedingt daran, daß ein atomwaffenfreies Deutschland gegen die Gefahren eines Atomkrieges besser geschützt sei als ein atomar gerüstetes; jedenfalls sei es sehr unwahrscheinlich, „daß wir verschont bleiben, wenn wir allein inmitten einer atomar aufgerüsteten Umgebung diese Waffen nicht besäßen". Wieso wir allein? Bekanntlich haben die DDR, Polen und die ČSR sich bereit erklärt, gleichfalls auf Atomwaffen zu verzichten. Ferner haben Dänemark und Norwegen die atomare Ausrüstung abgelehnt. Es ist wahrscheinlich, daß ein rechtzeitiger und nachdrücklicher Verzicht der Bundesrepublik, d. h. die Verwirklichung des Rapackiplanes, Nachahmung in weiteren europäischen Ländern finden und damit die Zone der Entspannung entsprechend vergrößern würde. Keinesfalls hätten wir, wie v. Weizsäcker meint, durch die Annahme des Rapackiplanes ein großes Opfer der Nato mit einem kleinen Opfer des Ostblocks bezahlt. Das zur Entnuklearisierung angebotene Gebiet östlich der Zonengrenze hat den dreifachen Umfang der Bundesrepublik, eine mehr als doppelte Tiefe und übertrifft sogar an Menschenzahl das westliche „Nato-Opfer". Also nicht nur aus taktischen, sondern aus ganz realistischen Gründen hätte man den Rapackiplan zum Ausgangspunkt von Verhandlungen machen sollen.

Auf Grund seiner Auffassung, daß wir „mit der Bombe leben" müssen, er-

scheint Herrn v. Weizsäcker das militärische Disengagement als ein militärisch wünschbares Ziel: Ein weltweites Verteidigungssystem mit weittragenden Waffen erlaube durchaus die Existenz großer, militärisch neutralisierter Gebiete, deren militärisch neutraler Status von den Großmächten garantiert und international überwacht werden kann. Diese sicherlich erstrebenswerte militärische Entflechtung möchte v. Weizsäcker nun durch eine um so engere politische Verflechtung ausgleichen. Warum? Weil v. Weizsäcker die Bildung einer „dritten Kraft" für bedenklich hält. v. Weizsäcker fürchtet, „daß solche politische Neutralität als eine Wiederbelebung nationaler Souveränitäten auch in Westeuropa verstanden würde und damit einen Rückschritt auf dem heute unausweichlich notwendigen Weg der Integration der Welt bedeuten würde". Hier bekennt sich v. Weizsäcker zu einem Axiom, das nicht an seiner Richtigkeit, sondern nur an seiner Überzeugungskraft gemessen werden kann. Daß eine solche „dritte Kraft", global gesehen, existiert und daß sie die Mehrzahl aller Staaten der Welt umfaßt, ist eine meist übersehene Tatsache ebenso wie der ursächliche Zusammenhang zwischen der Existenz der beiden Machtblöcke und der latenten Kriegsgefahr in der Welt. Der Weg zu der von v. Weizsäcker erhofften „Integration der Welt" führt keinesfalls über eine weitere Verfestigung und Ausdehnung dieser Machtblöcke, sondern nur über ihre Entflechtung und Auflösung in einer echten Gesellschaft der Nationen, welche alle Länder auf der Basis grundsätzlicher Gleichberechtigung umfaßt und das in Völkerbund und UN vorbereitete System zwischenstaatlicher Sicherheit und Schiedsgerichtsbarkeit effektiv und obligatorisch macht. Eine solche Zielsetzung hat weder mit „Nationalismus der Nation Europa" noch mit „Antiamerikanismus" das geringste zu tun, wie v. Weizsäcker meint, es sei denn, daß man alle nationale Politik mit engstirnigem Nationalismus gleichsetzt.

Hier liegt die Grenze der Vorstellungen v. Weizsäckers. Auch er vermag sich von dem vereinfachenden Klischee: Hier freie — dort totalitäre Welt! nicht freizumachen; auch er sieht in der Anlehnung an die USA als den „Schwertträger" der freien Welt die sicherste Gewähr gegen die kommunistische Weltexpansion. Darum wünscht er ebenso wenig ein Aufgeben der amerikanischen Schutzherrschaft über Westeuropa, wie er sich einen derartigen Schritt für Osteuropa von sowjetischer Seite vorstellen kann. Zu einsichtsvoll, um die Notwendigkeit einer Koexistenz zwischen „Ost und West" zu leugnen, steht doch auch er zu sehr unter dem Trauma der west-östlichen Alternative, um an eine ernstliche Entflechtung der Blöcke zu glauben. v. Weizsäcker konstatiert die nachlassende Bereitschaft der Sowjets zu Konzessionen in Osteuropa, ohne zu erklären, daß sie die Folge der Starrheit einer Politik ist, die seit Jahren in Washington und dementsprechend in Bonn betrieben wird.

Es überrascht daher nicht, daß v. Weizsäcker in seiner Argumentation den Begriff der Neutralität ebenso unpräzise verwendet, wie dies in der politischen Propaganda üblich ist. Geschichte und Völkerrecht kennen zahlreiche Arten der Neutralität, politische und militärische Neutralität, freiwillige und aufgezwungene, Neutralität aus Tradition oder auf Grund völkerrechtlicher Bindungen, Neutralität gegenüber bestimmten oder gegenüber allen fremdstaatlichen Konflikten; es gibt Neutralismus, Neutralisierung und neutrales Verhalten. Gerade wenn politische Begriffe zu Schlagworten entwertet worden sind, sollte man sich ihrer mit doppelter Behutsamkeit bedienen. Auch v. Weizsäcker wünscht offensichtlich nicht, daß Deutschland in jeden militärischen Konflikt der USA oder der 13 anderen Nato-Mächte hineingezogen wird, daß es also in gewissen Fällen „neutral" bleiben kann. Auch v. Weizsäcker wünscht, daß Deutschland oder mindestens die heutige DDR aus der atomaren Rüstungszone herausgehalten wird,

also atomar neutral bleibt. Aber er hält eine neutrale oder neutralisierte europäische Disengagement-Zone im Sinne von Eden, Gaitskell und Rapacki für eine Gefahr, weil sie Schutzlosigkeit gegenüber einem „sowjetischen Überfall" bedeuten würde. Er glaubt nicht an die Zuverlässigkeit eines von den USA und Moskau garantierten europäischen Sicherheitssystems, weil er nicht sieht, daß dieses System durch die offensichtlichen eigenen Interessen der beiden Weltmächte garantiert wäre. v. Weizsäcker sieht die Probleme unter globalen, d. h. amerikanischen, nicht aber europäischen bzw. deutschen Gesichtspunkten: er unterschätzt die moralischen und materiellen Energien, welche diese „dritte Kraft" Europa auch heute nach zwei Weltkriegen besitzt. Und er überschätzt wie die Amerikaner den territorialen Expansionswillen der Sowjetunion. Dieser Expansionskraft nicht mit atomarer Einkreisung und Einschüchterung zu widerstehen, sondern sie in wirtschaftlichem, sozialem und ideologischem Wettbewerb zu kompensieren, ist ein Gebot der Vernunft.

v. Weizsäcker gesteht, daß für ihn die Wirkung der verschiedenen Projekte „hinter einer grauen Wand verborgen" liege. „Wer sicher zu wissen behauptet, wie die Katastrophe vermieden werden kann, beweist schon dadurch seine Unglaubwürdigkeit, genau wie der, der sicher zu wissen behauptet, daß die Katastrophe unvermeidbar sei. Wir müssen handeln, ohne die Folgen zu wissen." In der Tat sind künftige politische Entwicklungen nicht wissenschaftlich beweisbar, sondern sie stellen Rechnungen mit zahlreichen Unbekannten dar. Die Aufgabe und die Bürde des Staatsmannes besteht darin, die Kenntnis aller verfügbaren politischen, militär-technischen und psychologischen Tatbestände mit jenem Sinn für Imponderabilien zu verbinden, der ihn unter zahlreichen Möglichkeiten die richtige Entscheidung treffen läßt. Keinesfalls darf er sich die politische Entscheidung von den Militärexperten einreden oder vorschreiben lassen, deren strategische Theorien ihre Kurzlebigkeit drastisch erwiesen haben. Die Richtigkeit der getroffenen Entscheidungen läßt sich erst nachher erweisen, nachdem vielleicht unwiderrufliche Ereignisse eingetreten sind. Die Mißerfolge der amerikanischen globalen Strategie und Politik der letzten Jahre sind schwerlich ein Beweis staatsmännisch richtigen Handelns, während andererseits die Sowjetunion im gleichen Zeitraum zahlreiche Erfolge nach innen und außen buchen konnte. Washington hat mit seiner Politik der militärischen Stärke Schiffbruch erlitten, während die Sowjets auf dem asiatisch-afrikanischen Schauplatz imponierende ideologische Erfolge erzielen konnten.

„Mit der Bombe leben?" v. Weizsäcker beweist durch seine eigenen Darlegungen, daß es nicht möglich ist, mit der Bombe zu leben. Gewiß werden wir mit dem Wissen darum weiterleben müssen, wie man Atombomben herstellt, aber „die technische Vernunft fordert, daß man nicht alles tut, wozu man technisch fähig ist" (v. Weizsäcker). Schlimmer als die Herstellung der Bombe ist es, sein politisches Kalkül auf ihr zu bauen und sich auf ihren Automatismus zu verlassen. „Es handelt sich darum, politische Formen zu finden, in denen eine Menschheit leben kann, die weiß, wie man Atombomben macht." Während aber der Westen wie gebannt auf die Sputniks und die sowjetischen Divisionen in den Ostblockstaaten starrte, hat die Sowjetunion ihren Geltungsbereich ohne Krieg über ein Drittel der Menschheit ausgebreitet und in einem Drittel der Welt wichtige Positionen gewonnen. Wenn der Westen seinen bisherigen Kurs antiquiert und unbelehrbar weitergeht, dann könnte sich Chruschtschows Behauptung bewahrheiten, daß der Sozialismus in übersehbarer Zeit ohne Krieg die kapitalistische Welt besiegen wird. Die Menge der in den Zeughäusern aufgestapelten Atombomben ist dann bei diesem Prozeß ohne Belang.

Bürgermeister Albert Osswald, MdL

Die Selbstverwaltung der Gemeinden und die atomare Aufrüstung

Nach der Verfassung ist die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. Im Artikel 18 des Grundgesetzes ist die Freiheit der Meinungsäußerung verfassungsmäßig garantiert. Den Gemeinden muß nach der Landesgesetzgebung das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

Durch das Grundgesetz wird den Gemeinden eine Rechtstellung eingeräumt, die in jeder Hinsicht geeignet ist, die Grundsätze, die Freiherr vom Stein über die Selbstverwaltung der Gemeinden aufgestellt hat, zu verwirklichen. Seinem Wollen und Wirken entspricht es, aus dem „Untertan" einen „Staatsbürger" zu machen, der in der Lage ist, an dem öffentlichen Leben gestaltend teilzunehmen und diesem erst nach demokratischen Prinzipien wahren Inhalt zu verleihen. Das Ausschalten der Bevölkerung von der Mitwirkung am staatlichen gemeinschaftlichen Leben in Stadt und Land und die Bevormundung durch die staatliche Bürokratie waren die Ursachen, die Freiherr vom Stein als Reformator auf den Plan riefen. Er nahm mit Recht an, daß staatsrechtliche Gesinnung je eher um so mehr im Volke Platz greife, je öfter und vielseitiger man die Bevölkerung vertrauensvoll an der Verwaltung beteilige. „Vertrauen veredelt den Menschen, aber die ewige Bevormundung hindert ihr Reifen." Das war es im wesentlichen, womit er seine Reformbestrebungen begründete.

Wenn wir heute nun in diesem Sinn die Frage aufwerfen, inwieweit unsere junge Demokratie in der Praxis den Stein'schen Prinzipien gefolgt ist, so dürfen wir feststellen, daß unsere Verfassung zwar die Forderungen jener Lehre beinhaltet, daß aber im öffentlichen Leben, und zwar in den konkreten Beziehungen vom Staat zum Bürger mitunter wenig vom Stein'schen Geist zu verspüren ist. Nur in dem kleinsten Kreis der öffentlichen Gemeinschaft, in den Gemeinden, arbeitet die Verwaltung bei der Erfüllung ihrer Selbstverwaltung in engem Konnex mit ihren Bürgern. In öffentlichen Sitzungen gefaßte Beschlüsse, Unterrichtung der Öffentlichkeit durch Funk und Presse, Bürgerversammlungen, Fragestunden im Gemeinde-Parlament, eine sich dem Gemeinwohl verantwortlich fühlende Verwaltung: all das trägt dazu bei, daß in der Gemeinde tatsächlich verwirklicht wird, was das Grundgesetz mit Artikel 20, Abs. 1 und 2 anstrebt. In den Gemeinden geht die öffentliche Gewalt letztlich vom Volke aus. Die Verwaltung wird im Rampenlicht der öffentlichen Meinung geführt und von ihr in den wesentlichen Linien ihrer Ordnungsführung bestimmt.

Beim Wiederaufbau unseres Vaterlandes ist in erster Linie die private Initiative der Bürger auf gemeindlicher Ebene bestimmend. Die Gemeinde als Urzelle der staatlichen Gemeinschaft baut in enger unlöslicher Zusammenarbeit mit ihren Bürgern Wohnungen, Kirchen, Schulen, Anstalten, Heime, Straßen, alles elementare Einrichtungen für die deutsche Lebensgemeinschaft und ihr Wohlergehen.

Im Zusammenwirken mit ihren Bürgern können die deutschen Gemeinden

die Kraft für eine solche gigantische Arbeit nur aus dem Vertrauen und dem Glauben an eine wohlgeordnete glückliche Zukunft leisten. Diese Arbeit bedeutet für jeden einzelnen Bürger an seinem Platze tägliche Opfer an Gesundheit, physischer und psychischer Kraft und an materiellen Werten. Es ist genügend seitens der Wissenschaftler darüber geschrieben worden, daß die Menschen sich bei dieser Arbeit in der Hast des Alltags förmlich verzehren und aufreiben.

Wer könnte daher den Mut haben, ihnen die innere Berechtigung abzusprechen, in der beherrschenden aller Lebensfragen, der Schicksalsfrage des deutschen Volkes schlechthin, ob die Bundesrepublik ihre Verteidigung mit atomaren Waffen führen soll und ob auf ihrem Boden atomare Waffen stationiert werden sollen, selbst zu entscheiden.

Obwohl die Regierung die Volksmeinung kennt, daß mehr als zwei Drittel die Atomrüstung ablehnen und erwarten, daß die Regierung etwas gegen die alles Leben bedrohende Atombewaffnung, den Unfug der Versuchsexplosionen, das astronomische Wettrüsten mit atomaren Superwaffen, das nur geeignet sein kann, die Menschheit zu vernichten, unternimmt, bleibt sie — aller Vernunft zum Trotz — beharrlich bei der von ihr einmal eingeschlagenen Politik. Bei dieser Situation hat das Volk bei einer wahren Demokratie echten Anspruch darauf, gehört zu werden und — da letztlich alle Staatsgewalt vom Volke auszugehen hat — zu entscheiden.

Es liegt auf der Hand, daß alle diese Bemühungen der Einwohner unserer Städte und Dörfer um den Wiederaufbau Deutschlands nur dann zu einem guten Ende gebracht werden können, wenn unserem Vaterlande der äußere Frieden erhalten werden kann. Sonst wäre alle Arbeit sinnlos! Zu dieser Frage nimmt der einfache Mann auf der Straße in den letzten Jahren in zunehmendem Maße immer häufiger Stellung.

Es ist die große Angst vor dem Gespenst eines 3. Weltkrieges im Zeitalter des Atoms, welche geeignet ist, die guten Kräfte privater Initiative zum Wiederaufbau Deutschlands in ihrem Wirken empfindlich zu hemmen, ja zum Erliegen zu bringen. Aus den engen Beziehungen zum Volke wissen gerade wir Kommunalpolitiker und Kommunalpraktiker, wie sehr heute der einzelne Mensch, namentlich der, der ein verantwortungsvolles Leben gegenüber sich, seiner Familie und der Gemeinschaft führt, von dem Alpdruck jener Angst belastet wird. Es wird heute so manches getan und unterlassen, was unter normalen Verhältnissen nicht getan oder nicht unterlassen werden würde. Die Auswirkungen dieses allgemein zu beobachtenden Zustandes werden immer deutlicher. Vertrauen in die Zukunft bedeutet letzten Endes Lebensfreude, Agilität, Kredit und damit in summa das Unterpfand für den weiteren Wiederaufbau, die Erhaltung des Erworbenen und ein gesundes staatliches Leben überhaupt!

Da aber dieses Vertrauen an eine glückliche Zukunft durch unsere Außenpolitik erheblich ins Wanken geraten ist, verflachen die Menschen in ihrer Grundhaltung immer mehr. Sie sind mehr oder weniger nur noch auf materielle Dinge eingestellt. Sie leben nur dem Heute; sie trachten danach, in eigennütziger Weise möglichst viel vom Leben zu erhaschen. Sie greifen nach allen materiellen Gütern, um sich das Leben „noch für eine kurze Zeit" so angenehm wie möglich zu gestalten, im Wissen und in der Angst, daß sie und ihr gesamter Besitz schon morgen bei einer Auseinandersetzung zwischen Ost und West ausgelöscht sein könnten. Diese Angst in ihren das öffentliche Leben hemmenden Wirkungen wird von Tag zu Tag unerträglicher. Sie beschattet besonders das Leben in den Gemeinden mehr und mehr, da die politische Auseinandersetzung mit der deutschen Atomrüstung in die gemeindlichen Parlamente und Aus-

schüsse hineingetragen und dort diskutiert wird, was unerwünschte Auswirkungen für die sachliche Arbeit im Gefolge hat.

Man hat seitens des Bundes eingewendet, daß eine solche Frage nicht Gegenstand der gemeindlichen Politik und der gemeindlichen Verwaltung sein könnte, sondern daß sie als eine Frage der Außenpolitik ausschließlich in die Zuständigkeit des Bundes gehöre. Das mag im allgemeinen richtig sein, wenn es um außenpolitische Fragen schlechthin geht, weil es dem einzelnen Menschen häufig an der notwendigen Sachkenntnis fehlt, um richtig entscheiden zu können. Hier aber geht es um eine elementare Lebensfrage, um die Grundsatzfrage, wie die Bundesrepublik sich in bezug auf ihre Nachbarn zur Sicherung des Friedens grundsätzlich verhalten soll. Es geht ja nicht um die Bombe selbst; es geht darum, daß diese uns nicht die ersehnte Sicherheit, sondern im Gegenteil Unsicherheit bringt. Sie lädt auf uns die Gefahr tödlicher atomarer Schläge oder sogar Präventivschläge in jedem Konfliktfall, und dies sogar dann, wenn in einem Konflikt unser Land gar nicht direkt berührt ist, sondern die Atomschläge die fremden Basen bei uns ausschalten sollen. Wen interessieren diese Dinge u n m i t t e l b a r e r als gerade die Gemeinde, die Leben und Eigentum ihrer Bürger zu schützen hat?!

Nach der Katastrophe des 2. Weltkrieges hat kein gutwilliger Deutscher daran gezweifelt, daß die Verwirklichung demokratischer Grundsätze für die Gesundung unseres Volkes und den Wiederaufbau unseres Staatswesens von lebensentscheidender Bedeutung ist. Die wahre Demokratie kann man aber nicht mit einer rein formalen Verwirklichung des Grundrechts erreichen, ihr Wert kann nur nach ihrem wahren Inhalt gemessen werden, der im Grundgesetz mit der Forderung verankert ist, daß alle Staatsgewalt vom Volke auszugehen hat. Gewiß soll das Volk sich im allgemeinen und im wesentlichen darauf beschränken, die Vertreter für die Parlamente, des Bundes, des Landes und der Gemeinde zu wählen und soll im übrigen den Parlamenten und der Regierung überlassen, die Staatsgewalt auszuüben.

Wenn aber die staatlichen Maßnahmen von der regierenden Schicht, wie dies in der Frage der Atomaufrüstung geschieht, so gesteuert werden, daß dies der Meinung des überwiegenden Teiles der deutschen Bevölkerung zuwiderläuft, so muß die letzte und schwerwiegendste Entscheidung über die atomare Kriegführung und damit über Leben und Tod von Millionen deutscher Menschen in die Hand des Volkes zurückgegeben werden. Das Volk hat somit moralisch und nach der Ideologie einer wahren Demokratie einen Anspruch darauf, hier, wo unser Leben und unsere nackte Existenz auf dem Spiel stehen, die letzte Entscheidung selbst zu fällen.

Bei jeder wahren Demokratie haben der Volkswille und das staatliche Handeln in vitalen Existenzfragen im Einklang zu stehen. Wird auch durch das Grundgesetz die unmittelbare Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung auf der Bundesebene abgelehnt, so ist es aber den Ländern nicht verboten, in ihrer Zuständigkeit derartige Formen unmittelbarer Demokratie zuzulassen. Artikel 28 Abs. 1 verlangt nur, daß die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne des Grundgesetzes entsprechen. Volksbegehren und Volksentscheide sind jedoch anerkannte Institutionen demokratischer Rechtsstaaten.

Was im übrigen die Meinungserforschungen durch die Länder und Gemeinden angeht, so erschöpfen sie sich lediglich mit der Feststellung des Verhältnisses zwischen Befürwortern und Gegnern der gestellten Fragen. Eine Ausübung unmittelbarer Volkssouveränität kann hierin nicht erblickt werden. Welche rechtlichen und tatsächlichen Bedenken könnten unter der Herrschaft

des Grundgesetzes also gegen die Befragung des Volkes bestehen? Zudem: Die politische Frage der Atomrüstung wird in Karlsruhe nicht entschieden. Sie bleibt auf der Tagesordnung auch dann, wenn das Bundesgericht auf gewisse methodische Einschränkungen erkennen sollte. Die erlassenen einstweiligen Anordnungen zur Volksbefragung haben sich jedenfalls politisch ohne Zweifel zugunsten des CDU-Wahlsieges in Nordrhein-Westfalen ausgewirkt, sicherlich von den Antragstellern auch so berechnet.

Wir kennen die Argumente, die die CDU/CSU-Regierung anführt und mit denen sie ihre Entscheidungen als den richtigen Weg bezeichnet. Er ist aber mehr als unklug, angesichts der Tatsache, daß die Bewegung gegen die Atomaufrüstung der Bundesrepublik seit den verhängnisvollen Debatten im Bundestag im Januar und März d. J. täglich an Breite und Tiefe gewonnen hat. Gerade wir Kommunalpraktiker wissen aus täglichem Erleben und den täglichen Fragen, die seitens der Einwohner unserer Städte und Dörfer an uns gerichtet werden, wie das Volk tatsächlich fühlt und über diese lebensentscheidende Frage denkt. Man hat ihm jahrelang gepredigt, daß alles Wettrüsten nur zum Kriege führen kann und daß der Krieg immer ein nationales Unglück ist. Noch hat Deutschland den Schock des Zusammenbruchs von 1945 nicht überstanden, da drohen unserm Vaterland durch die Außenpolitik des Bundes erneut kriegerische Verwicklungen, und zwar diesmal mit endgültigen totalen Vernichtungswirkungen. „Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage"!

Sollte man nicht, wie man den Kindern das Hantieren mit Streichhölzern grundsätzlich verbietet, obwohl sie unter Umständen um ihren sachgemäßen Gebrauch wissen, durch das Volk dem Staate verbieten, mit völkervernichtenden atomaren Mordwerkzeugen umzugehen?

Um dem Volk die Folgen eines atomaren Krieges in seinen Wirkungen eindringlich klar zu machen, haben sich daher vor kurzem einige hessische Städte entschlossen, eine Expedition von Wissenschaftlern und Theologen nach Hiroshima und Nagasaki zu schicken, um diese auf Grund der dort unmittelbar gewonnenen Erkenntnisse in sachlicher und objektiver Weise zur Bevölkerung sprechen zu lassen. Wir sind der Auffassung, daß man in der Öffentlichkeit noch zu wenig darüber weiß, was der Einsatz von Kernwaffen für unser Volk zur Folge haben muß. Unvorstellbar und nicht meßbar ist für uns alle, die wir die Schrecken des 2. Weltkrieges, insbesondere die Bombennächte über den deutschen Städten, erlebt haben, das Unglück, das mit 2 Atombombenabwürfen über zwei japanische Großstädte gebracht wurde. So wurden in Hiroshima durch einen Bombenabwurf 240 000 Menschen — nicht 80 000 Menschen, wie die Weltpresse seinerzeit schrieb — ausgelöscht. Die Zahl der ernsthaft Verletzten betrug über 51 000, die der leichter Verletzten über 105 000. Von 6738 Personen fehlte jede Spur. Tausende sind in den Jahren nach den Bombenabwürfen noch an den Folgen der erlittenen Verletzungen gestorben.

Wenn 936 Hamburger Ärzte in aufrichtiger Mannesart sachkundig und verantwortlich feststellen, daß es selbst bei Aufwendung größter finanzieller Mittel keinen wirksamen Schutz der Bevölkerung in einem Atomkrieg gibt, und wenn wir wissen, daß die heutigen Wasserstoffbomben die Bomben von Hiroshima und Nagasaki um ein Mehrhundertfaches an Wirkung übertreffen, so ist dies m. E. eine so vitale und beherrschende, aber auch eine so unheilvolle Angelegenheit für unser Volk, daß wir die Frage, ob Atomausrüstung für unsere Bundesverteidigung oder nicht, nicht mehr einer nur schwachen Mehrheit des Bundestages überlassen und anvertrauen können. In einer so grundsätzlichen Frage — die unter allen Lebensfragen zur Zeit den höchsten Rang einnimmt — sollte daher das gesamte Volk gefragt werden.

Es darf eben nicht so weit gehen, daß die Demokratie von der herrschenden regierenden Schicht nur als Mittel für einseitige politische Ziele angewandt wird. In breiten Schichten der Bevölkerung wird heute die Ansicht vertreten, daß Atombomben und Raketen nicht „als Spielzeug" in die Hände der Militärs gegeben werden dürfen, da jene Vernichtungswerkzeuge so ungeheuerlich in ihrem Wirkungsgrad sind, daß sie — werden sie einmal angewandt — die Vernichtung der Menschheit bedeuten. Es kann hier nicht mehr um ein Wettrüstungsproblem von ehedem gehen etwa in der Preislage, wie kann man den russischen überdimensionalen Mordwaffen „astronomischer Art" auf amerikanischer Seite unter Einbeziehung unserer kleinen und jungen deutschen Bundesverteidigung Mordwaffen von noch verheerenderer Wirkung entgegensetzen.

Da wir am Scheideweg angelangt sind, kann es nur heißen: Wie kann in letzter Minute noch für alle Völker, insbesondere aber für das deutsche Volk der Friede gerettet werden. Hören wir doch auf die ernsten Mahnungen der Hamburger Ärzte, hören wir auf die Mahnungen der Wissenschaftler und eines Albert Schweitzer. Wenn ein vernünftiger Mensch zwischen zwei Übeln zu wählen hat, dann wird er immer das kleinere wählen. Das kleinere Übel wird aber sein, Opfer, ja vielleicht große Opfer zu bringen für den Frieden. Wenn wir auch nicht wissen, ob die Entschließungen des Obersten Sowjets zur Einstellung des Atom- und Wasserstoffwaffenversuchs vom März 1958 in jeder Hinsicht ernst zu nehmen ist, so möchte ich doch in ihr und dem Rapacki-Plan Hinweise sehen, die für das deutsche Volk geeinet wären, alles zu tun, um sich aus einem atomaren Kriege herauszuhalten. Daß es für keine Stadt der Welt und für kein Land einen Sinn hat, sich gegen diese apokalyptischen Zerstörungen anders schützen zu wollen als durch eine Politik der Überwindung der Atomwaffen, dürfte nach den Wirkungen der Explosionen von Hiroshima und Nagasaki das Gebot der Stunde sein.

Ich glaube, hier im Namen vieler Kommunalpraktiker zu sprechen, wenn ich die Forderung erhebe, daß es notwendig ist, den Einwohnern unserer Städte und Dörfer, den Bürgern in unserer jungen Demokratie durch sachkundige, verantwortungsbewußte Männer in objektiver Weise die Wirkungen der Atomwaffen und Raketen und die Folgen radioaktiver Strahlung und radioaktiver Verseuchung nach der Explosion vor Augen zu führen, damit jeder einzelne zu dieser lebenswichtigen Frage Stellung nehmen kann. Die hessischen Städte haben durch die Entsendung der Delegation nach Japan hierzu einen mutigen Schritt getan. Durch sachkundige Aufklärung muß es jedem einzelnen Bürger ermöglicht werden, im Rahmen einer Volksbefragung klar zu entscheiden, ob er bereit ist, Opfer für die Erhaltung des äußeren Friedens zu bringen, wenn von verantwortlicher Seite alles getan wird, unser Volk aus kriegerischen Auseinandersetzungen herauszuhalten.

Sollte es nicht wichtig genug sein, im Volke den Glauben zu mobilisieren, daß alle die schwierigen Dinge bei gutem Willen zugunsten höherer Interessen überwunden werden können und müssen?! Wenn jene Besorgnis und Angst von unseren Müttern und Kindern, von allen arbeitenden Menschen genommen werden kann, dann ist das gesteckte Ziel so groß, daß auch jedes Opfer hierfür freudigen Herzens gebracht werden sollte. Der Lebenssinn des Menschen ist nicht seine Selbstvernichtung! Er wirkt und schafft, um in seiner Menschlichkeit zu wachsen, körperlich, geistig und sittlich auf eine höhere Stufe zu kommen, seinen Wohlstand in seinem Interesse und im wohlverstandenen Interesse aller zu mehren. Sollte es wirklich so sein, daß es sich heute noch lohnt, für Kriege Milliarden und Milliarden auszugeben, daß aber für eine friedliche Entwicklung staatliche Mittel nur in ungenügender Weise zur Verfügung stehen?

Zu diesen Fragen sollte man jeden einzelnen Bürger hören; wie er es will, wie er diese Entscheidung wünscht. Danach sollte man verantwortlich handeln. Wenden wir uns mit der leidenschaftlichen Glut unseres Herzens gegen jenen staatlichen Perfektionismus, der in dieser einzigen so wichtigen Lebensfrage unseres Volkes uns alle bevormunden will. Geht es doch hier letzten Endes nicht um eine umfassende Kenntnis aller Fragen der Außenpolitik, sondern um eine Entscheidung nach vernunftmäßigen Überlegungen und nach der Anständigkeit der Gesinnung. Halten wir es hier auch mit der christlichen Auffassung, die es ablehnt, mit Feuer und Schwert andere zu belehren oder zu Boden zu zwingen. Seien wir opferbereite Wegeebner für einen dauernden Frieden wechselseitiger Koexistenz.

Ohne diese äußere Befriedung wird es jedoch nicht möglich sein, die Gemeinde als die untere Keimzelle des staatlichen Lebens und damit den Staat selbst gesund und lebenstüchtig zu erhalten. Sie wird zu einem positiven Träger von Staatsgewalt und öffentlichem Wirken und Schaffen n u r d a n n werden können, wenn von jedem einzelnen die erstickende Angst eines möglichen Atomkrieges genommen wird. Gerade die Gemeinden, unsere Städte und Dörfer, die so überaus schwere Zerstörungen durch Fliegerangriffe und kriegerische Handlungen im letzten Kriege auf sich nehmen mußten, sind hier in erster Linie berufen, darauf hinzuwirken, daß die angeschnittene lebensentscheidende Frage v o m V o l k s e l b s t beantwortet wird.

Dr. E r i c h K ü c h e n h o f f

Atomkrieg zum Schutze der Menschenwürde?

Die Atombewaffnung der Bundeswehr hat ausschließlich den Zweck, lokale nichtatomare (konventionelle) Angriffe „glaubhaft" atomar abzuwehren. Die Befürworter dieser Atombewaffnung haben entgegen vielen anderslautenden Darstellungen durchaus erkannt und bedacht, daß infolge dieser Atombewaffnung der Bundeswehr (einschließlich der durch sie verursachten weiteren atomaren Aufrüstung in anderen, bisher nicht atomar aufgerüsteten Staaten) durch Irrtum, Fanatiker-Reaktion oder wegen mangelnder Abschreckungswirkung ein Atomkrieg ausbrechen kann. Sie haben bewußt in Kauf genommen, daß die Atombewaffnung der Bundeswehr die Gefahr eines Atomkrieges erhöht. Dies geschah letztlich mit der für ihre Entscheidung eigentlich maßgebenden Begründung, daß das Risiko des Volkstodes im Atomkrieg ein geringeres Übel sei als das Risiko einer totalitären Beschränkung von Freiheit und Menschenwürde. Diese Kalkulation wird durch eine Fülle von Tatsachen bewiesen.

In der Debatte behauptete vor allem der Abgeordnete Dr. M a r t i n mehrfach das Bestehen „einer Situation . . . zwischen . . . Atomwüste und Kapitulation" (Stenographische Berichte S. 1127 B), „zwischen zwei Tatsachen, zwischen zwei Übeln, von denen wir nicht wissen, welches das größere ist" (S. 1126 A). Er bezeichnete als die eigentliche „Tatsache", „daß es die Möglichkeit der physischen

Zu diesen Fragen sollte man jeden einzelnen Bürger hören; wie er es will, wie er diese Entscheidung wünscht. Danach sollte man verantwortlich handeln. Wenden wir uns mit der leidenschaftlichen Glut unseres Herzens gegen jenen staatlichen Perfektionismus, der in dieser einzigen so wichtigen Lebensfrage unseres Volkes uns alle bevormunden will. Geht es doch hier letzten Endes nicht um eine umfassende Kenntnis aller Fragen der Außenpolitik, sondern um eine Entscheidung nach vernunftmäßigen Überlegungen und nach der Anständigkeit der Gesinnung. Halten wir es hier auch mit der christlichen Auffassung, die es ablehnt, mit Feuer und Schwert andere zu belehren oder zu Boden zu zwingen. Seien wir opferbereite Wegeebner für einen dauernden Frieden wechselseitiger Koexistenz.

Ohne diese äußere Befriedung wird es jedoch nicht möglich sein, die Gemeinde als die untere Keimzelle des staatlichen Lebens und damit den Staat selbst gesund und lebenstüchtig zu erhalten. Sie wird zu einem positiven Träger von Staatsgewalt und öffentlichem Wirken und Schaffen n u r d a n n werden können, wenn von jedem einzelnen die erstickende Angst eines möglichen Atomkrieges genommen wird. Gerade die Gemeinden, unsere Städte und Dörfer, die so überaus schwere Zerstörungen durch Fliegerangriffe und kriegerische Handlungen im letzten Kriege auf sich nehmen mußten, sind hier in erster Linie berufen, darauf hinzuwirken, daß die angeschnittene lebensentscheidende Frage v o m V o l k s e l b s t beantwortet wird.

Dr. E r i c h K ü c h e n h o f f

Atomkrieg zum Schutze der Menschenwürde?

Die Atombewaffnung der Bundeswehr hat ausschließlich den Zweck, lokale nichtatomare (konventionelle) Angriffe „glaubhaft" atomar abzuwehren. Die Befürworter dieser Atombewaffnung haben entgegen vielen anderslautenden Darstellungen durchaus erkannt und bedacht, daß infolge dieser Atombewaffnung der Bundeswehr (einschließlich der durch sie verursachten weiteren atomaren Aufrüstung in anderen, bisher nicht atomar aufgerüsteten Staaten) durch Irrtum, Fanatiker-Reaktion oder wegen mangelnder Abschreckungswirkung ein Atomkrieg ausbrechen kann. Sie haben bewußt in Kauf genommen, daß die Atombewaffnung der Bundeswehr die Gefahr eines Atomkrieges erhöht. Dies geschah letztlich mit der für ihre Entscheidung eigentlich maßgebenden Begründung, daß das Risiko des Volkstodes im Atomkrieg ein geringeres Übel sei als das Risiko einer totalitären Beschränkung von Freiheit und Menschenwürde. Diese Kalkulation wird durch eine Fülle von Tatsachen bewiesen.

In der Debatte behauptete vor allem der Abgeordnete Dr. M a r t i n mehrfach das Bestehen „einer Situation . . . zwischen . . . Atomwüste und Kapitulation" (Stenographische Berichte S. 1127 B), „zwischen zwei Tatsachen, zwischen zwei Übeln, von denen wir nicht wissen, welches das größere ist" (S. 1126 A). Er bezeichnete als die eigentliche „Tatsache", „daß es die Möglichkeit der physischen

Vernichtung des Menschen gibt und . . . daß es die Möglichkeit seiner geistigen Auslöschung gibt" (S. 1126 vor B), „die Gefahr der physischen Vernichtung und die Gefahr der geistigen Auslöschung und der geistigen Vernichtung des Menschen" (S. 1126 C). Diese Rede des Abg. Dr. Martin hat die Entscheidung der Abgeordneten für das Risiko des Volkstodes im Atomkrieg maßgeblich beeinflußt. Dies geht u. a. aus folgenden Tatsachen hervor: Dr. Martin ist für diese seine erste Rede im Bundestag sogleich in den Außenpolitischen Ausschuß berufen worden. In den seitherigen Veröffentlichungen der CDU/CSU wird diese Rede mit ihrer Alternative „physische Vernichtung" oder „geistige Auslöschung" immer wieder angeführt, um den Argumenten gegen eine atomare Aufrüstung der Bundeswehr entgegenzutreten.

Der Bundesminister für Verteidigung, Dr. Franz Josef Strauß, hat auf die Frage des Abg. Schultz, ob er glaube, daß taktische Atomwaffen im Falle lokaler Konflikte „eingesetzt werden können, ohne daß das zur Vergeltung durch strategische Waffen führt", und ob er weiter glaube, „daß überhaupt der Einsatz der taktischen Atomwaffen einen Sinn hat", wörtlich geantwortet, es solle dem Angreifer „auch auf eine solche begrenzte militärische Aktion, die zum kleinen Krieg und als kleiner Krieg dann doch zum großen Krieg führen könnte, ein hartes Nein entgegengesetzt werden, das auch den kleinen Krieg unmöglich macht. Wir stehen nur solange zu dieser Auffassung, bis sich alle Beteiligten dazu durchgerungen haben, eine weltweite Abrüstung unter Kontrolle, unter einer wirksamen Kontrolle zuzulassen (Beifall bei den Regierungsparteien). Das ist unsere gemeinsame Auffassung und unsere einzige wirkliche Sicherheit." Er hat sich in derselben Rede weiter gegen die Opposition gewandt und sich darüber beklagt, daß „wir uns darüber nicht einig sind, daß Friede und Freiheit mit allen Mitteln verteidigt werden müssen, damit sie uns nicht genommen werden können", und gleich anschließend als „eine viel wesentlichere Frage" bezeichnet, „daß wir hinsichtlich der Grundlage, in der Einstellung gegen den Bolschewismus . . . hinsichtlich der Einsicht in die Gefahr und die Notwendigkeit, sich gegen diese Gefahr mit allen Mitteln verteidigen zu müssen, in diesem Hause bis zum letzten Mitglied völlig einig wären" (S. 1113 D).

Der Abg. Kiesinger sprach von der „gefährlichen These, daß die Verteidigung mit atomaren Waffen sinnlos sei" (S. 1140 vor B), und erklärte für sich und seine Fraktion weiter, „daß wir Dutzende von Stunden allein über die Problematik der Anwendung der atomaren Verteidigungsmittel diskutiert haben" (S. 1140 vor C). Schließlich erläuterte er als „Politik des integrierten atlantischen Verteidigungssystems, von dem wir doch nur ein Partikel sind", für den Fall eines lokalen Konflikts, z. B. um Berlin, das Folgende: „Wenn diese Politik . . . in einem solchen Fall angewiesen wäre, als einziges Abschreckungsmittel den sofortigen Einsatz der strategischen atomaren Waffen anzudrohen, der Wasserstoffbomben usw., so wäre das eine unglaubhafte Abschreckung. Infolgedessen versucht der Westen eine glaubhaftere. Sie kennen doch die Gedankengänge. Das ist heute doch in allen Büchern und Zeitschriften, die über diese Dinge schreiben, zu lesen. Er versucht, solange die allgemeine atomare Abrüstung nicht durchgesetzt werden kann, an Stelle der nicht nur fragwürdigen und entsetzlichen, sondern zu einem großen Teil auch unglaubwürdigen totalen Abschrekkung des großen atomaren Krieges eine glaubhaftere Abschreckung, die der taktischen Atomwaffen, zu setzen, um das Vakuum in Europa auszufüllen und jedes Kalkül eines möglichen Angreifers zu unterbinden, daß er einen Gewaltakt, sei es durch Krieg, sei es durch ein Ultimatum, in Europa unternehmen könnte, ohne dafür bestraft zu werden." Er fand für diese Erläuterung der „Politik des

integrierten atlantischen Verteidigungssystems, von dem wir doch nur ein Partikel sind", „Beifall bei den Regierungsparteien" (S. 1143 A und B).

Über die Wirkungen dieser Kalkulation sagte der Abg. Dr. Jaeger auf eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Kohut, ob er „u. U. bereit sei, zuzustimmen, daß von westdeutschem Boden und sogar von deutschen Soldaten — selbstverständlich aus militärischer Notwendigkeit — Atomgranaten auf Städte wie Leipzig, Breslau, Königsberg oder ... Berlin abgefeuert werden", oder ob er bei seiner „Atomstrategie immerhin die Einschränkung" mache, daß „deutsches Gebiet auch jenseits des Eisernen Vorhangs davon keinesfalls betroffen" werde, u. a.: „Herr Kollege, Sie schneiden eine ernste Frage an, die Frage der Verwendung von Atomwaffen im Ernstfalle ... Jeder Offizier, der da eine Entscheidung fällen muß, muß vor seinem Gewissen verantworten, ob er die Atomwaffen verwendet. Er kann es nicht ..., wenn er damit in erster Linie die Zivilbevölkerung trifft ... Mit dieser Frage sagen Sie ja auch, daß man die Dinge mit großer Vorsicht behandeln muß und daß die kleinste Atomwaffe gerade die ist, die am ehesten auf irgendeiner Paßhöhe oder Brücke verwendet werden kann, wo man die Zivilbevölkerung nicht trifft, während die großen Waffen eine unendliche Gefahr mit sich bringen würden (S. 952 bei D). Sollte es zum großen Krieg kommen, dann werden die Atomwaffen aus den Händen feindlicher Soldaten fallen ... Man soll die Tatsache, daß ein Krieg in Europa zum Atomkrieg mit furchtbaren Folgen führt, nicht leugnen. Herr Erler hat ja berichtet, wieviel Sprengstoff auf den Kopf der Bevölkerung entfällt. Es sind furchtbare Zahlen" (S. 953 B).

Für die Folgen eines Atomkrieges erklärte sich ferner offensichtlich der CDU/CSU-offiziöse Informationsdienst „Blick in die Woche / Informationen zur deutschen Politik" (herausgegeben von der Vereinigung für Evangelische Staatsbürger-Information, die redaktionell, persönlich und sachlich eng mit dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU verbunden ist, Ausgabe von Mitte März 1958, II. Folge, Nr. 3) mit den folgenden Ausführungen des britischen Vizeadmirals Baillie-Grohman im Londoner „Daily Telegraph" solidarisch: „Ich halte mich an die Hoffnung, die das große Abschreckungsmittel und die Waffenbrüderschaft mit anderen Nationen uns gewährt. Andernfalls lieber den Bombentod und ein ehrenvolles Ende für das Land. Ich zweifle nicht, daß die große Mehrheit unseres Volkes ebenso denken wird, wenn ihm dies realistisch vor Augen geführt wird."

Derselbe Informationsdienst übernimmt von Hans Asmussen den Vorwurf gegen die Gegner der Atombewaffnung, sie lebten in dem Glauben, „daß das animalische Leben mehr ist als der Geist" (Ausgabe von Anfang April 1958, II. Folge, Nr. 4, S. 3, Sp. 2/3).

Von Hans Asmussen übernimmt ferner eine Einladung zu einer CDU-Wahlversammlung in Münster/Westfalen am 18. Juni 1958 das folgende Zitat: „Wer sich mehr fürchtet vor der Atomwaffe als vor der Ertötung der Seelen, hat bereits jeden christlichen Glaubensartikel verraten." Im Schlußwort des Referenten dieser Versammlung wurde die eschatologische Hoffnung der Christen hervorgehoben.

Wiederholt berufen sich die Befürworter der atomaren Aufrüstung, insbesondere der Abg. Dr. Martin im Bundestag, auf die folgenden Ausführungen von Karl Jaspers in seiner Schrift über „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen": „Die Atombombe, wenn einmal ihr Einsatz beginnt, würde durch die Masse der Abwürfe wahrscheinlich, wenn auch nicht sicher, alles Leben zerstören. Die Beraubung der Freiheit durch den Totalitarismus würde das Leben lebenslang unwert machen, wenn auch nicht sicher für alle Zeiten. Der Bedrohung allen

Lebens durch die Atombombe stände gegenüber die Bedrohung aller Freiheit durch den Totalitarismus. Ein Augenblick ungeheuerlicher Entscheidung kann eintreten . . . Die Grenzsituation wird in ihrer ganzen Härte, in der für endliches Denken unlösbaren Wirklichkeit offenbar."

In den „Politischen Briefen" des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU „Evangelische Verantwortung" (6. Jg., Nr. 4, April 1958, S. 7—10, S. 9 links unten) begründet Harald Oldag die atomare Aufrüstung der Bundeswehr in der gegenwärtigen Situation damit, „ein Christ könnte notfalls die Gefangenschaft des Leibes hinnehmen. Was aber ganz und gar unerträglich für ihn wäre, ist die geistige, die seelische Versklavung, der Seelenmord nach der Methode der Gehirnwäsche und der Verwirrung aller Begriffe, das Diabolische des totalitären Systems, dessen Zentrum der Kreml ist. Um seiner Seele willen wird der Christ also lieber unter Todesrisiko frei — auch im Glauben frei — bleiben, als ‚rot' physisch überleben wollen."

In der Erklärung der sieben katholischen Moraltheologen zur atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik vom 5. Mai 1958, die von der CDU im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen breit herausgestellt wurde, ist von der notwendigen Selbstverteidigung auch gegen die drohende „moralische Vernichtung" und gegen den „totalitären Anspruch, ganze Völker in tote Seelen zu verwandeln", die Rede.

Danach setzen die Befürworter einer Atombewaffnung der Bundeswehr für den Fall, daß infolge dieser Bewaffnung durch Irrtum, Fanatiker-Reaktionen oder wegen mangelnder Abschreckungswirkung ein Atomkrieg ausbrechen sollte, die Vernichtung und Verkrüppelung mindestens eines unverhältnismäßig großen Teils des deutschen Volkes beiderseits der Zonengrenze als ein geringeres Übel in ihr politisches Kalkül ein.

Diese Befugnis dazu können sie entgegen diesbezüglichen Begründungsversuchen nicht aus dem Wertsystem des Grundgesetzes ableiten, insbesondere nicht etwa dahin, daß der Schutz der Menschenwürde gem. Art. 1 I 2 GG „Verpflichtung aller Staatsgewalt" sei. Denn Höchstwert des grundgesetzlichen Wertsystems ist noch vor einem menschenwürdigen Dasein das Menschendasein, das Menschenleben überhaupt. Dieser Wert steht in Art. 2 II 1 GG am Anfang des Katalogs der Einzel-Grundrechtsbestimmungen und ist in Art. 102 GG durch Abschaffung der Todesstrafe mit Verfassungsrang für unantastbar sogar gegenüber dem verwerflichsten Rechtsbrecher erklärt. Ein Leben in Menschenwürde und freier Entfaltung der Persönlichkeit setzt die physische Existenz voraus. Als Schutz der Menschenwürde und der freien Entfaltung der Persönlichkeit kann nicht die physische Vernichtung des Menschen geleistet werden. Mit dieser Begründung könnte man schließlich ebenso in einem stark übervölkerten Staat allen denjenigen, die wegen dieser starken Übervölkerung in „menschenunwürdigen" Verhältnissen leben müssen, das Daseinsrecht absprechen, jedenfalls in der Form, daß man ihren Selbstmord oder ihre Aufopferung gleichsam als ver sacrum für wünschenswert erklärt und sie womöglich dazu ermutigt. Das christlich-abendländische Sittengesetz, das in Art. 2 I 2 GG i. V. m. den ersten Worten der Präambel und auch Art. 1 II GG zur Richtschnur für das Grundrechts-Wertsystem des Grundgesetzes gemacht ist, verbietet aber den Selbstmord aus jedem Motiv, selbst aus verletzter Menschenwürde, als eine Verletzung der Schöpfungsordnung, nur der Märtyrertod von fremder Hand gilt als erlaubt; eine Notwehr- oder Notstandshandlung mit der Folge der Selbstvernichtung sind tatsächlich und daher begrifflich unmöglich. Dazu kommt auf der anderen Seite der Alternative die geschichtliche Erkenntnis, daß jedes politische System, so verwerflich seine Herrschaft hic et nunc auch sein mag, doch stets in sich den Keim einer Entwick-

lung zur Freiheit von innen heraus in sich trägt. Darüber hinaus weist jedes System von Unfreiheit Räume relativer Freiheit auf. Geschichtliche Erfahrungen lehren, daß es eine höchst gefährliche Vereinfachung und eine unbegründete Minderbewertung des menschlichen Geistes ist, das Verwerfliche an einem politischen System als „geistige Auslöschung und geistige Vernichtung des Menschen" zu bezeichnen und diese Bezeichnung zur Grundlage einer Entscheidung über Leben und Tod des eigenen Volkes zu machen.

Es ist eine höchst gefährliche Vereinfachung, hier gegenüber einem durchaus variablen Maß von Freiheit und Freiheitsbeschränkung von einem „lebenslang unwerten Leben" zu sprechen, so drückend auch die Freiheitsbeschränkung sein mag. Solche gefährlichen Vereinfachungen gehen aus der Natur der Sache heraus immer zu Lasten des Lebens. Denn die Vernichtung des Lebens ist eine einfache Tatsache, die nicht weiter vereinfacht werden kann. Einer Vereinfachung zugänglich ist nur die andere Seite der Jaspers-Martin-Asmussen-Alternative: Freiheit, Lebensunwert, Verstoß gegen die Menschenwürde und freie Entfaltung der Persönlichkeit sind hochkomplexe Denkinhalte mit einer sehr variablen Fülle von Implikationen. Dies wird besonders sichtbar, wenn man auf die höchst unterschiedliche Ausgestaltung des historischen Ur-Grundrechts der Religions- und Weltanschauungsfreiheit einschließlich der mit ihr in engstem Zusammenhang stehenden verschiedenen Systeme der Verhältnisse von Staat und großen Religionsgesellschaften in einer Reihe von Staaten blickt, die nicht zum Ostblock gehören und (jedenfalls von den Befürwortern der Atombewaffnung) sämtlich anerkannt freiheitliche Lebensbedingungen aufweisen. Hier läßt sich eine gleitende Skala mit sehr unterschiedlichen Anfangs- und Endpunkten feststellen, die von den USA und Frankreich einerseits über die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Schweden zu Spanien und Columbien andererseits führt.

Diese gefährlichen Vereinfachungen schließen eine unbegründete Minderbewertung des menschlichen Geistes ein. So schnell gibt der Mensch sein geistiges Sein und seine Würde auch in der größten materiellen und seelischen Not nicht auf und nicht preis. Dies zeigen nicht zuletzt die Standhaftigkeit vieler der unschuldigen Opfer selbst psycho-physischer Martern von den Hexen- und Widerrufsprozessen des Mittelalters bis zu den Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern, Massenvertreibungen und Geheimpolizeikellern der neuesten Zeit. Weder der standhafte Giordano B r u n o noch der widerrufende G a l i l e i noch der geständige Kardinal M i n d s z e n t y wurden „geistig vernichtet" oder „geistig ausgelöscht". Hinzuweisen ist ferner auf die geistige Aufrüttelung gerade durch die Verfolgung und den engen geistigen und seelischen Kontakt der Verfolgten und sogar zwischen verschiedenen Verfolgtengruppen, deren Schranken gegeneinander sich unter der inneren Bedrohung z. T. als Irrtümer oder gar Scheinwerte erweisen; weiter auf das geistige Leben in Kriegsgefangenenlagern und das besonders starke kirchliche Leben im Stande der Verfolgung. Erst recht ist es nicht angängig, das Leben der nicht persönlich verfolgten Bewohner von totalitären Staaten als lebenslang lebensunwert zu bezeichnen, zumal unter dem Grundgesetz fast ausschließlich selbst einem im medizinisch-psychologischen Sinne geistig zerstörten oder gar nie als Geisteswesen gelebt habenden Menschenkinde die Menschenwürde des Art. 1 I GG zuerkannt wird und man es unter dem Grundgesetz mit Recht ohne Ausnahme ablehnt, einem solchen Menschenkinde das Daseinsrecht wegen lebensunwerten Lebens abzusprechen.

Ganz klar hat einer der sieben katholischen Moraltheologen, Nicolaus M o n z e l, in seinem Einzel-Interview mit KNA am 25. April 1958, also 10 Tage vor der Erklärung der sieben katholischen Moraltheologen, gegenüber der Alternative „biologisches Überleben" oder „Erhaltung der Freiheit" herausgestellt,

„daß es kein bloß biologisches Überleben gibt, es sei denn, daß man die Menschen bewußtlos macht oder durch Gehirnoperationen ihren Willen ausschaltet." Auch unter dem „Joch eines totalitären, religionsfeindlichen Diktaturstaates . . . können die unterdrückten Menschen noch glauben, hoffen, Gott und ihre Mitmenschen lieben. Sie haben trotz aller äußeren Knechtung viel mehr als ein bloßes biologisches Überleben . . . Weiter ist zu bedenken: Was heißt ‚Erhaltung der Freiheit'? Es gibt eine äußere und eine innere Freiheit. Letztere ist die eigentlich menschliche. Die äußere ist um der inneren willen zu fordern. Die äußere verlieren wir durch äußeren Zwang, die innere nur, wenn wir es selber wollen, entweder ganz freiwillig oder doch z. T. freiwillig, indem wir uns verführen lassen zu gottwidrigem Verhalten. Die innere Freiheit behielten die standhaften Christen in allen Verfolgungen vom Römerreich an bis heute. Die innere Freiheit haben viele Christen mehr oder weniger selber preisgegeben, indem sie sich auch in den demokratisch freien Staaten durch öffentliche Meinung und Propaganda zu unmoralischen, unchristlichen Verhaltungsweisen und Lebensformen verführen ließen . . . Auch unter einer solchen Diktatur können die unterdrückten Menschen glauben, hoffen, Gott und die Menschen lieben. Ferner: sie können einander viel Gutes tun, wenn auch oft unter großen Gefahren. Ferner: sie können je nach Umständen durch stille persönliche Einwirkung das System mäßigen, ja sie können vielleicht wertvolle humane und christliche Traditionen in einem Katakombenleben retten, bis vielleicht das System abgelöst wird. Es besteht hier freilich auch die ethisch negativ zu wertende Möglichkeit, daß viele den inneren Widerstand aufgeben und sich auch innerlich der religionsfeindlichen Diktatur anpassen. Zur zweiten Möglichkeit ist festzustellen, daß sehr viele Menschen getötet würden und sehr viele, vielleicht auch alle im eigenen Volk verkrüppelt würden und sogar die Nachkommenschaft vielleicht ebenfalls verkrüppelt sein würde. Es entstünden grauenhafte Wirtschaftsnöte, weil Luft und Erde atomverseucht wären. Dieses und ähnliches Leid kann in dem Volk, das seine äußere Freiheit um solchen Preis gerettet hat, viele Menschen so verzweifelt und verbittert machen, daß sie sich von Gott abwenden, daß sie nichts mehr wissen wollen von einem Gott, der solches zuläßt. Not lehrt bekanntlich nicht nur beten, sondern auch fluchen."

Es muß auch gefragt werden, ob eine Entscheidung gegen das Leben so vieler Ungefragter und aller noch Ungeborenen nicht letztlich eine Entscheidung immer zu sehr von den persönlichen Gefühlen und Empfindungen und auch von den persönlichen Chancen des Überlebens infolge etwa bestehender besonderer Schutzmöglichkeiten der Entscheidenden bestimmt sein muß, als daß sie repräsentativ getroffen werden könnte. Erst recht kann man eine solche Entscheidung nicht einem pessimistischen Kulturphilosophen und Kulturkritiker einräumen, der jetzt zwar die Möglichkeit hat, von ihm entwickelte, tiefe kulturphilosophische Einsichten vermittelnde Begriffe („Grenz-Situation", „für endliches Denken unlösbare Wirklichkeit") beispielgebend zu verdeutlichen, gerade mit diesen aber eine konkrete Situation nicht lösen kann, die vom Verfassungsrecht her hic et nunc gelöst werden muß.

Gegenüber der konkreten Situation der erstmalig in die Hand des Menschen gegebenen Möglichkeit, infolge von Versehen, Fanatiker-Reaktionen oder wegen mangelnder Abschreckungswirkung auch „in bester Absicht" ganze Völker, ja die ganze Menschheit auszulöschen einerseits, den geschichtlich belegten Möglichkeiten der Entwicklung zur Freiheit auch jedes noch so totalitären Systems und der schlichten Erfahrungen innerer menschlicher Widerstandskraft und innerer Freiheit gegen ein solches System sowie der Räume sogar relativer äußerer Freiheit in einem solchen System andererseits, kennt das Grundgesetz nur eine

Antwort: Das Leben ist der Güter höchstes doch! Dieser Satz beseitigt zwar nicht das Widerstandsrecht im individuellen Martyrium, er verbietet aber schlechthin (und vor allem, ohne das Volk selbst darüber entscheiden zu lassen), die Vernichtung des ganzen Volkes oder eines unverhältnismäßig großen Teiles desselben als ein geringeres Übel in das politische Kalkül einzusetzen. Für solche gefährlichen Vereinfachungen im Sinne der Jaspers-Martin-Asmussen-Alternative sind im Laufe der Geschichte schon viel zu viele Millionen „in bester Absicht" geopfert worden, als daß ihnen auch nur noch ein einziges Mal ohne eine klare Entscheidung der Betroffenen selbst Raum gegeben werden darf. Es darf ihnen vor allem nicht Raum gegeben werden unter pseudoeschatologischen Aspekten. Als Erster auf den Auslöseknopf einer Abschußvorrichtung für Atomwaffen zu drücken und dann um Vergebung zu bitten, ist nicht nur eine völkerrechtswidrige, sondern auch eine zutiefst unsittliche Handlung. Sie setzt mit hoher Wahrscheinlichkeit die Ursache für den großen Atomkrieg. Sie bedeutet damit nicht nur, das Ende der Welt in die eigene Regie zu nehmen. Sie bedeutet auch, sich der sittlichen Verantwortung im irdischen Zusammenleben mit Mitteln zu entziehen, die wohl als Versuchung zum Bösen, nicht aber als Hilfe zur Erlösung begriffen werden können.

Johannes Weidenheim

Das Crescendo aus Lochhausen

„Deutscher Soldatenkalender 1958", sechster Jahrgang, Schild-Verlag München-Lochhausen, 224 Seiten, sehr reichhaltig illustriert, viele und vielseitige Textbeiträge aus dem Soldatenleben von ganz früher, früher und heute; literarische Beiträge von Walter Flex, Heribert Menzel, Bogislaw von Selchow, Karl Springenschmidt, Josef Magnus Wehner, Wilhelm Schäfer, Bruno Brehm, Heinrich Zillich, Heinz Steguweit; Anzeigen vom Bundesgrenzschutz, von verschiedenen Spezialhäusern für Orden und Ehrenzeichen, vom Stocker-Verlag, vom Druffel-Verlag, vom Plesse-Verlag; und ein genaues, höchst informatives Anschriftenverzeichnis aller zur Zeit in der Bundesrepublik vorhandenen 1176 Traditions- und Soldatenverbände (darunter 56 der Waffen-SS).

Deutscher Soldatenkalender 1958: Hitler-Großadmiral Raeder begrüßt den Leser in Bild und Wort und mit eigenhändiger Unterschrift: „Der deutsche Soldatenkalender hat sich durch sein unbeirrbares Festhalten . . . eine große und treue Lesergemeinde erworben. Möge . . . (er) dazu beitragen, die nationale und soldatische Selbstbesinnung unseres Volkes zu stärken, ‚auf daß in jungen Händen nicht alte Ehre bricht!' " (dieser Satz ist im Original gesperrt). Weiter: Im Kalendarium stehen neben jedem Tagesdatum Gedenktage vermerkt; zum Beispiel: 8. Mai: 1688 Friedrich Wilh., der Große Kurfürst † — 1828 Henry Dunant * — 1918 Einnahme von Rostow — 1943 Gen. d. Inf. Graf Brockdorff-Ahlefeldt † (daß an diesem Tage 1945 Großdeutschland bedingungslos kapitulieren mußte, wird übersehen). Weiter: Der Generaloberst a. D. Hans Frießner leitet den Text-

teil mit einer dreiseitigen grundlegenden Untersuchung zum Thema „Wehr und Nation" ein; er spricht von der Bundeswehr und ihrer Notwendigkeit, ohne die nuklearen und thermonuklearen Massenvernichtungsmittel auch nur mit einer Silbe zu erwähnen (zugegeben, sie passen wirklich schlecht zu soldatischem Idealismus); statt dessen wendet er sich an unsere jungen Soldaten mit der Mahnung: „Der Impuls, durch ihren Geist und durch ihre Haltung es ihren Vorfahren gleichzutun, ja sie möglichst noch zu übertreffen, muß als stete Triebkraft in ihnen wirken" (sie worin möglichst noch zu übertreffen? Im Forcieren und Verlieren von Weltkriegen?); und er schließt zum Beweis seiner Herkunft von der idealistischen deutschen Philosophie mit Goethe: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen." Daran schließt sich die rot gedruckte Schlagzeile an „Deutsche Ostgebiete unter fremder Herrschaft" (Herrschaft, nicht „Verwaltung", wie das offiziell immer noch heißt). Es folgt das in der Hitlerzeit millionenfach kolportierte Gedicht „Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben . . ." Weiter: Generalmajor a. D. Hans Korte schreibt den Satz: „Re-education — auf deutsch Erziehung zum Helotentum . . ."; er entkräftet alle in der gesamten Welt gegen die deutsche Generalität des Dritten Reiches bestehenden Vorbehalte mit einer Statistik, wonach von den insgesamt 3453 Generalen 963 gefallen sind; „es sind erschütternde Zahlen . . . sie beweisen einwandfrei, daß die Generalität . . . auch im persönlichen Einsatz mit Leib und Leben im ganzen eine vorbildliche Leistung gezeigt hat, getreu jahrhundertealter ehrenvoller Tradition" (aber eben doch nur „im ganzen" — ausgenommen natürlich die Widerstandskämpfer unter ihnen).

Deutscher Soldatenkalender: Dergleichen Einzelheiten mehr wären noch seitenlang aufzuzählen. Der niederschmetternde Eindruck des schleichenden Halb-, Dreiviertel- bis Neunzehntelfaschismus und die eklatante Demonstration dessen, was man außerhalb Deutschlands in aller Welt unter „deutschem Militarismus" versteht — nämlich die Verabsolutierung des Soldatischen — könnten nur vollständiger werden; doch scheinen sie auch so zur Genüge angezeigt.

Dieses Druckerzeugnis gehört zu den deprimierendsten Lektüren, die man sich vorstellen kann. Und man weiß am Ende nicht, was einen am stärksten niedergedrückt hat: die konsequente, nachgerade pathologische Verlogenheit in der Darstellung des abscheulichsten gesellschaftlichen Phänomens, des Krieges, — oder das vollständige Fehlen der Einsicht, daß das deutsche Volk die beiden bitteren historischen Schlappen dieses halben Jahrhunderts vor allem seiner Anfälligkeit gegenüber der Militanz zu verdanken hat, — oder die mehr oder weniger sorgfältig kaschierten Ermunterungen zum Stoß gegen den Osten, — oder die fatale, erschreckend bieder daherkommende Überzeugung der Redaktion und aller Autoren, das Soldatische stelle die gute deutsche Tradition dar und man brauche nur sie erneut zu wecken, um den Stein der Weisen (wieder) in Besitz zu nehmen. Das letztere ist wohl das Widerwärtigste: diese faule Landserromantik, die, wenn auch an der Oberfläche anders als vor 1914, noch immer nicht erkennen will, daß der Soldat heute und in Zukunft in der Konsequenz nur noch ein technischer Spezialist sein kann, vom zivilen Techniker kaum durch mehr als die uniforme Kleidung unterschieden, und daß der gottselige Heldentod mit allen seinen ornamentalen Zutaten und ideellen Anstrengungen im Krieg des 20. Jahrhunderts zum wahl- und total glanzlosen Massensterben geworden ist. Hat denn keiner dieser gemeingefährlichen Illusionisten je erlebt, was der Verfasser dieser Zeilen im zweiten Weltkrieg, zum Beispiel in Berlin, hundertfach erleben mußte: daß mit allerlei Tapferkeitsauszeichnungen geschmückte Fronturlauber, oft wahre Bilder von Mannestum, bleich, vor Angst zitternd und vollständig ausgeliefert in den Luftschutzkellern kauerten, wenn draußen die Bombenteppiche niedergingen? Und sollten nicht auch Anhänger der Aufrüstung das bißchen

logischen Verstand besitzen können, das ausreicht, um zu wissen, daß in einem Atom- und Wasserstoffbombenmassaker g a n z e V ö l k e r — das unsere mit in erster Linie — so ausgeliefert dakauern werden?

Doch warum beschäftigen wir uns überhaupt mit einem solchen Pamphlet? Ist es nicht pure Provinz, was da aus Lochhausen zu uns dringt, Sektiererei, Blähung einer kleinen Clique ehrsüchtiger Offiziere, die es nicht verwinden können, daß sie von einem stärkeren Gegner besiegt worden sind? Kümmert denn das überhaupt noch jemanden in einem Lande, das von einem Ende zum anderen von Arbeit widerhallt und randvoll mit inneren Problemen gefüllt ist? Wir haben viel zu wenig Schulen und Krankenhäuser; unsere Straßen reichen nicht aus, und unsere Wasserversorgung droht kritisch zu werden; unser Strafrecht ist altertümlich und unsere Steuergesetzgebung dschungelhaft; wir haben zu wenig Wohnungen und drehen so gut wie nicht eine gültigen Film pro Jahr; wir leiden unter zu wenig Ehrlichkeit und zu vielen Wein- und anderen Panschern; eine rauhe Menge sozialer Fragen ist noch nicht gelöst; das Ansehen unserer Kultur im Ausland geht laufend zurück, und die Zahl junger Männer, die töten, ohne zu wissen warum, nimmt zu; es fehlt an Geld für die Universitäten und für die Rüstung zum geistigen und wirtschaftlichen Wettstreit, zu dem der Osten uns herausfordert; und jenseits der Grünen Grenze — die wieder zu einem Eisernen Vorhang zu werden droht — warten 17 Millionen Landsleute auf eine bessere Politik . . . Wahrlich, unser Volk sollte genug anderes zu tun haben, als in den Winkel zu starren, wo ein paar Veteranen und solche, die es unbedingt werden wollen, ihr morsches Garn weiterspinnen. Mögen sie es doch tun — als überzeugte Demokraten müssen wir ohnehin einen Saumagen haben und auch vertragen können, daß etliche unter uns vom Krieg immer noch wie von einer Art Charakterparade sabbern.

Doch leider — im dreizehnten Jahre nach der deutschen Stunde Null können nur noch Schlafmützen übersehen, daß das Kraut des Deutschen Soldatenkalenders nicht mehr im Winkel blüht. So manches ist heute bei uns Provinz — der Ton aus Lochhausen nicht mehr; er befindet sich in einem steten Crescendo. Wenn man eine Wahrscheinlichkeitsrechnung über die Anzahl seiner Adepten aufstellen wollte, brauchte man nur die oben genannte Zahl der Traditions- und Soldatenverbände zugrundezulegen (Stand laut Mitteilung der Redaktion: 1. September 1957; warum sollte sie in den 10 Monaten bis heute zurückgegangen sein?). Und wenn wir geneigt sind, dem kompromittierten Großadmiral Raeder ein Wort zu glauben, so ist es seine stolze Verkündung, der Soldatenkalender habe sich „im Laufe der Jahre eine große und treue Lesergemeinde erworben". Schon daß dieser mit seinem sechsten Jahrgang eine Lebensdauer erreicht hat, die vielen qualifizierten kulturellen und literarischen Zeitschriften seit 1948 nicht beschieden war, ist kein Zufall.

Es gibt da überhaupt nichts Zufälliges mehr. Wenn beim Zind-Prozeß die ausländischen und deutschen Pressevertreter erschreckt feststellen, daß der weitaus größere Teil des Publikums offensichtlich hinter dem Angeklagten steht; wenn in einem Stadtparlament, das endlich, nach 20 Jahren, die Errichtung einer Gedenktafel am Platze der von den Nazis zerstörten Synagoge beschließt, die sich in der Mehrheit befindlichen Stadtverordneten der Rechtsparteien einen Text durchdrücken, der alle näheren Umstände der Zerstörung verschweigt; wenn in einer Großstadt der Generalsekretär der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit bekanntgibt, daß man wiederholt versucht habe, über die Schulen im Geiste der Gesellschaft Kontakt mit der Jugend aufzunehmen, „daß häufig zwar die Schule für diese Fragen aufgeschlossen sei, dann jedoch alle Bemühun-

gen durch die negative Haltung der Eltern zunichte gemacht" werden; wenn ein Landesvorsitzender des „Schutzbundes für Staatsbürgerrechte" in einer großen Tageszeitung angesichts der sich mehrenden Alarmzeichen neonazistischer Ignoranz die Befürchtung aussprechen muß, unser neuer Rechtsstaat könnte „erneut an Herzenskälte und Bequemlichkeit des durchschnittlichen Bürgers" untergehen; wenn in der „Stadt der Reichsparteitage" in einer öffentlichen Versammlung ein Inhaber des „Goldenen Parteiabzeichens" unter Beifall ausruft: „Die Männer des 20. Juli und Widerstandskämpfer wie Bischof Dibelius waren Verräter Deutschlands" und ein anderer, ein einst zum Tode verurteilter und dann begnadigter Hitler-Fanatiker aus Österreich, ausruft: „Die Diktatur ist der Demokratie weit überlegen, die das Untergangsstadium eines Volkes darstellt!" — dann bekommen wir eine leise Ahnung davon, was sich Tag für Tag, Stunde für Stunde in unserer armen Demokratie an antidemokratischer Konspiration abspielt — und zwar mit absoluter Mehrheit von r e c h t s !

Nein, die Gesinnungsgenossen des Deutschen Soldatenkalenders sind nicht mehr einsam. Und sie haben schon angefangen, das zu wissen.

Man höre endlich auf mit dem Unsinn, uns einreden zu wollen, das seien alles nur unbedeutende Randerscheinungen. Wir sind Zeugen eines schon gar nicht mehr nur heimlichen Abservierens einer humanitären Ordnung, derzuliebe sich alle anständigen Menschen unseres Volkes nach 1945 der geistigen Mühsal des Umdenkens unterzogen haben. Sollen sie zusehen müssen, wie wieder einmal die zerstörerischen teutonischen Atavismen die Oberhand behalten?

Und was sagt man im Bonner Verteidigungsministerium zum Deutschen Soldatenkalender? Man weiß dort doch hoffentlich, daß man in Lochhausen und andernorts demokratische Experimente vom Zuschnitt der Unterabteilung „Innere Führung" für Donquichotterie, ja für Quatsch hält. Vom Soldaten als einem „Bürger in Uniform" ist im Soldatenkalender des Schild-Verlages weiß Gott nicht die Rede. Mit solchen Kinkerlitzchen gibt man sich dort nicht mehr ab; es gilt, die T r a d i t i o n weiterzuführen; deren letztes Glied war nun einmal die aggressive Hitler-Armee, und die Bundeswehr soll da nun eben „weitermachen!"

Auch dem Bundestag kann man die Lektüre dieses heldischen Jahrbuches nur empfehlen — zum Beispiel diese Stelle (mitgeteilt von Bruno Brehm): „Und als der alte Feldmarschall (gemeint ist Radetzky) Schwierigkeiten mit dem Reichstag hatte, tröstete Grillparzer ihn:

> Will dich der Reichstag nicht erkennen,
> sei nicht erzürnt ob solchen Streichs!
> Der Reichstag ist ein Tag des Reichs:
> doch die Jahrhunderte des Reiches,
> sie werden Schützer dich und Retter nennen,
> und die besonnen, tun schon jetzt ein Gleiches."

Da es im Bundestag bekanntlich Abgeordnete gibt, die nie aufpassen, erscheint es nicht überflüssig, sie darauf aufmerksam zu machen, daß man zum besseren Verständnis „Reich" durch „Bund" ersetzen kann; dann reimt es sich zwar nicht mehr, doch welchen „Feldmarschall" hat das je gekümmert, wenn er erst einmal ein Parlament nach Hause geschickt hatte? —

Aber zum Schluß auch etwas Positives: Ein einziges Bild im Deutschen Soldatenkalender 1958 sagt — wenn auch ungewollt — eine gewisse letzte Wahrheit über den Krieg aus. Es steht auf Seite 185 und zeigt unter der Überschrift „Männer, von denen kein Wehrmachtsbericht sprach" folgendes: Verschneite Steppe, von rechts ragen ein paar kahle Zweige herein, in der Mitte steht, unaus-

sprechlich einsam, ein Planwagen, davor zwei ausgemergelte Gäule, sonst nichts, absolut nichts, kein Mensch, kein Haus, nichts, nur endlose Steppe, Schnee und grauer Himmel. Unterschrift: „Bespannter Nachschub im Schnee in Rußland 1943." Das soll wohl ein weiteres Beispiel für Heroismus sein — und was die beiden geschundenen Tiere und der irgendwo verborgene Fahrer leisten mußten, war gewiß ungeheuerlich —, aber es erinnert nur ganz stark an das Los der Mutter Courage und strahlt erbarmungswürdige Verlorenheit aus.

Günther Weithe

Wir sind es, die den Kopf hinhalten müssen!

Der Aufruf der 18 Göttinger Professoren, die Warnungen des großen Urwald-Arztes Albert Schweitzer und der Aufruf der 44 deutschen Wissenschaftler zur gemeinsamen Aktion mit den Gewerkschaften hat auch bei den Kollegen des Betriebes Knorr-Bremse in Volmarstein, wo ich arbeite, starken Widerhall gefunden.

Menschen, die Tag für Tag zusammen arbeiten, oft schon jahrelang, kennen einander. Sie können sich gegenseitig nichts vormachen. Sie wissen voneinander genau, wer friedlich gesinnt ist, und auch, in wem vielleicht noch unbelehrbarer Revanchegeist steckt, vielleicht in Erinnerung an ach so schöne Etappen-Feldwebel-Zeiten in besetztem Gebiet. Mit unserer Hände Arbeit haben wir gemeinsam nach 1945 „wieder aufgebaut". Jeder hat zugepackt. Wir taten es in erster Linie für uns, die Überlebenden, unsere Familien und deren Zukunft.

Heute kommt es darauf an, keine tödlichen Experimente zu machen, durch die alles und vielleicht unser Leben verlorengeht. So wie damals nach dem furchtbaren Krieg jeder zupackte, so müssen wir heute wieder zupacken, jeder für sich und seine Familie, um die uns bedrohenden Atomgefahren abzuwenden. Selbst Kollegen unseres Betriebes, die streng auf dem Boden des Christentums und der christlichen Erziehung stehen, sind darin mit uns einig.

So wurde schon vor der Bundestagswahl im September 1957 in einer Belegschaftsversammlung einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Vorstand der I. G. Metall sowie die Botschaften der vier Besatzungsmächte von 1945 in Bonn aufgefordert wurden, alles zu tun, um die atomare Aufrüstung zu verhindern. Auch in der Folgezeit haben wir in den Versammlungen der Gewerkschaftsvertreter und in Funktionärsversammlungen uns immer wieder mit dieser entscheidenden Frage der atomaren Aufrüstung befaßt. Nachdem nun aber die Bundesregierung sich nicht schnell genug für die atomare Bewaffnung der Bundeswehr entscheiden konnte und sich für die Aufstellung von Abschußbasen auf dem Bundesgebiet ausgesprochen hat, und auf der anderen Seite sich in wachsender Breite die Bevölkerung aller Schichten, an der Spitze Wissenschaftler, Geistesschaffende und Gewerkschafts-Funktionäre, zu Aktionen gegen

sprechlich einsam, ein Planwagen, davor zwei ausgemergelte Gäule, sonst nichts, absolut nichts, kein Mensch, kein Haus, nichts, nur endlose Steppe, Schnee und grauer Himmel. Unterschrift: „Bespannter Nachschub im Schnee in Rußland 1943." Das soll wohl ein weiteres Beispiel für Heroismus sein — und was die beiden geschundenen Tiere und der irgendwo verborgene Fahrer leisten mußten, war gewiß ungeheuerlich —, aber es erinnert nur ganz stark an das Los der Mutter Courage und strahlt erbarmungswürdige Verlorenheit aus.

Günther Weithe

Wir sind es, die den Kopf hinhalten müssen!

Der Aufruf der 18 Göttinger Professoren, die Warnungen des großen Urwald-Arztes Albert Schweitzer und der Aufruf der 44 deutschen Wissenschaftler zur gemeinsamen Aktion mit den Gewerkschaften hat auch bei den Kollegen des Betriebes Knorr-Bremse in Volmarstein, wo ich arbeite, starken Widerhall gefunden.

Menschen, die Tag für Tag zusammen arbeiten, oft schon jahrelang, kennen einander. Sie können sich gegenseitig nichts vormachen. Sie wissen voneinander genau, wer friedlich gesinnt ist, und auch, in wem vielleicht noch unbelehrbarer Revanchegeist steckt, vielleicht in Erinnerung an ach so schöne Etappen-Feldwebel-Zeiten in besetztem Gebiet. Mit unserer Hände Arbeit haben wir gemeinsam nach 1945 „wieder aufgebaut". Jeder hat zugepackt. Wir taten es in erster Linie für uns, die Überlebenden, unsere Familien und deren Zukunft.

Heute kommt es darauf an, keine tödlichen Experimente zu machen, durch die alles und vielleicht unser Leben verlorengeht. So wie damals nach dem furchtbaren Krieg jeder zupackte, so müssen wir heute wieder zupacken, jeder für sich und seine Familie, um die uns bedrohenden Atomgefahren abzuwenden. Selbst Kollegen unseres Betriebes, die streng auf dem Boden des Christentums und der christlichen Erziehung stehen, sind darin mit uns einig.

So wurde schon vor der Bundestagswahl im September 1957 in einer Belegschaftsversammlung einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Vorstand der I. G. Metall sowie die Botschaften der vier Besatzungsmächte von 1945 in Bonn aufgefordert wurden, alles zu tun, um die atomare Aufrüstung zu verhindern. Auch in der Folgezeit haben wir in den Versammlungen der Gewerkschaftsvertreter und in Funktionärsversammlungen uns immer wieder mit dieser entscheidenden Frage der atomaren Aufrüstung befaßt. Nachdem nun aber die Bundesregierung sich nicht schnell genug für die atomare Bewaffnung der Bundeswehr entscheiden konnte und sich für die Aufstellung von Abschußbasen auf dem Bundesgebiet ausgesprochen hat, und auf der anderen Seite sich in wachsender Breite die Bevölkerung aller Schichten, an der Spitze Wissenschaftler, Geistesschaffende und Gewerkschafts-Funktionäre, zu Aktionen gegen

den Atomtod zusammengeschlossen haben, bildete sich auch in den Reihen der Belegschaft der „Knorr-Bremse" eine Arbeitsgemeinschaft gegen die atomare Bewaffnung.

Schon auf der ersten Zusammenkunft der Kollegen (12 Mann) im Mai 1958 wurde man sich darüber einig, daß auf der betrieblichen Basis etwas getan werden muß, und man beschloß, alle Kollegen des Betriebes persönlich anzusprechen. In der zweiten Versammlung, der 16 Kollegen aus den verschiedensten Abteilungen beiwohnten, wurde beschlossen, im Betrieb eine Befragung über die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik und über die Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden durchzuführen. Man war sich darüber einig, daß solche Betriebsbefragungen von großer Wichtigkeit für die Weiterführung der Aktion sind. Sie sind es auch heute, nach den Wahlen vom 6. Juli 1958 in besonderem Maße, denn wir Kollegen können uns nicht vorstellen, daß in einer Demokratie eine Regierung den Willen des Volkes nicht kennen will und nicht beachten will.

Um die Befragung gut durchführen zu können, setzte der Ausschuß sich mit dem Betriebsrat und mit der Werksleitung in Verbindung. Nachdem der Betriebsrat dem Ausschuß jede ihm mögliche Unterstützung zugesagt hatte und die Werksleitung gegen eine Befragung ohne Beeinträchtigung der Arbeit nichts einzuwenden hatte, gingen wir an die Arbeit. Wir schrieben ein Flugblatt, in dem wir darauf hinwiesen, wie in Hiroshima und Nagasaki in Sekundenschnelle 329 000 Menschen dieser Städte ihr Leben dem Wahnsinn dieser Teufelswaffen opfern mußten. Wir sprachen weiter von den 144 Kernwaffenversuchen (Amerika 96, England 17, Sowjetunion 31), die bis Ende 1957 mit einer Zerstörungskraft von rund 5000 Hiroshima-Bomben und entsprechender Atomstrahlung für das Wettrüsten der Großmächte durchgeführt wurden. Wir wiesen darauf hin, daß die Bundesregierung nicht auf die Pläne für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa einging und somit ein erster Schritt zur Abrüstung von vornherein verhindert wird, daß sie ferner die Auswirkungen der Atombombe zu verharmlosen sucht und damit das deutsche Volk irreleitet. Wir stellten fest, daß sich vor der letzten Bundestagswahl Dr. Adenauer in der Kieler Ostsee-Halle am 5. 7. 57 entschieden gegen eine atomare Aufrüstung aussprach. Die Mehrheit der Wähler ließ sich von ihm täuschen, und er gewann die Wahl. Der Ausschuß teilte sodann in dem Flugblatt den Kollegen die beabsichtigte Durchführung der Befragung mit. Wörtlich heißt es dann: „Jede Kollegin, jeder Kollege, welche das Leben bejahen, sollte sich an dieser geplanten Aktion beteiligen. Beweist mit Eurer Stimme, daß Ihr gegen die Politik der atomaren Aufrüstung seid. Denkt an Hiroshima und Nagasaki, denkt an Eure Kinder!"

Wir verteilten das Flugblatt und konnten durch Anschlag an den 21 Tafeln im Betrieb auf die Befragung hinweisen. In den Pausen verteilten wir in den Abteilungen an jeden einzelnen die Stimmzettel mit der Aufforderung, diesen an dem festgesetzten Wahltag, wenn er wolle, in die bereitstehenden Urnen zu werfen. Ein gewählter Wahlvorstand übernahm die Kontrolle. Nach Schichtschluß wurden vom Wahlausschuß die Urnen geöffnet und unter Beteiligung von einer Anzahl von Kollegen aus den Abteilungen die Stimmen ausgezählt, ein Protokoll gefertigt und das Ergebnis der I. G. Metall und Frau Prof. Dr. Renate Riemeck von der Pädagogischen Hochschule in Wuppertal mitgeteilt, einer führenden Unterzeichnerin des „Appells der 44".

Unsere Erwartungen haben uns nicht enttäuscht. Alle anwesenden 754 Kolleginnen und Kollegen haben sich beteiligt. 21 Stimmen waren ungültig. 698 stimmten gegen die atomare Aufrüstung und gegen Raketenbasen auf deutschem Boden, das sind 92,5 % der Belegschaft. Nur 4,7 % (35 Stimmen) waren für die Atomrüstung.

Nach der Landtagswahl fand am 10. 7. 58 eine neue Ausschußversammlung statt, an der 14 Kollegen teilnahmen. Wir beschäftigten uns mit einer Gegenüberstellung dieses Abstimmungsergebnisses im Betrieb und der Entscheidung der Landtagswahlen am 6. 7. 58 in NRW. Alle Anwesenden waren sich darüber klar, daß es sehr wichtig sei, die Gründe für diese scheinbar ganz gegensätzliche Entscheidung zu untersuchen. Wir sind davon überzeugt, daß Betriebsbefragungen in anderen Betrieben, wo sie durchgeführt wurden, ganz ähnlich ausgefallen sind wie bei uns, ja, daß neue Betriebsbefragungen wiederum eine überwältigende Mehrheit gegen das gefährliche Atomexperiment bringen werden. Wie kommt nun die Partei, die die atomare Bewaffnung der Bundeswehr betreibt, zu über 50 % der Wählerstimmen? Wo liegen da die Zusammenhänge?

Wir glauben, daß man vor allem zwei Gründe in Rechnung stellen muß. Einmal handelt es sich um die Wirkung der Wahlmethoden der CDU. Wer will nicht Wohlstand und Stabilität, Sicherheit und Frieden? Wer will zum „Mob der Straße" gehören? Wer wollte dem Untermenschengesicht eines CDU-Wahlplakates gern in Wirklichkeit begegnen, durch das die „kommunistische Gefahr" beschworen wurde? Wer wollte nicht die „Freiheit", die die CDU „in der Nato" versprach? Doch dies alles wurde übertroffen von den „Hirtenbriefen" der katholischen Bischöfe, die in ihrer unmittelbaren seelischen Einwirkung auf den gläubigen Christen ihre Wirkung getan haben. Zum anderen — und das ist der zweite Grund, weshalb die CDU so beträchtliche Stimmenzahlen sammeln konnte — war der Wahlkampf der Opposition uneinig und entbehrte auch von seiten der SPD der genügenden Durchschlagskraft. Man hat in der Frage der atomaren Bewaffnung nicht ausgiebig genug einen konsequenten und beim Wähler ankommenden Standpunkt vertreten. Auch die Gewerkschaften haben sich in ihrer Aktivität durch die Bonner Regierung irre machen lassen und sind nicht immer genügend, wie es im elementaren Lebensinteresse der fast sieben Millionen Kolleginnen und Kollegen gelegen hätte, in dieser Frage an die Öffentlichkeit getreten.

Eines ist noch besonders festzustellen: In den Gebieten, wo zu der atomaren Gefahr konsequent Stellung genommen wurde und entsprechende Aktionen durchgeführt worden sind, z. B. in Dortmund oder in unmittelbarer Nähe der „Knorr-Bremse", hat die SPD sehr an Stimmen zugenommen (70 bis 80 % der Stimmen!). Es ist verständlich, daß sich nach der Wahl bei den Wählern der SPD, aber vor allen Dingen bei den Mitgliedern und Funktionären eine Niedergeschlagenheit bemerkbar machte. Aber bald war man sich darin einig, daß es zu nichts führt, gegen die Entartung der CDU-Wahlpropaganda, gegen die Flut von Diffamierungen ihrer Gegner oder gegen die Wahlkampffehler der SPD zu schimpfen. Vielmehr ist es notwendig, darin sind wir alle uns einig, durch verstärkte Aktivität den Kampf gegen die atomare Aufrüstung fortzusetzen. Wir wollen dabei nicht nur ein leeres „Nein!" gegen die Atomrüstung aussprechen, dieses Nein ist zugleich eine Forderung nach einer vernünftigen und realen Politik, ein „Ja" zu einer Politik der Entspannung und der echten Koexistenz, ein Auftrag an eine demokratische Regierung, die deutsche Politik zum Wohle unseres deutschen Volkes an die erste Stelle zu setzen, und weder eine amerikanische noch eine russische Politik zu betreiben. Friede und Menschlichkeit sind für uns Kolleginnen und Kollegen keine Propagandaworte, sondern echte Inhalte des Lebens. Wir wollen an alle Betriebe im Ennepe-Ruhrkreis eine Aufforderung schicken, überall Befragungen in den Betrieben durchzuführen und überall die Gewerkschaften aufzufordern, im Interesse ihrer Mitglieder in dieser entscheidenden Frage alles zu tun.

Wir glauben nicht, daß in dieser Lebens- und Existenzfrage unseres Volkes — und damit jedes einzelnen von uns — nur 500 gewählte Vertreter in Bonn das Recht in Anspruch nehmen können, über mehr als 50 Millionen Bürger zu bestimmen. Wenn die Demokratie unseres Grundgesetzes ihren Sinn behalten soll, dann dürfen diese 500 „Volksvertreter" nicht ohne uns, sondern nur mit uns und für uns handeln.

Prof. D. Heinrich Vogel

Praktizierter Nihilismus

Unser Nein zu den Massenvernichtungsmitteln

Es ist eigentlich eine unvorstellbar kurze Zeit, die seit dem furchtbaren Ereignis jenes ersten Abwurfes von Atombomben auf die beiden japanischen Städte vergangen ist, — unvorstellbar nämlich in bezug auf die Wirkung, die für die ganze Menschheit davon ausging. So grausig der „Erfolg" sich schon in bezug auf die unmittelbar Betroffenen darstellt, so unermeßlich ist vollends die Auswirkung, die in einem einzigen Jahrzehnt — und was ist das schon in der Menschheitsgeschichte? — geradezu das Lebensgefühl der Menschheit verändert hat. Allerdings handelt es sich dabei nicht nur um die Massenvernichtungsmittel und einen möglichen „Menschheitsselbstmord", sondern um all das, was der Mensch mit dem Menschen im technischen Zeitalter tun kann. Ich erinnere nur an die Pseudo-Allwissenheit des Menschen, der den Menschen im innersten Raum seiner privaten Existenz durch alle Wände hindurch abhorchen und nächstens vielleicht auch in aller seiner Nacktheit sehen kann. Ich erinnere an die Möglichkeit, auf biochemischem und chirurgischem Wege die Phänomene der menschlichen Persönlichkeit so zu verändern, daß der Mensch für seinen nächsten Freund nicht mehr wiedererkennbar wäre. Die Realisierung der Orwell'schen Visionen ist ja in unheimliche Nähe gerückt. Die Zukunft hat wirklich schon begonnen!

Wenn die Frage nach der Bedrohung des Menschen durch den Menschen sich im Atomzeitalter auf die Massenvernichtsungsmittel und das atomare Wettrüsten konzentriert, so hat das wohl einmal seinen Grund darin, daß die Gefahr des Atomtodes jedem unmittelbar in die Augen springt, wiederum eben darin, daß hier die Selbstvernichtung der ganzen Menschheit und sogar aller höheren Lebewesen auf dem Spiel steht. Dabei geht es gar nicht einmal in erster Linie um den Atomtod, sondern um den Atommord, und erst wenn dies erkannt wird, wird die uns gestellte Frage in ihrem eigentlichen Gewicht erkannt. Die Entscheidung in Sachen dieser Menschheitsgefahr wird letztlich daran fallen, wie viele der gegenwärtigen Menschen die Mordschuld als solche mehr fürchten denn alles, was hier an noch so grausigen Schrecken genannt werden könnte. Ich könnte auch ganz schlicht sagen: Die Entscheidung wird daran fallen, ob wir diese Sache der Massenvernichtungswaffen und alles dessen, was mit ihnen zusammenhängt, vor dem Angesicht Gottes als Sünde erkennen und ablehnen.

Die rätselhafte Kürze der Zeit, in der sich ein geradezu rasanter Verwandlungsprozeß im Menschheitsbewußtsein abgespielt hat und noch im Fortschreiten begriffen ist, wird in mancher Hinsicht am unbegreiflichsten da, wo unzählige bereits sich anschicken, mit der Bombe zu paktieren, das will hier sagen: sich mit ihr abzufinden. Der größte Feind für alle Versuche, das Gewissen der Menschen über die ganze Erde hin wachzurufen, ist die unheimliche Macht der Gewöhnung an die Wirklichkeit. Die Gewöhnung geht nicht nur mit der Trägheit der Masse in eins, sondern mit dem Egoismus und der Feigheit, die einer gegenwärtigen Entscheidung ausweicht, um vor einer noch so großen zukünftigen Gefahr die Augen zu schließen. Es ist erschütternd zu sehen, wie in dieser Situation, in der es doch wahrhaftig für alles, was Mensch heißt, um Sein oder Nichtsein geht, unzählige, am privaten Lebensstandard und dessen Sicherung als an dem ersten Gebot ihrer Existenz interessierte Menschen eine geradezu groteske Vogel-Strauß-Politik treiben, in der sie sich die beunruhigenden Stimmen der Warner krampfhaft vom Halse zu halten versuchen. Sie panzern sich in einer Gleichgültigkeit, die sich mit der Resignation verbindet nach der Weise: daß man ja in einer Sache, die von den Weltmächten entschieden würde, letztlich doch nichts machen könnte. Sie ziehen sich in eine Neutralität zurück, in der sie die Entscheidung, zu der jeder gefordert ist, auflösen und an die Stelle des Entweder-Oder ein Sowohl-Als-Auch setzen. Sie sind das bequeme Masseninstrument für alle jene Machtpolitiker, die nicht anders als auf dem Weg über die atomare Aufrüstung meinen zum Zuge kommen zu können, oder die doch kein anderes Sicherheitsrezept kennen wollen als die Abschreckung im Zeichen eben der Massenvernichtungsmittel.

Mit dieser tiefen Trägheit der Masse geht nun gleichzeitig eine „Atom-Debatte" vor sich, die in ihrer Erörterung der politischen und militärischen, ethischen und religiösen Probleme immer differenzierter wird, so subtil, daß der „Laie" vollends sich berechtigt und gar verpflichtet glaubt, eine so schwierige Sache den „Sachverständigen" zu überlassen, — wohlverstanden, eine Sache, auf der es doch unausweichlich auch um ihn selbst, um seine Kinder und Kindeskinder geht! Es ist in der Tat unbegreiflich, wie in so kurzer Zeit an die Stelle eines elementaren, radikalen Nein gegenüber dem Phänomen, wie es die Atombombe darstellt, ein solches Gemisch von Indifferenz und Problematisierung, wie wir es soeben andeutend charakterisierten, treten kann! Ich wäre wohl versucht, jeden Leser zu behaften bei seiner eigenen, ersten Reaktion auf die Nachricht von den Abwürfen auf Hiroshima und Nagasaki. Bei mir jedenfalls war es ein elementares, metaphysisches Entsetzen. Ich glaube, es ist nicht wohlgetan, sich das eindeutige Nein, zu dem der Mensch in einem solchen Augenblick gerufen wird, durch noch so kluge Erwägungen und Reflexionen paralysieren zu lassen. Freilich wird dann alles darauf ankommen, dieses Nein aus seinem eigentlichen Grund, seiner letzten Wurzel zu verstehen. Der Ausdruck „metaphysisches Entsetzen" ist ja auch nur ein stammelnder Versuch, das zu bezeichnen, worum es hier geht. Er will aber zum vornherein auf die Tiefendimension der Entscheidung lenken, zu der wir gefordert sind. Gerade gegenüber den Versuchen, eine eindeutige und einfältige Entscheidung unter Aufgebot von allerlei Tiefsinn (und Unsinn!) zu zerreden, mag es geboten sein, noch einmal auf das, worum es hier eigentlich und letztlich geht, hinzuweisen. Wir, die wir nicht nur aus rationalen, humanen, kulturellen und moralischen Erwägungen die Massenvernichtungsmittel ablehnen, haben unsere Ablehnung immer wieder auf den kleinen, schwerwiegenden (schwerer als Himmel und Erde wiegend!) Satz konzentriert: Das ist Sünde. Gewisse Theologen meinen uns heute zwar vorwerfen zu können, daß wir das biblische Verständnis der Sünde verfälschten, indem wir uns ausgerech-

net auf den Kampf gegen die atomare Sünde kaprizierten; es möchte aber umgekehrt so liegen, daß einigen angesichts der konkreten Versuchung, eine Teufelei durch den Zweck (sei es der Rettung des christlichen Abendlandes oder auch der Errungenschaften des Sozialismus) gerechtfertigt sein zu lassen, klar wird, daß „Sünde" nicht nur eine der Inflation des kirchlichen Sprachgebrauchs verfallene „Vokabel" ist, sondern schwerer wiegt als Wahnsinn und Verbrechen. Es könnte sein, daß gerade Menschen, die von neuem die Botschaft von dem Menschen hören, den Gott so liebte, daß er sich für ihn kreuzigen ließ, die Unvereinbarkeit der Massenvernichtungsmittel mit dem Glauben an diese Botschaft begreifen. Wenn denn aber das Wort „Sünde" nicht ohne Schuld jener kirchlichen Inflation der Bibelworte manchem immer noch nicht das sagt, worum es in der uns von Gott selbst (nicht nur durch unsere Vernunft und unser Gewissen) gestellten Fragen geht, so möge für diesmal alles auf die eine These konzentriert sein: Die Massenvernichtungsmittel sind in ihrer Herstellung und Anwendung Vehikel des Nihilismus, in denen die Güte Gottes gelästert und der Mensch als Mensch verraten wird. (Zu dem ganzen darf ich auf meine jetzt gerade in den „Frankfurter Heften" erschienenen 60 Thesen hinweisen.)

Wenn ich hier den Begriff des Nihilismus gleichsam wie ein Deckwort für das gebrauche, was unter dem in unzähligen Ohren entleerten Wort „Sünde" (jedenfalls in bezug auf einen ihrer Aspekte) verstanden werden möchte, so bedarf freilich der Begriff des Nihilismus selbst wenigstens einer kurzen Klarstellung. Er soll hier zunächst einmal die Überantwortung jeder Norm, jeden Sinnes und jedes Wertes an das Nichts besagen, damit im Zusammenhang aber sofort den Glauben an das Nichts, der an die Stelle des Glaubens an Gott tritt. Es handelt sich nicht nur um die Nihilisierung von Norm, Sinn und Wert, sondern um die Selbstüberantwortung des Menschen an das Nichts, das ihm an die Stelle Gottes tritt. Dabei ist keineswegs nur und gar nicht einmal in erster Linie an den theoretischen Nihilismus gedacht, sondern an jenen praktizierten Nihilismus, der hinter den „Ismen" menschlicher Weltanschauungen heute als die große Gefahr im technischen Zeitalter auf uns alle lauert und sich in dem allerorts praktizierten Materialismus ankündigt. Gottes Schaffen war nicht nur, sondern ist gerade darin göttlich, daß Gott aus nichts schafft. Wenn der Mensch Gottes Göttlichkeit verleugnet, und zwar gerade, indem er die Menschlichkeit des Mitmenschen verrät, so verfällt er einem „Nihilismus", demgegenüber das, was man philosophisch darunter verstehen mag, nur wie ein Schatten anmutet. Unsere These ist nun die: Die Massenvernichtungsmittel sind Vehikel des Nihilismus nicht nur im Blick auf ihre unabsehbare, Zeit und Raum umfassende Zerstörungsmacht, sondern in der praktizierten Lästerung Gottes und dem praktizierten Verrat am Menschen, die in ihnen geübt werden. So wie schon ihre Geburt im menschlichen Gedanken einen nihilistischen Akt darstellt, so vollends ihre Herstellung und gar ihre Erprobung und Anwendung. Als Vehikel des Nihilismus müssen sie sich nihilistisch auswirken, und es gibt keinen denkbaren Zweck, der sie rechtfertigen und der ihrem Wesenszweck innewohnenden nihilistischen Tendenz Herr werden könnte. Das möge, keineswegs vollständig, in einigen Hinweisen verdeutlicht werden.

Das Erste ist: Zerstörung der Mitmenschlichkeit. In dem Augenblick, wo der Mensch en masse wie Ungeziefer als Objekt von Massenvernichtunglsmitteln gedacht wird, ist seine Menschlichkeit geleugnet und damit die Voraussetzung der menschlichen Gemeinschaft zerstört. Das geschieht keineswegs erst in der Anwendung der Massenvernichtungsmittel, sondern bereits in ihrer unter dem Vorzeichen der Abschreckung stehenden Bereithaltung.

Diese Abschreckung, die den Geschreckten wie den Schreckenden in den Teufelskreis der Angst bannt, beruht ja, wie auf der Angst des Menschen vor dem Menschen, so auf dem Mißtrauen, und zwar als einer grundsätzlichen Verweigerung des Vertrauens. Wenn nun aber das Vertrauen schlechterdings der Herzschlag menschlicher Gemeinschaft ist, so wird sie im Lebensnerv getötet in dem Augenblick, wo der Mensch glaubt, sich gegen den Menschen letzten Endes nur noch durch Massenvernichtungsmittel sichern zu können. Das ist nicht nur heller Wahnsinn (nämlich im Blick auf den unausweichlichen selbstzerstörerischen Charakter der Massenvernichtungsmittel), sondern es ist die Nihilisierung der Mitmenschlichkeit.

Zum zweiten geht es um die Nihilisierung des Staates als Rechtsstaat. Der Staat hat seinem Ursprung und Wesen nach die Aufgabe, die menschliche Gemeinschaft in ihrem äußeren Bestande zu ermöglichen und zu schützen, indem er für Recht und Frieden sorgt, notfalls unter Anwendung von Gewalt. Auch in der gegenwärtigen Situation glaube ich nicht, daß es wohlgetan ist, wenn aus dem notwendigen Nein zu dem Mißbrauch menschlicher Macht so etwas wie ein Prinzip absoluter Gewaltlosigkeit gemacht würde, das denn auch faktisch in dieser Welt der Sünde nicht realisierbar wäre. Die Anwendung von Gewalt ist aber nur dann und nur soweit verantwortbar, als sie um des Menschen willen zum Schutz der menschlichen Gemeinschaft geschieht. Bei Gewaltmitteln, in denen die Menschlichkeit des Menschen selbst negiert wird, ist ein legitimer Gebrauch, das heißt ein Gebrauch im Dienst am Menschen, nicht mehr denkbar. Wenn der Staat nun, wie es erschreckenderweise ausgerechnet die Schweizer Regierung jüngst beschlossen hat, die ihm anvertraute Gemeinschaft durch Massenvernichtungsmittel schützen will, so zerstört er sich selber, und die Mittel haben hier eine furchtbare, rückwirkende Kraft. Es ist eben nicht wahr, daß jedes Mittel erlaubt wäre. Wer mit den Dämonen paktiert, verfällt der Dämonie. Wenn es doch alle die erkennen würden, die mit vordergründigen, opportunistischen Argumenten, letztlich durch die Angst vor dem anderen bestimmt, sich dem wahrhaft unheimlichen Prinzip verschreiben, daß der Zweck die Mittel heiligt, — auch solche Mittel! So aber soll die zur Hysterie gewordene Furcht vor dem Bolschewismus (oder denn vor einem imperialistischen Kapitalismus) rechtfertigen, was in Wahrheit den Rechtsstaat von innen heraus zerstört. Insbesondere gilt das für die demokratische Gestalt des Rechtsstaates. Die Demokratie, die ja mit einer politisch aktivierbaren Mitverantwortung aller Staatsbürger steht und fällt, wird hier unausweichlich an die Diktatur der Wenigen verraten, die im Ernstfall über den Einsatz der Massenvernichtungsmittel entscheiden, ohne daß irgendeine Volksvertretung noch gefragt werden und an der Verantwortung beteiligt werden könnte.

Zum dritten: Dem Nihilismus verfallen durch die Massenvernichtungsmittel die Rechtsbeziehungen zwischen den Staaten und Völkern. Wenn nämlich das letzte Wort die Drohung mit solchen Mitteln sein soll, dann ist das gesamte Völkerrecht, was immer es noch an politischen Abmachungen, Wirtschaftsverträgen und dergleichen zum Inhalt haben mag, an der entscheidenden Stelle außer Kraft gesetzt. Die gesamte Zahl ist, im Bild zu reden, eingeklammert und unter ein sie letztlich aufhebendes Vorzeichen gesetzt. Das tritt eklatant zutage im Falle eines mit Massenvernichtungsmitteln zu führenden Krieges. Gute Nacht Genfer Konvention und Humanisierung des Krieges! Gute Nacht jede völkerrechtliche Vereinbarung, die den Krieg (der ja, wenn überhaupt verantwortbar, der „Heraufführung eines besseren Rechts- und Friedenszustandes" dienen soll), in seiner Zielsetzung und seiner Methodik unter die Respektierung des Menschen als Menschen bringen sollte! Es ist unerfind-

lich, wie man sich gerade in diesem Zusammenhang neuerdings meint der „gleitenden Skala", die von kleinsten bis zu größten „Atomwaffen" führt, trösten zu wollen, — als ob nicht gerade diese „gleitende" Skala im Zeichen des Soges in den Abgrund stände!

Zum Schluß sei noch einmal unterstrichen, daß die Nihilisierung, die hier droht, sich in das Lebensgefühl aller Menschen dieses unseres Zeitalters einschleicht. Man mag das abstreiten und versuchen, sich selbst und anderen etwas vorzumachen, insbesondere mit dem pathetischen Geschwätz, daß es ja um die Sicherung der höchsten Menschheitsgüter ginge. Wenn aber, wie wir sagten, diese Güter und Werte, ja wenn alle Normen den nihilistischen Machtmitteln, die sie retten sollen, schon im Grundansatz verfallen sind, so verfällt der Mensch selbst, der sich auf s o l c h e Sicherungen verläßt, dem Dämon des Nihilismus. Es ist eine schreckliche Illusion, zu meinen, daß man dessen mit theologischem Tiefsinn und frommer Innerlichkeit Herr werden könnte. Hier gilt, gerade in d i e s e r Stunde der Menschheit: Irret euch nicht, Gott läßt sich nicht spotten! Daß es einige, freilich sehr kurzlebige Ausfluchtmöglichkeiten und Betäubungsmittel gibt, sei nicht geleugnet. Sie können aber nicht verhindern, daß der Nihilismus das Rückenmark menschlicher Existenz zerfrißt. Darum gibt es hier nur ein radikales Nein, unter dessen Vorzeichen alle redlichen Bemühungen um eine Abschaffung und Ächtung der Massenvernichtungsmittel zu stehen haben.

Möge der Menschheit erspart bleiben, daß inmitten eines Haufens von atomar gerüsteten großen und kleinen Mächten nur noch eine Minorität in Ohnmacht das Nein bekennen und praktiziern kann, — davon ganz zu schweigen, daß jene Mächte vielleicht eines Tages der Minorität, von der ich rede, ihren Widerstand unter Anwendung von Gewalt verbieten könnten!

U l r i k e M e i n h o f und J ü r g e n S e i f e r t

Unruhe in der Studentenschaft

Die Verfasser sind Mitglieder des „Studentischen Arbeitskreises für ein atomwaffenfreies Deutschland", Sitz Münster i. W., Steinfurter Straße 36. Der Arbeitskreis wünscht eine rege Zusammenarbeit mit Studenten anderer Universitäten.

Die „skeptisch" und unpolitisch gescholtene Generation hat zu Beginn des Sommersemesters 1958 an fast allen Universitäten und Hochschulen Westdeutschlands und Berlins studentische Arbeitskreise gegen Atomaufrüstung konstituiert. Die Demonstrationen am 20. Mai an 14 Hochschulen bezeugten die Bereitschaft zur politischen Aktion. Seitdem kam es zu Unterschriftensammlungen, zu Abstimmungen innerhalb der Studentenschaft, zu einer Welle von öffentlichen Vorträgen und Diskussionen, zu Flugblattaktionen und gemeinsamen Mahnwachen von Dozenten und Studenten. Auch in die Studentenzeitungen wurde diese Auseinandersetzung getragen. Besonders zu erwähnen sind hier eine Sondernummer von „konkret" und Nr. 4 der Aachener Zeitschrift „prisma".

Diese nach außen gerichtete Tätigkeit hat den „Ring Christlich Demokratischer Studenten" in die Defensive gedrängt. Ebenso wie der Bundesinnenminister Schröder aber vermochte er nur zu der bekannten Formel der bewußten oder unbewußten Moskauhörigkeit zu greifen. Wie wenig seine Gegenmaßnahmen von der Studentenschaft selbst getragen wurden, zeigten unter anderem die verteilten Flugblätter, die fast immer von CDU-Politikern, CDU-Geschäftsstellen oder von der AWISTA herausgegeben waren. Diese Auseinandersetzung hat die Gegensätze innerhalb der Studentenschaft verschärft, den RCDS weitgehend isoliert und den indifferenten Teil der Studenten beunruhigt. Durch Aktion und Gegenaktion zum Nachdenken gezwungen, scheint sich ein neues politisches Bewußtsein zu bilden. Dieses wird insbesondere deutlich an einem Strukturwandel innerhalb der Arbeitskreise selbst.

Während die Demonstrationen am 20. Mai noch in weitgehend emotional getragenen Aktionsgemeinschaften durchgeführt wurden, zeigte sich im Fortgang der Auseinandersetzung die Notwendigkeit, die atomare Aufrüstung in ihrem großen politischen Rahmen zu sehen. Die unterschiedlichen Motive der Ablehnung der Atomrüstung Westdeutschlands, die in den konkreten Aktionen keine Rolle spielten, ließen innerhalb der Phase einer bewußteren Argumentation zunächst eine Abwehrhaltung gegenüber einer „parteipolitischen" Bindung hervortreten. Die Methoden der Gegenseite jedoch, die kommunistischen Verdächtigungen und das weitgehend von faschistischer Mentalität bestimmte Verhalten (Niederzischen von Diskussionsrednern, ins Persönliche gehende Beleidigungen und die Forderung einer ausdrücklichen Miß- und Verachtung) half die Fronten klären. Sie führten zu größerer Gemeinsamkeit innerhalb der Arbeitskreise und machten diese um so entschlossener. Es war im Bereich der Hochschulen nicht zuletzt das Verhalten des RCDS, das den Kampf gegen die atomare Aufrüstung zum Kampf gegen die Totalität derer werden ließ, die in starrer Freund-Feind-Haltung und im Gefühl der Überlegenheit durch die parlamentarische Mehrheit im Bundestag jede Toleranz und Partnerschaft preisgaben. Das brachte vielen zum Bewußtsein, daß die gegen den Willen des Volkes durchgesetzte Rüstungspolitik Symptom einer geistigen Aushöhlung der Demokratie ist. Diese Erweiterung der Auseinandersetzung führte immer mehr zu einer Anlehnung an die politischen Hochschulgruppen und zu der Erkenntnis, daß die hier entstandene Aktivität einer politischen Konzeption bedarf, wie sie nur von gleichgesinnten politischen Hochschulgruppen aus gewonnen werden kann.

Diese Entwicklung ist insofern bemerkenswert, als die Studentenschaft in den letzten Jahren immer mehr zu einem Spiegelbild der allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse wurde. Man hat an den Universitäten oft den Abgang der „Kriegsgeneration" beklagt, den Rückzug in die „objektiven" Bereiche reiner Wissenschaftlichkeit, die wachsende Antipathie gegen parteipolitische Bindung und das Vordringen restaurativer Erscheinungen beispielsweise in den Korporationen. Der Kampf gegen die atomare Aufrüstung hat heute dazu geführt, daß an den Universitäten viele Studenten beginnen, ihren politisch-gesellschaftlichen Ort wieder zu reflektieren.

Dabei muß freilich bemerkt werden, daß weder das Verhalten des RCDS noch die Tätigkeit der Arbeitskreise repräsentativ sind für die Studentenschaft. Sie sind Spannungspole, zwischen denen die Menge derer steht, die in ihrer politischen Indifferenz beunruhigt wurden. Zwar ist diese Unruhe noch voller Mißtrauen gegen das „schmutzige Geschäft" der Politik, aber es scheint sich die Einsicht stärker durchzusetzen, daß man nur durch politischen Einsatz eben diese „schmutzigen Geschäfte" verhindern kann. Dabei wird es die Aufgabe der Arbeitskreise und der gleichgesinnten politischen Hochschulgruppen sein, den

traditionellen Vorurteilen gegenüber der „Linken" entgegen zu arbeiten durch die Analyse der Strukturen unserer Gesellschaft, die das totalitäre Verhalten und den Radikalismus bedingen. Die heutige Studentenschaft, die den Nationalsozialismus weitgehend nur noch aus der Literatur und den Erzählungen in den Elternhäusern kennt, begegnet heute zum ersten Male faschistischem und rechtsradikalem Terror. Sie muß wach gemacht werden gegen diese Strömungen, die heute im Gewande der Demokratie wieder in Erscheinung treten. Es wird von der Klarheit der Konzeption der Arbeitskreise und der mit ihnen zusammenarbeitenden Hochschulgruppen und nicht zuletzt von den verfügbaren Mitteln abhängen, ob es gelingt, die entstandene Unruhe in der Studentenschaft in politisches Bewußtsein und demokratische Verantwortung zu überführen.

Anton Zischka

Verbraucher Krieg?

Amerikas Wirtschaftskrisen und der „Kalte Krieg"

Das Pilzgeflecht der Rüstungsinteressen

Seit Papst Innozenz II. im Jahre 1143 die erste Abrüstungskonferenz der Welt einberief, wurde immer wieder versucht, den Frieden durch internationale Entwaffnungsübereinkünfte zu sichern. All diese Versuche scheiterten bekanntlich, und über das Warum gibt es zwei verschiedene Meinungen: Die pessimistisch-Passiven machen „die menschliche Natur" verantwortlich, die „Erbsünde" oder eine biologische „Fehlentwicklung", wie die der riesigen Ichthyosaurier, deren Panzer immer mächtiger, deren Hirn aber schließlich so klein wurde, daß es in einer Hühnereischale Platz gefunden hätte. Die optimistisch-Aktiven dagegen meinen, die überwiegende Mehrheit der Menschen habe stets Frieden gewollt, nur sei sie immer wieder durch eine winzige Minderheit skrupelloser Egoisten, machtgieriger Halluzinanten und kriecherischer Prä-Konformisten in den Kampf getrieben worden. Nur die ganz Wenigen brauche man unschädlich zu machen, die selber nichts riskierten, immer wieder aber Dumme fänden, die ihnen die Kastanien aus dem Feuer holen.

Welche dieser beiden Denkrichtungen das Übergewicht erlangt, war immer schon lebenswichtig, nie aber so sehr wie heute, denn erstens geht es nun nicht mehr um einen unter unzähligen Kriegen, sondern um den allgemeinen Atomtod. Und zweitens geht es um den Ausgang des Ost-West-Konfliktes, den trotz allen Geschreis nicht Moskau und nicht Washington entscheiden werden, sondern die gut zwölfhundert Millionen Menschen, die heute weder eine russische, noch eine amerikanische Weltherrschaft wünschen, deren geistige Elite sich aber an die Seite des Friedenslagers stellen wird. Für die neue Führerschicht dieser Menschen, die in Europa nicht anders als in Afrika und Asien heranwächst, gelten allein Tatsachen: sie ist gegen Schlagworte wie Dogmen immun — und sie

ist mißtrauisch. Sie traut heute der Sowjetunion echtere Abrüstungsabsichten zu wie den USA. Von Ägypten bis Indonesien und von Nordafrika bis Indien überzeugt, daß nicht die Völker, sondern nur einzelne an der Rüstung persönlich Interessierte für die heutige, lebensgefährliche Ost-West-Spannung verantwortlich sind, argumentiert diese neue Führerschicht offen oder im stillen etwa folgendermaßen: In der Sowjetunion belasten Rüstungen alle und bringen niemandem Gewinn. Da ist nicht Bedarfsweckung, sondern Bedarfsdeckung die Schwierigkeit. In den USA dagegen ...

Wie viele andere Themen ist das des Zusammenhanges zwischen Rüstungen und Privat-Profiten tabu — und war es immer. Aber wenn sich der spätere Labour-Minister Philip Snowden im März 1914 noch darauf beschränkte, dem britischen Unterhaus zu sagen: „Es wäre wohl unmöglich, einen Stein in welche Bank immer dieses hohen Hauses zu werfen, ohne Aktionäre der einen oder andern Rüstungsfirma zu treffen"; und wenn der französische Premierminister Aristide Briand (von „Havas" verschwiegen) am 29. September 1930 der Genfer Völkerbundsversammlung zurief: „Kein Volk und keine Regierung wünscht den Krieg, aber viele Interessenten arbeiten gegen den Frieden und machen unablässig unsere Anstrengungen illusorisch", so gebrauchte der demokratische Senator Gerald P. Nye 1934 in Washington nicht nur allgemeine Redewendungen gegen die Rüstungsindustrie, sondern veröffentlichte erstmals amtliche Zahlen. Denen zufolge betrugen die Reingewinne während der vier Kriegsjahre 1914—18 und die der vorangegangenen vier Friedensjahre z. B. bei:

	Krieg	Frieden
	(in Millionen Dollar)	
United States Steel	239	105
Du Ponts de Nemours	58	6
Bethlehem Steel	49	6
Anaconda Copper	34	10
General Motors	27,7	6,9
Utah Copper	21,6	5,7

und so fort bei 133 amerikanischen Gesellschaften, deren Kriegsgewinne im Durchschnitt viereinhalbmal so hoch wie die Friedensgewinne waren . . .

Nun heißt es natürlich: Das ist lange her. Heute gibt es keine Geldherren wie Morgan mehr, ist der Besitz unter Millionen Aktionäre verteilt, gehören Leute wie Carnegie, Zaharoff oder der alte Rockefeller so endgültig der Vergangenheit an wie ein Ford-T-Modell. Und überhaupt: Die Rohstahl-Erzeugung der Welt betrug 1957 rund 293 Millionen Tonnen, davon die amerikanische mehr als 102 Millionen. Zehntausend schwere Panzer aber erfordern nur eine halbe Million Tonnen Stahl. Zehn Millionen Gewehre höchstens 50 000 Tonnen. Nyes Zahlen über Kriegsgewinne stammen von 133 Firmen, aber 1918 gab es weit mehr als 300 000 amerikanische Unternehmen! Wieviele verkauften schon Kanonen? Ganze sieben. Und heute? Flugzeuge bauen in den USA neun Unternehmen mit je mehr als 200 Millionen $ Jahresumsatz, und die erhalten praktisch alle Regierungsaufträge ...

Aber wenn 1914—18 die sieben amerikanischen Kanonen-Lieferanten praktisch keine Zubringerbetriebe brauchten, eigene Kohlenbergwerke ebenso wie eigene Koksöfen und Erzfelder besaßen, so beziehen heute die Flugzeugwerke Materialien und Bauteile von rund sechstausend Unter-Lieferanten. Wenn 1944 — auf dem Höhepunkt der amerikanischen Militärflugzeugproduktion — für 16 Milliarden $ mehr als 100 000 Kampfeinheiten zu kaufen waren, so 1954 für das gleiche Geld nur mehr knapp 5000: Eine B-17 hatte 738 000 $ gekostet. Ein B-36-

Bomber kostet 5,7 Millionen $ und eine B-47 rund drei Millionen $. Für jeden besseren Düsenjäger müssen nun eineinhalb Millionen $ aufgewendet werden, denn das wurden inzwischen „Präzisions-Instrumente": Im Vergleich zum Arbeitsaufwand spielt der Rohstoffaufwand der modernen Rüstung überhaupt keine Rolle mehr, und gerade dadurch entstand ja ihre ungeheure Streuwirkung: Unzählige sind heute in den USA und in allen kapitalistischen Staaten an militärischen Staatsaufträgen interessiert, kleine Werkstätten, die Glimmer-Kondensatoren oder Lackdraht herstellen, nicht anders als die großen Munitionslieferanten. Heute gehören die früher nur Autos herstellenden „General Motors", die etwa 14 Milliarden $ Jahresumsatz haben, und die früher rein „zivil" interessierte „General Electric", die etwa 4 Milliarden $ einnimmt, ebenso zu den Rüstungsfirmen wie der als Pulverfabrik gegründete Chemietrust „Du Pont de Nemours" oder die mit etwa 2 Milliarden $ umsatzgleiche „Bethlehem Steel". Nicht nur bei den 150 größten Unternehmen der USA, die jetzt zusammen einen Jahresumsatz von etwa 140 Milliarden $ haben, entfällt nun durchschnittlich ein Drittel auf Wehrmachtsaufträge, sondern gerade neue „Kleine" heimsen die saftigsten Rüstungsgewinne ein. Z. B. mit der „Operation Paperclip", der Verhaftung Wernher von Brauns und Walter Dornbergers nebst 120 ihrer hervorragendsten Mitarbeiter aus Peenemünde begann ja 1945 ein völlig neuer amerikanischer Rüstungs-Boom. Zwar saßen die deutschen Techniker fünf Jahre in Fort Bliss, Texas, herum, ehe der Kongreß nennenswerte Beträge für Raketenversuche bewilligte und sie nach Huntsville in Alabama übersiedelten. Aber im Budget 1958/59 stehen 5,7 Milliarden $ für „Missiles"; 1957/58 waren es 3,3 Milliarden $ gewesen. Braun hat nun 3300 wissenschaftliche und technische Mitarbeiter, und was sie austüfteln, machte und macht Dutzende Unbekannte zu Multimillionären, ermöglicht Firmenaufstiege wie den geradezu abenteuerlichen, für die neueste Rüstungsentwicklung aber typischen der New Yorker „General Dynamics Corporation".

Fünfzigtausend Unternehmer . . .

Dieses Unternehmen entstand aus der „Electric Boat Co." in Groton, Connecticut, einer 1899 durch die Fusion zweier kleiner Werften gebildeten Firma, die sich auf den Bau von Unterseebooten spezialisierte und die die „Electro Dynamic Co.", eine kleine Elektromotorenfabrik, kaufte. Das Geschäft ging lange schlecht, obwohl Clement A. Griscom, damals Direktor der „Electric Boat Co.", 1904 zusammen mit Charles M. Schwab, dem Chef der „Bethlehem Steel", mit J. P. Morgan, dem die „United States Steel" gehörte, und mit Colonel R. M. Thompson, der als Herr der „International Nickel Co." am Absatz von Panzerstählen interessiert war, die hochpatriotische „Navy League" gründete, die (allerdings ohne ihre Gründer zu nennen) für eine alle andern Flotten überragende amerikanische Kriegsmarine eintrat. Der erste Weltkrieg brachte dann auch der Electric Boat reichliche Gewinne, aber die von Senator Nye geleitete Untersuchungskommission behinderte ihr Geschäft in Südamerika und Griechenland wie mit der Sowjetunion, und 1937 mußte die Firma reorganisiert werden.

Das nun geschah durch John Jay Hopkins, einen Pastorensohn aus Kalifornien, der in Harvard Jura studierte und durch Börsenspekulationen ein Vermögen verdiente. Hopkins modernisierte die „Electric Boat", baute im zweiten Weltkrieg 72 Unterseeboote für die US-Navy und erkannte zum Unterschied von den meisten anderen Rüstungsindustriellen, daß 1945 keineswegs „der Frieden ausgebrochen" war. Er legte die Gewinne der „Electric Boat" in damals billig zu erwerbenden Rüstungsbetrieben an, erwarb als ersten 1947 die „Canadair" von der Regierung in Ottowa — und kein Jahr verging seither, in dem der Rein-

gewinn die zweieinhalb Millionen Dollar Kaufpreis für diese großen Flugzeugfabriken nicht überstiegen hätte. Hopkins taufte 1952 die „Electric Boat" in „General Dynamics Corporation" um, kaufte zwei Jahre später die „Convair", die California Consolidated Vultee Aircraft — und gewann Anschluß an das Atomzeitalter, indem er für die Regierung den „Nautilus", das erste Atom-Unterseeboot der Welt, baute. Da 10 bis 30% des Wertes eines modernen Kampfflugzeuges und 50 bis 70% der Raketenpreise auf elektronische Bestandteile entfallen, kaufte Hopkins 1955 auch die Firma „Stromberg-Carlson", eine ehemalige Fernsprecherfabrik mit hervorragenden Facharbeitern, gründete 1955 die „General Atomic" und zog sich als Nachfolger einen ehemaligen Staatsbeamten, Trumans Budget-Direktor und zeitweiligen Heeresminister Frank Pace jr., Jahrgang 1913, heran. Als er im Mai 1957 an Krebs starb, war Pace bereits vier Jahre lang eingearbeitet und rundete die „General Dynamic" durch den Kauf der „Liquid Carbonics Co." ab, die Raketentreibstoffe herstellt.

Hatten die Firmen, die heute die „General Dynamic" bilden, 1946 zusammen 3500 Arbeiter und Angestellte, so heute mehr als 110 000 in rund hundert verschieden Betrieben. Auf jeden fünften Arbeiter kommt nun ein Wissenschaftler, und diese erfanden so viel Neues, daß die Verkaufsziffer von 14 Millionen $ im Jahre 1946 auf 16000 Millionen $ 1958 stieg. Die Aktien der „General Dynamics", die 1952 ungeteilt 25 $ wert waren, standen nach drei „Splits" sechs Jahre später auf 192 $, und nach „Boeing Aircraft" ist die Firma nun der größte Rüstungs-Geschäftspartner der amerikanischen Regierung. 85% ihres Umsatzes entstammen Rüstungsaufträgen. Und ihre „Berater", zu denen Größen wie Edward Teller, der „Vater der Wasserstoffbombe", und Theodor von Karman, der beste Aerodynamiker des „Westens", gehören, sorgen wie Paces alte Politiker- und Verwaltungsfreunde in Washington dafür, daß dieser Prozentsatz nicht sinkt . . .

Ist die „General Dynamics" typisch für die neuen Möglichkeiten rapider Rüstungsgewinne, so ist sie aber natürlich keineswegs die einzige Firma, der die „Sputniks" ungeahnten Auftrieb verschafften: Die Anfang 1958 von der amerikanischen Wirtschaftszeitung „Business Week" veröffentlichte Liste von „Missile Stocks", von Aktien der an der Entwicklung ferngelenkter und ballistischer Raketen beteiligten Firmen, umfaßt zwar nur 33 Werte, aber der ebenfalls 1958 gegründete Wirtschaftsverband „Association of Missile and Rocket Industries" hat 960 Mitglieder, und diese Vereinigung erklärt, einschließlich Zubringerfirmen und Unterlieferanten seien nun rund fünfzigtausend amerikanische Unternehmen am „Missile-Boom" interessiert. Zu den „Prime Contractors", den Hauptauftragnehmern für die einzelnen Raketentypen der Luftwaffe, der Armee und der Kriegsmarine, gehören Autofabriken wie „Chrysler" (die die Typen „Jupiter" und „Redstone" bauten), die Kautschukfirma „Firestone" („Corporal") und Feinmechanikunternehmen wie „Sperry Rand" („Sargeant"). Dazu gehören acht Unternehmen des Flugzeugbaus, aber auch chemische Fabriken wie die „Thiokol Chemical Corporation" oder die „Stauffer Aerojet Co.". Groß am Raketengeschäft beteiligt sind heute durch ihre Lenk- und Kontrolleinrichtungen die „Amerikan Telephone & Telegraph Co." (der Bell-Konzern), die „Radio Corporation of America", „Westinghouse Electric" und zahlreiche andere, denn die von der „Convair" in San Diego entwickelte „Atlas"-Rakete z. B. ist so kompliziert, daß die Überprüfung ihrer „Innereien" 10 Stunden dauert und zur Erprobung des Triebwerkes 19 000 Verdrahtungen zwischen den einzelnen Meßgeräten und den Kontrollpulten, Oszillographen und Schreibgeräten nötig sind. Die bei jeder Erprobung anfallenden Registrierstreifen sind 10 km lang; allein ihre Auswer-

tung kostet etwa 60 000 $, und zu jedem Flugversuch werden 600 Spezialisten gebraucht . . .

. . . und Rüstungskosten, die wie Raketen steigen

Ähnlich hoch sind alle Kosten der Atom- und Raketenrüstung: Kostete der teuerste Weltkriegs-II-Torpedo 200 000 Mark, so die billigste ICBM — Interkontinentale Ballistische Rakete — 1958 zwei Millionen Dollar. Das ist so viel wie etwa 20 000 automatische Karabiner oder 120 Kanonen vom Kaliber 10,5. Eine einzige Abschuß-Base für Mittelstreckenraketen kostet 40 Millionen $ — oder so viel wie 250 leichte Panzer. Raketentreibstoffe kosten bis zu 60 $ die Gallone (3,78 Liter), und allein die von der „Callery Chemical" (einer Tochtergesellschaft der „Gulf Oil") in Muscogee, Oklahoma, für Treibstoffe auf Bor-Basis gebaute Fabrik kostete die US-Navy 38 Millionen $. Das von der „General Dynamics" gebaute Atom-U-Boot zum Abschuß von „Polaris"-Raketen kostet 110 Millionen $ — das Achthundertfache der „Dicken Berta", des sagenhaften 42-cm-Mörsers aus dem ersten Weltkrieg, aus dem jeder Schuß 3000 Mark kostete. Überhaupt: Welche „Anfänger" waren Krupp und Schneider-Creusot, Vickers oder Putilow! In den USA zahlt der Staat heute bei Neuerungen fast immer „Kosten plus Gewinn". Und da alle Pläne strikt geheim sind, hat der Kongreß so wenig die Möglichkeit, diese Kosten zu kontrollieren, wie sonst irgendwer . . .

Selbst manche „America First!"-Konservative, die Rußland wie die Pest hassen, bekommen es deshalb langsam mit der Angst, und schon am 2. Februar 1957 stand z. B. in dem berühmten, in Washington erscheinenden „Kiplinger-Letter": „ . . . Die jetzt 72 Milliarden $ Staatseinnahmen fließen jetzt zum Großteil der ‚Verteidigung' zu, und es werden immer mehr werden, denn niemand weiß, wieviel genug ist, und niemand wagt zu sagen, wieviel zu viel. Alle Waffengattungen suchen zu erlangen, was nur möglich ist . . . und mehr und mehr Firmen nutzen das aus. Der Druck der Interessenten treibt die Ausgaben höher und höher. Ausgaben für Unproduktives, die dem Normalverbrauch entzogen werden. Die Rüstung führt heute bereits ein Eigenleben. Die Regierung vermag sie nicht mehr zu kontrollieren, sondern im Gegenteil, die Rüstungsinteressenten sind der Herr der Regierung, und die Lage wird täglich gefährlicher . . ."

Das schrieb, wie gesagt, nicht ein „Roter" oder ein „Mitläufer", das schrieb einer der erfolgreichsten Newsletter-Herausgeber der USA und einer der beliebtesten Berater des „Business". Und so steht wohl fest: Allen wird angst und bang, die sich auch nur einen Augenblick lang besinnen. Aber kaum jemand sieht einen Ausweg. Denn die Tragik liegt ja darin, daß die USA heute genau wie die Sowjetunion hin- und hergerissen werden zwischen Dogma und Realität, zwischen Tages- und Langfrist-, Klassen- und Nationalpolitik, nur mit dem essentiellen Unterschied, daß es in Moskau allein um die Parteiherrschaft, in Washington dagegen um die Gesamtwirtschaft ebenso wie um Macht- und Wahlfragen geht.

Auch die Amerikaner guten Willens müssen sich fragen: Können wir uns eine echte Entspannung, einen Verzicht auf den „kalten Krieg" leisten? Im Sommer 1958 gab es bekanntlich fünfeinhalb Millionen Arbeitslose in den USA: Müßten es nicht 15 oder 20 Millionen werden, wenn nicht länger die Hälfte bis drei Viertel aller Staatsausgaben auf Rüstungen entfallen? Auch in Amerika sind heute Leute wie der damalige Marineminister Francis Matthews, der 1950 in einer Bostoner Rede offen einen „Präventivkrieg" forderte, selten. Diejenigen, die nur in einem „wirklichen" Krieg eine genügend starke „Konjunkturspritze" sehen, die noch immer glauben, die USA selber würden durch einen drit-

ten Weltkrieg nicht zerstört werden, und denen so ein „amerikanischer Wiederaufbau" der atomisierten Ruhr, von Frankreichs und Englands Industrie wie der mandschurischen und sibirischen vorschwebt, oder die glauben, ein dritter „Kreuzzug für die Demokratie" könne ihnen neben den Eisenerzen Labradors und Venezuelas auch die von Magnitogorsk, die der Sahara und die Minette Lothringens bringen; diese Art der Kriegstreiber ist heute wohl so rar wie die „Realisten", für die der Hauptunterschied zwischen Krieg und Frieden darin liegt, daß Bomben oder Raketen eine „Lebensdauer" von nur wenigen Augenblicken haben, Fabriken oder Häuser dagegen oft eine Generation und selbst Kühlschränke und Autos fünf bis zehn Jahre halten . . .

Einen „heißen" Krieg wollen also auch in den USA nur ganz wenige (allerdings dem Pentagon nicht immer sehr fern stehende) Wahnsinnige. Aber für den „kalten" sind offen oder uneingestanden sehr viele, und keineswegs nur die verhetzten Massen oder die 960 Mitglieder der „Association of Missile and Rocket Industries" mit ihren 50 000 Zubringern und Unterlieferanten, keineswegs nur die Aktionäre der „Raytheon Manufacturing Co.", die 1922 in Boston mit ganzen 700 $ Kapital gegründet worden war und deren Aktien allein zwischen 1940 und 1945 ihren Wert von 40 Cents auf 90 Dollars erhöhten, oder der „Electronics"-Industrie überhaupt, die statt 70 Firmen im Jahre 1939 nun 4200 mit zusammen 1,7 Millionen Arbeitnehmern umfaßt, ihren Umsatz zwischen 1947 und 1957 auf 12 Milliarden $ versechsfachte und für 1965 mit 22 Milliarden $ oder 90 Milliarden DM rechnet, und keineswegs nur die Unzähligen, die heute unmittelbar oder mittelbar von der Flugzeugindustrie leben. Sondern hierzu gehören fast alle andern an ihr Unternehmen denkenden und im übrigen durchaus friedliebenden Unternehmer und Kaufleute der USA, denn sie sagen sich: Ohne Rüstungen muß es zu einer Krise kommen, gegen die die heutige Konjunktur-Abschwächung ein Kinderspiel ist. Amerikas Wirtschaft ist für den Binnenmarkt längst viel zu groß. Massive Exporte aber kann es nur geben, wenn wir entsprechend kaufen, wenn wir unsere Hochschutz-Zölle abbauen und ebensoviel oder mehr Kapital im Ausland anlegen, wie England das während seiner Blütezeit tat. Aber im Verhältnis zum Nationalprodukt erreichen unsere Auslandsinvestitionen noch nicht ein Sechstel der seinerzeit von der City in Indien und Südamerika, in Afrika und Australien, in Kanada wie in Ägypten investierten Gelder. Und eine radikale Änderung unserer Außenhandels- und Anlagepolitik ist nicht zu erwarten, denn Washingtons Wirtschaftsplanung läßt sich ja in dem einen Satz resümieren: Möglichst viel Wahlstimmen für möglichst wenig Geld. Und unser „freies Unternehmertum"? Das bedeutet immer mehr, daß die Unternehmenden ohne Risiko und Kosten Staatsgeschenke (wie z. B. mit Steuergeldern gebaute Riesenschiffe oder mit Milliardenbeträgen öffentlicher Gelder bewässertes Land) bekommen. Es bleibt also nur Weiterrüsten, zwar nicht für den „Verbraucher Krieg", wohl aber für den „Verbraucher Fortschritt". Und was schadet es schon, argumentiert man, wenn Milliarden und Abermilliarden statt durch Auto- und Kühlschrankkäufe durch Flugzeuge und Raketen in Umlauf kommen, die meist überholt sind, ehe die Serienfabrikation beginnt?

Kalte und heiße Kriege der USA

Die Weltgefahr dieser Argumentation aber liegt darin, daß Rüstungen ja nur durch Steuergelder finanziert werden können und daß sie (ganz abgesehen von der unsozialen Einkommens-„Neuverteilung", die sie bedeuten) nur durch Massenangst und — der Abstumpfung Rechnung tragend — durch immer maßlosere Hetze und immer gefährlichere Provokationen zu erlangen sind.

Wie gefährlich dieses Spiel ist, wurde an dieser Stelle schon im Juni, in dem Beitrag „Das Fliegen mit der Waffe", gezeigt. Nie aber sollten wir vergessen, daß

der „kalte Krieg" keine neue, und vor allem, daß auch er eine amerikanische Erfindung ist, die sich bisher nicht bewährte: Als der dritte Präsident der Vereinigten Staaten, Thomas Jefferson, der den Staatsanleihebesitzern Zinsen und Rückzahlung versprochen hatte und der deshalb für Kriegsschiffe so wenig Geld ausgeben wollte wie für das Heer, das er durch die fristlose und pensionslose Entlassung von 7000 Soldaten und Offizieren auf 3000 Mann reduzierte, als dieser Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und „vorbildlichste Demokrat aller Zeiten" 1807 wegen der Durchsuchung amerikanischer Schmuggelschiffe durch die Engländer mit London in Konflikt kam, konnte er also keinen Krieg führen. Aber er wollte auch nicht nachgeben und erklärte deshalb: „Nachdem wir Europa so viele nützliche Lektionen erteilten, könnten wir nun auch noch eine weitere hinzufügen und ihm zeigen, daß es auch friedliche Mittel gibt, um Ungerechtigkeiten aus der Welt zu schaffen." Er erfand das Embargo, verbot den Export amerikanischer Baumwolle nach England, und zahlreiche Spinnereien in Lancashire mußten schließen. Der Baumwollpreis, der 1802 rd. 19 Cents pro Pfund betrug, stieg auf 50 und mehr, und Jefferson triumphierte. Aber er freute sich zu früh. Wie er keinen Krieg nach außen führen konnte, so genügten seine 3000 Mann auch nicht zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern. Die Südstaaten-Farmer dachten so wenig wie die Baumwollhändler und die Schiffbesitzer daran, sich ihr Geschäft stören zu lassen. Sie durchbrachen das Embargo, und England bekam bald soviel Baumwolle, wie es nur wollte. 1810 war der erste „kalte Krieg" der Welt verloren, und 1812 brach der „heiße" gegen England aus . . .

Seither ist die öffentliche Meinung in den USA gespalten geblieben, schwankt Washington zwischen „kaltem" und „heißem" Krieg, zwischen Abrüstung und Aufrüstung hin und her. Alle amerikanischen Kriege wurden nur geführt, „um allen Kriegen endgültig ein Ende zu machen". Aber es waren immerhin zehn innerhalb eineinhalb Jahrhunderten. Und was heute die Welt ins Chaos zu stürzen droht, ist, daß sie — dank Europas Zerrissenheit und brudermörderischem Wahnsinn — bis zum Krieg in Korea ausnahmslos erfolgreich waren. Was den USA zum Verhängnis zu werden droht, ist, daß — durch diese Kriege oder durch Europas Wirren ermöglicht — sie nicht nur ihr Areal zwischen 1790 und heute von 812 000 auf 9 720 000 Quadratkilometer erweitern konnten, sondern daß eben diese Kriege Amerikas Produktionskraft weit rascher ausweiteten, als Bevölkerungs- und Verbrauchssteigerung das rechtfertigten.

Verlief die Grenze der USA 1790 rd. 640 km westlich New York, so 1848 bereits 4300 und 1945 rd. 18 000 km westlich, verlief sie ja damals bei Guam und den Philippinen. Vor allem dank der europäischen Einwanderung — 38 Millionen innerhalb eines Jahrhunderts — wuchs auch die Menschenzahl der USA phantastisch, allein zwischen 1800 und 1900 um 1332%, und statt 1790 rund vier Millionen gibt es heute fast 170 Millionen USA-Verbraucher. Der Lebensstandard ist hier bekanntlich der höchste der Erde, das Volkseinkommen hier gut fünfzigmal so hoch wie in Rotchina, dreißigmal höher als das indische. Aber der Binnenverbrauch hinkt dennoch der Industriekapazität weit nach, und so kam es nicht nur 1957 und 1929, sondern schon 1857 und 1913 zu schweren Absatzkrisen. Amerikas Hybris führte es immer wieder zur „Flucht in den Krieg", unter Truman nicht anders wie unter Roosevelt und Wilson.

Rüstungen, das Hausmittel gegen Krisen der Wirtschaft

Das amerikanische Volk wollte Kriege nie. Das fragt und weiß nicht, wieso das Nationalprodukt heute zweihundertmal höher ist, als es im Jahre 1900 war, und gut dreitausendmal höher als 1783, beim Beginn seines Eigenlebens. Über

den mangelnden kriegerischen Sinn des amerikanischen Volkes beklagte sich schon General Washington, und dem trug Franklin D. Roosevelt noch am 30. Oktober 1940 Rechnung, als er über den Rundfunk erklärte: „Während ich zu euch rede, Mütter und Väter, gebe ich euch eine feierliche Versicherung. Ich sagte es schon früher, aber ich werde es immer und immer wieder sagen. Eure Jungen werden nicht in einen fremden Krieg geschickt werden . . ."

Das versicherte Roosevelt allerdings wenige Tage vor seiner dritten Wiederwahl zum Präsidenten der USA, und diese Worte wurden — außer von den Witwen und Waisen — so rasch vergessen wie 23 Jahre früher Wilsons Friedensbeteuerungen. Und nicht weil er dem „Big Business" hörig war, brach Roosevelt sein Wort, nicht weil er selber zu den Rüstungsverdienern gehörte oder weil sein Deutschenhaß ihn verblendete: Sondern weil die USA ja eine Demokratie sind, der Staat Geld nur für Dinge ausgeben kann, die Senat und Kongreß, die Vertreter der Wähler, gutheißen . . .

Die USA nun waren durch den ersten Weltkrieg „reich" geworden wie kein Land zuvor. Aber zum Teil reich nur auf dem Papier: Die Alliierten hatten Kriegsmaterial auf Kredit bezogen, Europa auch nach 1918 Nahrungsmittel und Nachholbedarf kaum je bar bezahlt, und so hatten die USA 1928 rd. 29 Milliarden $ im Ausland ausstehen. Solange sie weiter Kredit gewährten, wurden die Zinsen prompt bezahlt und wurde weiter in Amerika eingekauft. 1928 aber war der amerikanische Binnen-Nachholbedarf gedeckt, wurde das Geld knapp, hörte die Hergabe der Auslandskredite praktisch auf. Zugleich wirkten sich die unter Hoover angenommenen hohen Hawley-Zölle aus. Amerikas Schuldner mußten statt in Waren in Gold zahlen. Da auch Frankreich Deutschlands Reparationszahlungen in Gold statt in Waren forderte und zudem trotz des vervielfachten Außenhandelsumsatzes die Welt-Goldproduktion zwischen 1913 und 1929 um rund hunderttausend Kilo sank, stieg der Goldpreis rapide. Steigende Goldpreise bedeuten aber sinkende Warenpreise. Statt 1928 noch 66 Millionen £ brachten so z. B. Australiens Wollexporte 1930 nur mehr 36 Millionen £ ein. Ähnlich ging es allen Grundstofflieferanten, die dementsprechend geringere Fertigwaren-Quantitäten abzunehmen vermochten. Niemand vermochte sich schließlich der allgemeinen Krise zu entziehen, und 40 Millionen Arbeitslose auf der Welt waren die Folge . . .

In den USA sank durch die Weltkrise das Nationalprodukt zwischen 1929 und 1933 von rd. 87 auf 39 Milliarden $, während die Arbeitslosenzahl von 470 000 auf 12,6 Millionen anwuchs. Die Republikaner wurden hinweggefegt und Roosevelts „New Deal" durchgesetzt. Aber revolutionär war der keineswegs, sondern im Grunde nur Selbstschutz der besitzenden Ober- und Mittelschicht, der Roosevelt selber angehörte und die allzu verlustreiche Liquidation durch Staatskredite an Farmer, Eisenbahnen und Industrie vermied. Natürlich bedeutete das Steuererhöhungen und Geldentwertung. Die aber wollte niemand hinnehmen, und so kam das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung sehr rasch zum Stillstand. Zwar rechnete Nels Anderson von der bundesstaatlichen „Works Progress Administration" 1937 vor, daß für jeden der damals 10 Millionen amerikanischen Arbeitslosen 1260 $ jährlich zur Verfügung standen — rd. 450 DM im Monat — wenn nur die allerdringendsten öffentlichen Aufgaben durchgeführt wurden: Sechs Zehntel aller amerikanischen Landstraßen waren damals bei Schlechtwetter unbefahrbar, zwei Drittel aller Farmer dann von der Umwelt abgeschnitten. In den Städten warteten Asphaltierungs- und Pflasterungsarbeiten im Wert von 16 Milliarden $ auf ihre Ausführung. 230 000 Bahnübergänge blieben zu beseitigen. Schulen im Wert von 5 und Krankenhäuser im Wert von 4 Milliarden $ sollten seit Jahren gebaut werden, und ebenso stanken zahllose Slums zum Him-

mel: Acht Millionen städtische und drei Millionen ländliche Wohnungsneubauten mangelten ebenso wie zahllose Parks und Bäder. Aber Roosevelt wich eben dennoch in den Krieg aus, denn Angst zu verbreiten und Haß zu säen war damals wie heute leichter, als Geld für friedliche Aufgaben zu bekommen. Fast all die 1937 in den USA ungetane Arbeit war privatwirtschaftlich so wenig rentabel, wie die meisten heutigen Binnenaufgaben Amerikas „rentabel" sind. Also mußten die Volksvertreter sie gutheißen — und taten das ebensowenig, wie es Präsident Eisenhower bisher gelang, die 50 Milliarden $ „loszueisen", die nach den Berechnungen des Bureau of Public Roads allein die dringendst nötige Modernisierung des Straßennetzes kosten würde.

Schon bei der Wahlkampagne für seine zweite Präsidentschaft im Herbst 1937 schaltete Roosevelt deshalb vom „New Deal" auf die Außenpolitik um, sprach von der Nazi-Weltgefahr und suchte schließlich den Ausweg in der Rüstung: Nachdem er am 8. September 1939 den „beschränkten nationalen Notstand" erklärt und einen „Rüstungs-Beirat" geschaffen hatte, erlangte Roosevelt 1940 vom Kongreß die ersten 12 Milliarden Rüstungsgelder. Die Arbeitslosigkeit, unter der nun unmittelbar 9 Millionen Amerikaner und mittelbar gut viermal so viele litten, nahm dennoch nur langsam ab, und so wurde die erste Pacht-Leih-Vorlage verabschiedet, begann der amerikanische „Stützpunkt"-Bau im Ausland. Im August 1941 erforderte das Rüstungsprogramm bereits 50 Milliarden $, aber auch die genügten noch nicht. Roosevelt erinnerte sich an seinen Vorgänger Jefferson, erneuerte dessen Embargopolitik und verbot Öl- und Schrottlieferungen an Japan. Und so gab es am 7. Dezember 1941 Pearl Harbour, den japanischen Überfall, von dem Roosevelt, wie heute dokumentarisch feststeht, im voraus wußte, den er aber nicht verhinderte, weil er Amerika endgültig „kriegsreif" machte: Mitte 1942 erreichten die Rüstungsausgaben 200 Milliarden Dollar . . .

Auch das schien die Wirtschaft wieder wunderbar zu „befruchten": Der Staat gab reichlich Vorauszahlungen, stellte gratis ein Drittel des nötigen Industrie-Ausweitungskapitals, erlaubte — wie auch seit 1950 wieder — die Abschreibung der Neuanlagen binnen fünf Jahren. Dem zweiten Weltkrieg folgte wie dem ersten ein weltweiter Nachholbedarf, und so war 1950 das für den Verbrauch verfügbare Gesamteinkommen der USA dreimal so hoch wie 1930. Entsprechend stiegen die Geschäftsgewinne, die 1950 nach Abzug aller Steuern 23 200 Millionen $ betrugen.

Das edle „Punkt-Vier-Programm" . . .

Aber in den fünf Jahren 1945—50 wurde ungleich mehr produziert als in den zehn Jahren 1918—28. Der Verbrauch war inzwischen gewaltig ausgeweitet worden; aber die Gewerkschaften hatten ja die Konkurrenz längst ebenso ausgesperrt, wie die amerikanischen Fabrikanten das taten: es fehlte nun die Masseneinwanderung ebenso, wie ausländische Abnehmer fehlten, und zur beginnenden Automatisierung traten die demobilisierten Soldaten. Der amtliche „National Resources Board" hatte 1942 in seiner Schrift „After Defence — What?" die Zahl der damals für die Rüstung beschäftigten mit 11,7 Millionen angegeben. Die Soldaten hinzugerechnet, wurde für 1944 eine „Wehrbeschäftigung" von 27 Millionen angenommen. Paul V. McNutt, Chef der „Manpower Commission", und Generalmajor Lewis B. Hershey, Direktor des „Selective Service", erklärten damals, daß zur Ausrüstung und Versorgung je eines Mannes der aktiven Armee 18 Mann in der Kriegsindustrie nötig seien. 1945 aber hatte die Nation reichlich genug von allem Kommiß gehabt, die Truppenzahl rapide verringert und 1948 statt der von Heer, Marine und Luftwaffe verlangten 31 Milliarden nur 14 für Wehrausgaben bewilligt . . .

Die Arbeitslosenziffern begannen also auch 1950 wieder rasch zu steigen, obwohl inzwischen manche Industrielle und Bankiers ebenso wie vereinzelte Politiker und Soldaten entdeckten, daß der zweite Weltkrieg nicht nur wie der erste teilweise, sondern völlig ein Scheingeschäft gewesen war und daß man neue Methoden der Krisenbekämpfung brauchte. Schon im Juli 1947 hatte der damalige Außenminister der USA, General George C. Marshall, bekanntlich seinen „Europa-Hilfsplan" veröffentlicht und durch ihn 15 Milliarden $ ins Rollen gebracht. Er hatte weiter dafür gesorgt, daß in Präsident Trumans Inauguralrede vom 20. Januar 1949 ein Passus aufgenommen wurde, der weltweit Begeisterung auslöste: „Wir wollen unsere technischen, wissenschaftlichen und industriellen Fähigkeiten der ganzen Menschheit und vor allem den Bewohnern der rückständigen Gebiete zur Verfügung stellen und fordern andere Nationen auf, ihre . . . Fähigkeiten mit den unsern zu vereinen . . ." Ein Inter-Departementales Komitee unter Willard Thorp wurde gegründet, um diesem „Punkt-Vier-Programm" Form zu geben, und am 18. August 1949 erklärte der damalige Innenminister Krug, Amerika sei bereit, 300 Milliarden $ im Ausland anzulegen . . .

Nur versprach Mr. Krug Geld, das er nicht besaß. Acht Monate später, im April 1950, bewilligte der Kongreß ganze 25 Millionen $ für das „Punkt-Vier-Programm". Die Privatwirtschaft lehnte es mit wenigen Ausnahmen ab, denn es erforderte Planbehörden, staatliche Kreditgarantien oder Direktinvestitionen, förderte also angeblich „Staatsallmacht und Kollektivismus, im Grunde bolschewistische Ziele . . ." Zwar schufen massive amerikanische Auslandsanlagen neue Abnehmer. Aber die Farmer hatten ja inzwischen Hilfsgesetze durchgedrückt, bekamen auf alle Fälle reichlich Geld für die Überschüsse, die sie der Regierung verkauften. Die Industrie fürchtete, aus den zusätzlichen Abnehmern könnten eines Tages Konkurrenten werden, wie ja das amerikanische Wirtschaftssystem überhaupt darauf beruht, Erfolg gegen andere, nicht mit Hilfe oder gemeinsam mit andern zu haben. Und überdies: Wozu fremde Sprachen lernen, ungewohntes Essen und Klima ertragen, Risiken aller Art in fremden Ländern eingehen, wenn es genügte, daheim die „richtigen" Freunde zu haben, mit denen ein paar Nachtlokale zu besuchen und so „bombensichere" Regierungsaufträge zu erhalten? „Punkt Vier" wurde als „unrealistisch" abgetan, bestenfalls als „Langfrist-Planung", während man „Sofort-Maßnahmen" brauche . . .

General Marshall wußte wohl, wie sich weite Kreise des „Big Business" solche „Sofort-Maßnahmen" vorstellten, und sagte deshalb am 30. Mai 1950 auf dem Nationalfriedhof in Arlington: „Der Sieger in einem neuen Krieg wird inmitten seiner eigenen Ruinen stehen . . . Er wird den leeren Triumph haben, die Verantwortung für eine zerschlagene und verarmte Welt zu erben . . . Wer immer den nächsten Krieg gewinnt, die jetzt lebende Generation zumindest verliert ihn. Und besonders Westeuropa weiß, daß von Frieden heute seine Existenz abhängt . . ."

. . . und die schmutzige „Korea-Hausse"

Aber drei Wochen später „fiel Truman um", wie vor ihm Roosevelt und nach ihm Eisenhower. Ohne Kongreßbeschluß und, wie alle Meinungstests ergaben, gegen den Mehrheitswillen des Volkes zog er am 25. Juni 1950 in den Koreakrieg. Am 15. Dezember 1950 wurde erneut der „Nationale Notstand" erklärt, und das wirkte weltweit, traf jeden deutschen Haushalt ebenso wie jeden amerikanischen: Der „stagnierende" Weizenpreis in Chicago z. B., der im Sommer 1939 rd. 67 Cents pro Bushel betragen hatte und Mitte 1945 auf 168 Cents stand, stieg auf 267. Der Koreakrieg trieb den Kupferpreis von 1945 rund

10 Cents/lb auf 37 Cents, den von Baumwolle von 8,8 auf 44,6, und während die Frachtraten ungeahnte Höhen erklommen, gab es auch überall Lohnforderungen und Streiks. Vor allem aber wirkte Korea wirtschaftlich als eine Art zweites Pearl Harbour, wie Professor Sumner S. Slichter vor der Harvard-Universität es erstaunlich offen formulierte: „Diese Verschärfung des ‚kalten Krieges' wirkte sich wohltätig auf die Wirtschaft aus. Erst sie ermöglichte jene hohen Staatsausgaben, denen das amerikanische Volk in normalen Zeiten ungern zustimmen würde . . ." Neue und immer neue Rüstungs-Milliarden konnten „dank" der Koreakrise „losgeeist" werden, und wiederum einmal war eine drohende Depression überwunden. Hatten die USA 1950 allwöchentlich „nur" soviel für ihre Wehrmacht aufgewendet, wie alle Schulen und alles mit der Volkserziehung Zusammenhängende im ganzen Jahr kosteten, so gaben sie 1951 inklusive der militärischen „Auslandshilfe" 74 Milliarden $ oder mehr als ein Viertel des Gesamt-Nationalprodukts aus . . .

Das entsprach dem Bau von fünf Cheops-Pyramiden innerhalb eines einzigen Jahres: Herodot zufolge arbeiteten 100 000 Sklaven zwanzig Jahre lang am Bau der Cheops-Pyramide, bei 12 Stunden täglich also 8,7 Milliarden Arbeitsstunden. 1950—51 betrug nun der amerikanische Industrie-Durchschnittslohn 1,75 $ die Stunde. 74 Milliarden entsprachen also 42 Milliarden Arbeitsstunden. Und sie entsprachen nicht minder dem Zweihundertfachen der Baukosten des Panama-Kanals. Sie entsprachen den amerikanischen Gesamtausgaben für Kleidung und Schuhe von dreieinhalb Jahren, entsprachen 4 Jahren Miete und Wohnungsunterhalt, 14 Jahren Transportausgaben . . .

Aber das störte niemanden. Erfreut teilte die Stockpile-Verwaltung mit, „dank der Korea-Hausse" seien „strategische Staatsvorräte", die 1480 Millionen $ kosteten, am 30. Juni 1951 bereits über 3000 Millionen $ wert gewesen. Alles ging „völlig laut Plan", denn schon im Mai 1951 hatte ja der Verteidigungsminister dem zuständigen Senats-Ausschuß mitteilen können, daß „der Ausstoß unserer Industrie an Waffen und militärischen Gütern sich dem Höchststand des zweiten Weltkrieges nähert . . ." Und stolz fügte er hinzu: „Wir sind mächtiger, als die Öffentlichkeit ahnt . . ."

Was bekanntlich nicht hinderte, daß Chinesen, die nur über ein Gewehr verfügten, aber für drei Tage Munition und Verpflegung (sechs Kilo Reis) auf dem Rücken trugen, in Korea wiederholt nahe daran waren, die „mächtigen" Amerikaner ins Meer zu treiben, und die USA plus der UN-Kontingente es mit Mühe und Not zu einem Remis brachten. Und dieses bürdete nicht nur den amerikanischen Steuerzahlern 18 Milliarden $ an unmittelbaren Kriegskosten auf — umgerechnet für jeden einzelnen Steuerzahler 1785 DM —, sondern kostete vier Millionen Koreanern das Leben. Als 1953 der „Koreanische Befreiungskrieg" zu Ende war, da besaß in diesem Land jeder dritte Überlebende kein Heim mehr, da waren in ganz Korea auf unabsehbare Zeit die Grundlagen eines menschenwürdigen Lebens zerstört. Und da gab es 1958 — fünf Jahre nach dem Waffenstillstand also — nicht nur 40 000 Kriegswaisen in Südkorea, sondern (amerikanischen Feststellungen zufolge) auch 1,3 Millionen Fälle akuter Tuberkulose. Nur 1500 Spitalbetten stehen zur Verfügung, und die Kleinkinder werden mit Reiswasser aufgezogen, weil ihre halbverhungerten Mütter sie nicht stillen können und der Krieg auch so vielen Ziegen und Kühen das Leben kostete, daß es nicht genug Milch gibt. Vom Wiederaufbau Koreas wird geredet, aber in eine so gefährdete „Militär-Bastion" steckt natürlich niemand gerne Geld, und überdies erhielt der Koreakrieg dem Süden ja seinen greisen „großen Staatsmann" Synghman Rhee, der jede Agrarreform ebenso entschieden ablehnt wie durchgreifende Maßnahmen gegen die Inflation. Die herrschende Clique Südkoreas

ähnelt in allem der Tschiang Kai-scheks, die China dem Kommunismus in die Hände trieb. Selbst das State Department sandte wiederholt Noten nach Seoul, in denen bitter Klage über die Korruption der Regierung geführt wird, denn diese verkauft z. B. Freunden zu lächerlichen Preisen amerikanische Hilfssendungen, die das Volk dann zum doppelten Weltmarktpreis zurückkaufen muß . . .

Aber wer in den USA weiß das schon? Allzu oft meinen wir ja, nur die Ostpresse sei „reglementiert", vergessen wir, daß zwei amerikanische Nachrichtenagenturen, die Associated Press und die United International Press, 5700 westliche Zeitungen, Rundfunkstationen und Zeitschriften bedienen. Und selbst wenn über die Zustände in Korea oder in Saudi-Arabien, wo die Sklaverei noch heute legal ist, berichtet wird, wen interessiert das schon? Vancouvers größte Zeitung, die „Sun", testete das „Mitleben" ihrer Leser, indem sie während des Höhepunktes des Koreakrieges drei Tage hintereinander in Fettdruck und auf der ersten Seite die gleiche Agenturmeldung unter dem gleichen Titel „Rote von lebenswichtiger Korea-Höhe vertrieben" druckte: Kein einziger Leser merkte es und von den 50 Redaktionsmitgliedern nur einer. Resigniert schrieb der Chefredakteur Earl Smith damals: „Lassen wir einen Comic Strip oder das Resultat des unwichtigsten aller Fußballspiele aus, so können wir uns vor Telephonanrufen und Protestbriefen nicht retten. Der Koreakrieg, scheints, interessiert niemanden . . ."

Und so ging das Rüsten eben weiter, obwohl Trumans Nachfolger Eisenhower in seiner großen Programmrede vom April 1953 sagte: „Jede Kanone, jedes Kriegsschiff, jede Rakete kommt im Grunde einem Diebstahl an jenen gleich, die hungern und nicht genährt werden, die Kälte leiden, ohne Kleider zu bekommen. Unsere Welt in Waffen vergeudet nicht nur Geld, sie vergeudet den Schweiß der Arbeiter, das Genie ihrer Forscher und die Hoffnungen ihrer Kinder . . . Unsere kriegsbedrohte Welt . . . das ist eine Menschheit, die an einem eisernen Kreuz hängt . . ." Das Ticken der Börsen-Fernschreiber übertönte diese Worte, wie es die Warnungen tausender Gelehrter übertönt, und Eisenhower gab es auf, ließ krank und müde dem Kongreß und seinen Hintermännern den Willen.

Wie rettet man Amerika vor sich selbst?

Mehr und mehr Amerikaner erkennen, daß Waffen, die Selbstvernichtung mit sich bringen, keine Waffen mehr sind. Mehr und mehr erkennen sehr wohl den fundamentalen Unterschied zwischen allen bisherigen Kriegsmitteln und den Atomwaffen: Brachte ein Befehl die Bombengeschwader des zweiten Weltkrieges ebenso zum Einstellen der Kampfhandlungen, wie er das bei Bogenschützen und Steinschleuderern getan hatte, so kann niemand das Aufhören von Strahlungen befehlen, gebären Sieger wie Besiegte erbgeschädigte Monster. Gerade Männer wie der Buchbindersohn Charles Edward Wilson, der 1887 im New Yorker Slumviertel „Hells Kitchen" geboren wurde, mit elf Jahren in einer Schnapsfabrik zu arbeiten begann und mit 54 Präsident des „General Electric"-Trusts war, sahen, daß es „auf die alte Tour" nicht weitergeht. Wilson war schon 1942—1944 oberster Herr der USA-Rüstung gewesen, wurde im Dezember 1950 erneut mit 1 $ Jahresgehalt Chef der Rüstungsproduktion in Washington. Er tat, was er seine Pflicht nannte, verkannte aber den „Pyramiden-Wahnsinn" nicht und schloß sich deshalb der kleinen Gruppe von Politikern und Auslandskaufleuten an, die sich um Senator Brien MacMahon scharten.

Damals Vorsitzender der amerikanischen Atom-Energie-Kommission, die bekanntlich das größte Industriemonopol der Erde ist, fünfmal so viel Kapital besitzt als die fünf größten amerikanischen Privattrusts zusammengenommen,

hatte MacMahon im Verlauf der „Punkt-Vier"-Diskussion im Februar 1950 vorgeschlagen, innerhalb fünf Jahren 50 Milliarden $ für eine „Friedenskampagne" auszugeben und diesen Betrag weltweit — auch in der Sowjetunion und in den Ostblockländern — zur Produktionssteigerung zu benutzen. Es war der erste, konkrete Koexistenz-Plan, und Wilson stimmte ihm als Leiter der stark exportinteressierten „General Electric" ebenso wie als Rüstungsbeauftragter zu, denn er wußte ja besser als jeder andere, welch ein enormer Aufwand für den Koreakrieg gemacht worden war und daß dennoch kein Sieg errungen wurde, die USA hier zum erstenmal in ihrer Geschichte nicht ihren Willen durchzusetzen vermochten. Wilson unterstützte also Senator MacMahon, aber 50 Milliarden dünkten ihn viel zu wenig, und so inspirierte er das „auf den Ansichten führender Wirtschaftskreise beruhende" Buch des Abgeordneten und Rechtsanwaltes B. A. Javits „Peace by Investment". Hier wurde 1952 vorgeschlagen, innerhalb von 50 Jahren 2000 Milliarden Dollar weltweit zu investieren: Tausend Dollar pro Kopf wurden Javits-Wilson zufolge gebraucht, um die Welt zu „rationalisieren", 40 Milliarden $ im Jahr, von denen die Nutznießer selber und andere Staaten aber sicherlich die Hälfte aufbringen konnten. Die USA sollten also jährlich 7% ihres Volkseinkommens von 1949 (kaum 4% des heutigen) aufbringen, um „den Frieden zu kaufen", und Javits fragte: „Sind 7 Cents für den $ nicht eine sehr annehmbare Risikorate? Sollten wir die nicht übrighaben, um ein für allemal Kriege auszuschalten? Zweitausend Milliarden Dollar scheinen phantastisch viel. Aber die wurden statt in 50 Jahren während des zweiten Weltkrieges binnen sechs Jahren ausgegeben . . . Irgendjemand muß beginnen . . ."

Aber niemand begann. Der mächtige „Big Business"-Boß Wilson setzte sich bei seinen Kollegen so wenig durch wie das ehemalige Nationalidol Eisenhower. Und so muß heute — trotz aller Folgen, die das für den Autor haben wird — eindeutig festgestellt werden: Die USA gefährden den Weltfrieden mehr als die Sowjetunion. Die Alliierten der USA haben ein weit größeres Risiko zu tragen als die Sowjet-Satelliten. Und nicht nur die ganze Welt hat heute ein Übergehen des „kalten" in einen neuen „heißen" Krieg zu fürchten, sondern auch die heutige amerikanische „Friedens"-Wirtschaft: Obwohl die USA knapp sechs Prozent der Erdbevölkerung umfassen, erzeugen sie heute mehr als alle anderen Völker zusammengenommen. Aber nicht für diese Völker, sondern vorwiegend für sich alleine: Der Wert der amerikanischen Ausfuhr beträgt knapp ein Zwanzigstel des Nationalprodukts, und so fragte mich Mexikos Wirtschaftsminister 1954 mit Recht: „Was hilft es uns, daß jede amerikanische Stenotypistin ihren Pelzmantel hat und zwei Dutzend Paar Nylons im Jahr verschleißt . . . ?"

Die Angst vor einem neuen Krieg ist heute allgemein; kaum geringer ist aber die Angst vor dem rapid steigenden Geburtenüberschuß der „Unterentwickelten": Muß unsre Erde nicht ein einziges, großes Armenhaus werden, wenn weiter täglich 130 000 Menschen mehr geboren werden als sterben? Besonders die in den USA und England beheimateten Neo-Malthusianisten predigen deshalb seit langem Geburtenbeschränkung — aber nur der andern, und die seit 1958 in Gang befindliche Erprobung einer neuen, amerikanischen Geburten-Verhütungspille wird in Puerto Rico durchgeführt. Chinesen und Inder sind angeblich die Große Gefahr, und so denkt kaum jemand daran, daß es ja nicht die „Unterentwickelten" sind, die die meisten Grundstoffe verbrauchen, sondern daß vor allem die USA mit Rekordgeschwindigkeit die Weltreserven zunichtemachen. Zwar nimmt die amerikanische Bevölkerung nur um etwa drei Millionen jährlich zu, nicht um 15 Millionen wie in China. Aber das kommt 60 bis 100 Millionen „Havenots" gleich, denn der amerikanische Verbrauch war und ist maßlos. Schon der amtliche amerikanische Paley-Bericht des Jahres 1954 stellte fest: „An

Metallen, Treib- und Brennstoffen wurde in den USA seit dem ersten Weltkrieg mehr verbraucht als in der gesamten Welt während der gesamten 1914 vorhergegangenen Geschichtszeit . . ." und weiter: „Während wir zu Beginn des Jahrhunderts um 15 % mehr Rohstoffe erzeugten, als wir verbrauchten, verbrauchen wir jetzt um 10 % mehr, als wir erzeugen . . . Zehn Jahre Bevölkerungszunahme der USA vom heutigen Ausmaß bedeuten z. B. einen Mehrbedarf von Kohle, der der britischen Gesamtförderung gleichkommt . . ."

Darin irrte der Paley-Bericht allerdings, denn statt der eigenen Kohlenvorräte verbrauchen die USA mehr und mehr die Ölvorräte anderer. Ähnlich ist es beim Eisenerz, bei Kupfer und Zinn, Zink und Blei — und alle Verbraucher in der Welt müssen so die dem amerikanischen Binnenmarkt-Standard angepaßten Preise bezahlen. Natürlich bringt diese Entwicklung auch Gutes mit sich, kann sie ein Friedensfaktor sein: Die nach dem Krieg an allen Ecken und Enden der Welt entstandenen amerikanischen Erdölraffinerien kosteten wie die Tankerflotten und Tankstellen-Netze weit mehr, als etwaige kriegsbedingte Ölpreissteigerungen einbringen könnten. 1920 gab es drei nennenswerte amerikanische Ölgesellschaften, die im Ausland arbeiteten, heute sind es 37, und die haben alle mehr zu verlieren als zu gewinnen. 1940 importierten die USA 4 % ihres Eisenerzbedarfes, heute 27 % und zum Teil über im Kriegsfall äußerst gefährdete, weite Seewege. Sie müssen 98 % ihres Bedarfs an Chromerz, 80 % ihres Wolframs einführen, und ähnlich ist es bei 29 von 38 unentbehrlichen Stoffen, nur mehr bei 9 sind die USA „autark". Das bremst Kriegsgelüste wie nichts sonst. Aber leider ist es auch so, daß — wie im übrigen „Westen" — eventuelle Kriegsgewinne und Auslandsverluste nicht auf den gleichen Konten aufzuscheinen brauchen: Wenn ein Krieg die „Aramco", die Arabian-American Oil Co., oder den reichsten Mann der USA, Herrn Getty, auch so gut wie sicher ruinieren würde, so könnte er sehr wohl Herrn Pace, die Du Ponts oder die „General Motors"-Leute zumindest eine Zeitlang noch reicher und mächtiger machen, als sie es bereits sind.

Es bleibt also — wie immer man es betrachtet — schließlich nur eines: die USA zur Vernunft zu leiten, wenn nötig, durch die politische Entwicklung auf friedliche Weise zu zwingen. Hierbei wird ein nicht nur geeintes, sondern innerlich erneuertes Europa, freigemacht von den gefährlichen Schlackenresten des zweiten Weltkrieges und militärisch entspannt, wie es einsichtige Staatsmänner des Westens (Gaitskell, Kennan) wie des Ostens (Rapacki) befürworten, eine entscheidende Rolle spielen. Ein solches Europa kann im Verein mit der großen „konzernfreien" Völkerfamilie der Welt, mit Afrika, Indien und dem weiten pazifischen Raum einen solchen politischen Einfluß erlangen, daß von hier aus die entscheidende Einwirkung auf die Abkehr von dem gefährlichen Weg des Atomrüstens sich bietet. Und diese politische Initiative muß sehr rasch gewonnen werden. Wir stehen unmittelbar vor einem „Atomchaos", eingeleitet durch die Entschlüsse Frankreichs und der Schweiz, sich auf eigene Faust atomar zu bewaffnen, damit einen Weg eröffnend, der die Atomkatastrophe in erschreckende Nähe rückt, da die Kontrollmöglichkeit mehr und mehr den großen bisherigen Atommächten entgleitet.

Schon im Januar 1951 schrieb die Londoner Zeitschrift „New Statesman and Nation": „Die Lebensfrage für Westeuropa ist, wie man Amerika vor sich selber retten kann. Wie man die USA hindern könnte, psychologisch die Grenze zu überschreiten, hinter der es kein Zurück mehr gibt. Denn wie eine konservative Zeitschrift Frankreichs es formulierte, es geht ja nicht allein darum, wie sehr der amerikanische Tierbändiger den russischen Bären reizt, sondern daß Amerikas Freunde sich im gleichen Käfig befinden . . ." Beide Seiten, Ost und West, können

bei einem Miteinander an Stelle des tödlichen und schon jetzt alle Kräfte und Reichtümer der Völker im kalten Kriege verschlingenden Gegeneinander nur gewinnen. Nur mit der Sowjetunion und mit China ist die Lebensfrage Krieg oder Frieden für die ganze Welt zu lösen. Die Erde ist heute nicht nur ein einziger Absatzmarkt, sie ist auch ein einziger Grundstofflieferant. Nur gemeinsam können Ost und West den Frieden erringen und damit die Wohlfahrt ihrer Völker unmittelbar steigern, können sie über das Anfangsstadium der gegenseitigen Anerkennung, der Koexistenz, zu einer echten Zusammenarbeit gelangen. Auch Amerika allein kann den Weg in eine neue Welt nicht finden. Wie die Cäsaren und wie Ludwig XIV. glauben Leute vom Schlage Foster Dulles, die Welt müsse in ihrem Lauf einhalten, weil gerade sie nun den Höhepunkt ihrer Macht erklommen haben. Hier muß dem Umdenken eben etwas nachgeholfen werden durch den immer festeren Zusammenschluß all derjenigen auf dieser Erde, die ihr eigenes Erbe, ihr eigenes Schicksal und ihre eigene Wohlfahrt weder Moskau noch Washington ausliefern wollen und deren materielle und geistige Möglichkeiten keineswegs geringer sind als die der beiden Giganten.

Für Deutschland enthält nur diese Entwicklung die Aussicht, wieder eine ungeteilte Nation zu werden, die zu einer guten Freundschaft zum Westen die reichen Möglichkeiten nützlicher wirtschaftlicher und auch kultureller Beziehungen zu der weiten unerschöpflichen Welt des Ostens hinzugewinnt.

Gerard Vanter, Amsterdam

Atomrüstung und öffentliche Meinung in Holland

Im niederländischen Parlament wurde vor kurzem ein Antrag der Regierung zur Errichtung strategischer Raketenbasen behandelt. Die Mehrheit der Zweiten Kammer stimmte dem zu. Seitdem jedoch scheint die holländische Öffentlichkeit sich allmählich dessen bewußt zu werden, daß ein endgültiger Beschluß zur Errichtung solcher Basen für strategische Atomraketen wohl der ernsteste und weittragendste Beschluß wäre, der jemals in bezug auf die Landesverteidigung angenommen wurde.

Zu diesem allmählichen Erwachen hat sehr eine Adresse beigetragen, die von einer Anzahl hervorragender Physiker der Regierung und der Öffentlichkeit vorgelegt wurde und worin auf die entsetzlichen Gefahren und möglichen katastrophalen Folgen einer solchen Atombewaffnung hingewiesen wurde. Diese Adresse, ein ausführliches, wissenschaftlich begründetes Dokument, wurde im „Nieuwe Rotterdamse Courant" in vollem Wortlaut, in der übrigen Presse mehr oder weniger vollständig publiziert. Der Minister für Landesverteidigung hat daraufhin eine Delegation dieser Professoren empfangen; von dem Resultat dieser Besprechung ist bisher jedoch in der Öffentlichkeit nichts bekanntgegeben.

Inzwischen gibt es verschiedene Anzeichen dafür, daß dieser verhängnisvolle Raketenplan in breiten Kreisen der Bevölkerung Entrüstung hervorruft. Man

macht die Regierungsparteien und insbesondere die sozialistische Partij van den Arbeid (Arbeiterpartei) hierfür verantwortlich, und als vor kurzem am 28. Mai im ganzen Land Kommunalwahlen stattfanden, erlebten die politischen Führer dieser Arbeiterpartei eine unangenehme Überraschung. In noch stärkerem Maße als neulich bei den Provinzialwahlen konnte eine bisher vollkommen unbekannte und unbedeutende politische Gruppe, nämlich die Pazifistische Sozialistische Partei (PSP), einen bemerkenswerten Erfolg verzeichnen. Obwohl diese Partei kaum über bekannte politische Persönlichkeiten verfügt, keinen Parteiapparat hat und statt einer Parteizeitung nur vervielfältigte Mitteilungsblättchen herausgeben kann, hat sie sich mit ihrer Losung „Sozialismus ohne Atombombe" in zwanzig Gemeinden an den Kommunalwahlen beteiligen können und dabei bemerkenswerte Erfolge gehabt. In Amsterdam bekam die PSP 27 638 Stimmen (5,5 %) und erhielt damit zwei von den 45 Sitzen des Gemeinderates. Jetzt hat auch die größte Amsterdamer Tageszeitung „Het Parool", aus dem Widerstand gegen die deutsche Besatzung hervorgegangen, eine der sozialistischen Partij van den Arbeid nahestehende Zeitung, die in der Frage der Atombewaffnung dem Adenauer-Kurs sehr verwandt ist, einen Artikel des holländischen Atomgelehrten F. W. de Wette gebracht. Dieser Sachverständige schreibt, man müsse sich mit der Realität vertraut machen, daß die Einrichtung von Raketenbasen die strategische Bedeutung des niederländischen Territoriums in bezug auf einen künftigen Feind radikal ändere. Die Mittelstreckenraketen seien eine ausschließlich offensive Waffe, mit der man aus den Niederlanden Moskau erreichen könne. Wenn also in Holland solche Raketenbasen vorhanden wären, dann würden die Niederlande im Kriegsfall zu den ersten Zielen russischer H-Bomben gehören.

Und de Wette beschwört die Leser, in Betracht zu ziehen, daß

1. ungeachtet der unmittelbaren Explosionswirkung einer einzigen H-Bombe (Druckwelle, Hitze, radioaktive Ausstrahlung), die ausreicht, um z. B. Rotterdam, Schiedam, Delft und den Haag mit einem Schlag zu vernichten, der folgende radioaktive Niederschlag der Explosion derart sein kann, daß in einem über die Grenzen Hollands hinausgehenden Gebiet innerhalb weniger Tage jeder sich dort aufhaltende Mensch von einer tödlichen Strahlendosis betroffen wird;
2. eine massierte Verteidigung gegen diese Gefahren in der Praxis ausgeschlossen ist, weil man unmöglich die ganze Bevölkerung evakuieren kann (womit und wohin?) und sie ebensowenig für längere Zeit in Schutzkellern unterbringen kann;
3. also in Anbetracht dieser Tatsachen die Wahrscheinlichkeit groß ist, daß die Niederlande als ganzes einen ersten Angriff nicht überleben werden.

Der Artikel sagt weiter, daß diese Raketen für eine taktische Verwendung völlig ungeeignet seien, also nur einem Va-banque-Spiel in der Erwartung dienten, daß kein Krieg ausbrechen werde. „Wenn aber dennoch ein Krieg ausbricht, dann bedeutet der Besitz solcher Raketenbasen unerbittlich das Ende." Diese Raketenbasen bedeuteten nur einen weiteren Schritt im Wettrüsten. Ein unbegrenztes Wettrüsten aber könne nicht anders enden als im Atomkrieg. Daher seien Entwaffnungsregelungen unbedingt erforderlich, und das Mißlingen aller diesbezüglichen Verhandlungen könne nicht ausschließlich den Russen vorgeworfen werden. „Als Beispiel will ich daran erinnern, daß noch im Jahre 1952 die Russen einen Vorschlag machten, der eine permanente Kontrolle durch eine UN-Instanz ohne Vetorecht vorsah. Damals hätte man also bekommen können, was man jetzt vorgibt, erreichen zu wollen." Der Artikel schließt mit der Bemerkung, daß — im Hinblick auf die eingefrorene politische Konstellation, bei der die Verhandlungsmöglichkeiten so überaus gering erscheinen — hier vielleicht für die kleinen Länder, wie die Niederlande, eine Aufgabe vorliege, nämlich auf

die Großmächte einen maßvollen Einfluß auszuüben und auf die enormen Gefahren der heutigen Entwicklung hinzuweisen.

In einer Stellungnahme zu diesen Ausführungen von de Wette legte die Redaktion von Het Parool dazu das Folgende dar: Sie stimme der Auffassung der niederländischen Regierung bei. Diese habe sich ja übrigens nur „prinzipiell" zur Einrichtung von Raketenbasen bereiterklärt und dazu noch unter dem Vorbehalt, daß diese Einrichtung zuvor noch durch Nato-Beschluß als notwendig für die kollektive Verteidigung verordnet werden müßte. Und noch ein weiterer Vorbehalt: die anderen Vertragspartner hätten ihrerseits auch ihren Verpflichtungen nachzukommen. Es wäre also alles halb so schlimm. Natürlich war die Redaktion bereit, die wissenschaftliche Autorität des Atomgelehrten de Wette anzuerkennen; aber hier ginge es ja um strategische und politische Fragen. Und obwohl „wir alle ja indirekt mitverantwortlich sind", müsse schließlich die Regierung aufgrund ihrer politischen Beurteilung der Situation die Verantwortung für das Risiko tragen, das sie glaube übernehmen zu können . . .

Nein, diese Antwort war keineswegs überzeugend und schon gar nicht beruhigend. Die politischen Erfahrungen der Nachkriegsjahre, auch des niederländischen Volkes, lassen nun einmal nicht zu, daß man sich in diesen Dingen einfach mit Vertrauen begnügt. Denn mit guten Absichten allein kann man noch keine gute Politik machen; dazu braucht man außerdem Einsicht in die wechselnden Umstände und Verhältnisse und ein klares Bewußtsein von den Konsequenzen seiner Äußerungen und Handlungen. Nach diesem Maßstab gemessen, muß die jetzige niederländische Regierung als zu leicht befunden werden.

Die politischen Erfahrungen der Niederländer könnten ein reiches internationales Anschauungsmaterial bilden. Im Jahre 1945, also unmittelbar nachdem man am eigenen Leibe die Leiden von Krieg und Besatzung erlebt hatte, schickte die niederländische Regierung alles, was sie nur an Soldaten zusammenbringen konnte, nach Indonesien, wo — wie man glaubte — einige „schwache Stellen in der westlichen Verteidigung" auszubessern seien, und wo man mit Waffengewalt die dortige Bevölkerung, die den niederländischen Befehlen nicht länger gehorchen wollte, zum erneuten Gehorsam zu zwingen hoffte. Die indonesischen nationalen Führer S u k a r n o, H a t t a und verschiedene andere wurden verhaftet. Es wurde ein wirklicher Krieg entfacht, obwohl man offiziell nur von einer „polizeilichen Aktion" (Politionele Actie) sprach. Dieses ganze Abenteuer kostete die Niederlande 5000 Mann Tote und Verwundete sowie sechs Milliarden Gulden, merkwürdigerweise genau die Summe, die man damals von den Amerikanern als Geschenk erhalten hatte, damit man ein anständiger demokratischer Staat bleiben sollte. Über die Opfer der indonesischen Bevölkerung an Toten und Verwundeten, an Kriegsschäden usw. sind niemals Zahlen publiziert worden; sie betragen jedoch mindestens das Zehnfache der niederländischen Verluste, wahrscheinlich aber weit mehr. Und bei all diesem bedenke man: Die Niederlande wurden damals von demokratischen Staatsmännern regiert, von denen einige noch heute der Regierung angehören, und genau wie heute bei der Errichtung der Atomraketen-Basen hatten sie auch damals „die besten Absichten". Sie hatten sozialistische und sogar christliche Absichten, nur fehlte ihnen die Einsicht, daß die Zeit, mit Waffengewalt politische Probleme zu lösen, endgültig vorbei war.

Seitdem hat man manche fühlbare Lektion — auch sogar von den Indonesiern — erhalten; aber man hat offenbar daraus noch nicht viel gelernt. Und so scheint als letzte und höchste Weisheit jetzt schließlich nur die Aufrüstung mit ihrem verhängnisvollen Risiko übrigzubleiben, wobei das Volk — natürlich in voller demokratischer Freiheit — zwischen Mord und Selbstmord wird wählen können.

Nun, das ist vielleicht eine befriedigende Weisheit für die düsteren, unter der schweren Bürde der Verantwortung sich windenden Staatsmänner, aber sie bildet durchaus keine Grundlage für eine praktische internationale Politik zum Nutzen von lebenwollenden Menschen.

Warum sollen die Gegensätze zwischen Ost und West durchaus mit Waffen ausgetragen werden? Warum sollte in ehrlicher, oder, wenn es nun einmal nicht anders ist, in unehrlicher Feindschaft kein kontrollierbarer modus vivendi gefunden werden können? Es gibt in Wirklichkeit keine durchaus unauflöslichen Gegensätze. Wenn das Leben, die Notwendigkeit des Lebens selbst, einen Kompromiß fordert, so kommt er. Der Gedanke an einen Kompromiß ist nur für primitiv denkende Menschen kompromittierend, d. h. für in absoluten Gegensätzen von schwarz und weiß denkenden Menschen. In der ganzen menschlichen Geschichte aber wurde noch nie eine andere gute Lösung gefunden als die eines Kompromisses. Wirkliche staatsmännische Klugheit setzte sich ohnehin nie ein anderes Ziel als das erreichbare Kompromiß. Vielleicht hat unsere heutige Welt nur wenige wirkliche Staatsmänner, die klug genug sind, um die Zeichen der Zeit zu verstehen. Aber der Gedanke an die Notwendigkeit des Friedens wird immer besser verstanden und aufgenommen und ist eng mit dem elementaren Lebenswillen der Völker verschlungen. Dadurch wird dieser Gedanke zu einem politischen Machtfaktor, dem die Staatsmänner in Ost und West Rechnung tragen müssen. Und aus dieser Situation kann ein echter Friede geboren werden.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Warburgs Kritik an der Deutschlandpolitik Amerikas

Der aus Deutschland gebürtige amerikanische Bankier James P. Warburg, dessen Bücher und Schriften zur Deutschlandfrage wiederholt große Beachtung gefunden haben, gab am 4. Juni vor dem Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Senats in Washington eine Erklärung über die Außenpolitik der Vereinigten Staaten ab, die weitestgehendes Interesse beanspruchen kann. Die Ausführungen Warburgs — soweit sie sich auf Deutschland beziehen — haben in deutscher Übersetzung folgenden Wortlaut:

Wie Sie, Herr Vorsitzender, und einige meiner älteren Freunde in diesem Ausschuß sich erinnern können, bin ich seit Jalta, Potsdam und der verhängnisvollen Viermächte-Besetzung Deutschlands ein ausgesprochener Kritiker unserer europäischen Politik gewesen. Im Jahre 1947 hoffte und glaubte ich für kurze Zeit, daß der klug erdachte Marshall-Plan uns endlich auf den richtigen Weg bringen würde. Unglücklicherweise machte die sowjetische Ablehnung dieses beispiellosen Vorschlags nicht nur den Kalten Krieg zu einer ernsten Realität, sondern brachte wieder einmal die amerikanische Politik aus dem Geleise, indem sie diese von schöpferischer Bemühung in eine kostspielige und zwecklose Wiederaufrüstung ablenkte.

Seitdem haben wir uns — wie ich es sehe — immer tiefer in eine Sackgasse hineinbegeben.

Nachdem Rußland den Marshall-Plan abgelehnt hatte, war es logisch, die drei westlichen Zonen Deutschlands in den dann entstandenen westeuropäischen Wiederaufbau-Plan einzubeziehen. Es war aber — nach meinem damals ausgedrückten Urteil — weder weise noch notwendig, Westdeutschland zu einem souveränen Staat zu machen. Es bedurfte keiner prophetischen Voraussicht, um vorauszusehen, daß eine solche Maß-

Nun, das ist vielleicht eine befriedigende Weisheit für die düsteren, unter der schweren Bürde der Verantwortung sich windenden Staatsmänner, aber sie bildet durchaus keine Grundlage für eine praktische internationale Politik zum Nutzen von lebenwollenden Menschen.

Warum sollen die Gegensätze zwischen Ost und West durchaus mit Waffen ausgetragen werden? Warum sollte in ehrlicher, oder, wenn es nun einmal nicht anders ist, in unehrlicher Feindschaft kein kontrollierbarer modus vivendi gefunden werden können? Es gibt in Wirklichkeit keine durchaus unauflöslichen Gegensätze. Wenn das Leben, die Notwendigkeit des Lebens selbst, einen Kompromiß fordert, so kommt er. Der Gedanke an einen Kompromiß ist nur für primitiv denkende Menschen kompromittierend, d. h. für in absoluten Gegensätzen von schwarz und weiß denkenden Menschen. In der ganzen menschlichen Geschichte aber wurde noch nie eine andere gute Lösung gefunden als die eines Kompromisses. Wirkliche staatsmännische Klugheit setzte sich ohnehin nie ein anderes Ziel als das erreichbare Kompromiß. Vielleicht hat unsere heutige Welt nur wenige wirkliche Staatsmänner, die klug genug sind, um die Zeichen der Zeit zu verstehen. Aber der Gedanke an die Notwendigkeit des Friedens wird immer besser verstanden und aufgenommen und ist eng mit dem elementaren Lebenswillen der Völker verschlungen. Dadurch wird dieser Gedanke zu einem politischen Machtfaktor, dem die Staatsmänner in Ost und West Rechnung tragen müssen. Und aus dieser Situation kann ein echter Friede geboren werden.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Warburgs Kritik an der Deutschlandpolitik Amerikas

Der aus Deutschland gebürtige amerikanische Bankier James P. Warburg, dessen Bücher und Schriften zur Deutschlandfrage wiederholt große Beachtung gefunden haben, gab am 4. Juni vor dem Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Senats in Washington eine Erklärung über die Außenpolitik der Vereinigten Staaten ab, die weitestgehendes Interesse beanspruchen kann. Die Ausführungen Warburgs — soweit sie sich auf Deutschland beziehen — haben in deutscher Übersetzung folgenden Wortlaut:

Wie Sie, Herr Vorsitzender, und einige meiner älteren Freunde in diesem Ausschuß sich erinnern können, bin ich seit Jalta, Potsdam und der verhängnisvollen Viermächte-Besetzung Deutschlands ein ausgesprochener Kritiker unserer europäischen Politik gewesen. Im Jahre 1947 hoffte und glaubte ich für kurze Zeit, daß der klug erdachte Marshall-Plan uns endlich auf den richtigen Weg bringen würde. Unglücklicherweise machte die sowjetische Ablehnung dieses beispiellosen Vorschlags nicht nur den Kalten Krieg zu einer ernsten Realität, sondern brachte wieder einmal die amerikanische Politik aus dem Geleise, indem sie diese von schöpferischer Bemühung in eine kostspielige und zwecklose Wiederaufrüstung ablenkte.

Seitdem haben wir uns — wie ich es sehe — immer tiefer in eine Sackgasse hineinbegeben.

Nachdem Rußland den Marshall-Plan abgelehnt hatte, war es logisch, die drei westlichen Zonen Deutschlands in den dann entstandenen westeuropäischen Wiederaufbau-Plan einzubeziehen. Es war aber — nach meinem damals ausgedrückten Urteil — weder weise noch notwendig, Westdeutschland zu einem souveränen Staat zu machen. Es bedurfte keiner prophetischen Voraussicht, um vorauszusehen, daß eine solche Maß-

nahme die Schaffung eines ostdeutschen Marionettenstaates durch Rußland ebenso wie einen sowjetischen Versuch hervorrufen würde, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben. Dies war der erste schicksalsschwere Schritt in der Entwicklung unserer gegenwärtigen Politik. Die anschließende glänzende Improvisation der Luftbrücke rettete Berlin, aber sie konnte nicht die Tatsache ändern, daß Deutschland — der Schlüssel zu einer europäischen Friedensregelung — in zwei getrennte politische Einheiten geteilt worden war.

Der zweite falsche Schritt kam 1949, als — im Gegensatz zu dem Ratschlag dieses Komitees — eine Entscheidung gefällt wurde, die direkt zu der unglücklichen Lage geführt hat, in der wir uns heute befinden.

Im April und Mai dieses Jahres hielt der Auswärtige Ausschuß Vernehmungen über die Ratifizierung des Nordatlantik-Vertrages ab. Als ich am 10. Mai 1949 aussagte, war beträchtlicher Zweifel in der öffentlichen Meinung über die genauen Verpflichtungen vorhanden, die dieser Vertrag mit sich bringen würde. Dies war so, weil die Europäer, besonders die Franzosen, darauf bestanden, daß der Vertrag mehr als eine einfache Garantie einer weiteren Befreiung von feindlicher Besatzung vorsehen müsse — mit anderen Worten, daß er eine Garantie gegen eine Invasion schaffen müsse. Es schien mir dringend notwendig, diesen Punkt aufzuklären.

Meine Erklärung vor dem Ausschuß drückte die vorbehaltlose Unterstützung der grundlegenden Deklaration aus, die bestätigte, daß die Vereinigten Staaten einen Angriff auf jeden der europäischen Unterzeichner als einen Angriff auf sich selbst betrachten würden. Ich hatte in der Tat eine solche Solidaritäts-Erklärung vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges öffentlich befürwortet.

Andererseits riet ich dringend davon ab, der europäischen Forderung nachzugeben, daß die Vereinigten Staaten sich verpflichten, West-Europa gegen eine Invasion zu garantieren. Ich behauptete, daß ein Versprechen, Westeuropa an seinen Grenzen in Mitteldeutschland zu verteidigen, unerfüllbar wäre und daß der Versuch, dieses unmögliche Unternehmen auszuführen, nicht nur die dauernde Stationierung großer amerikanischer Streitkräfte in Deutschland bedeuten, sondern daß er unweigerlich zur Remilitarisierung Deutschlands selbst führen würde. Ich wagte es, diese kategorische Erklärung trotz der vorherigen Versicherung des Staatssekretärs Acheson vor dem Ausschuß abzugeben, daß keine zusätzlichen amerikanischen Truppen nach Europa entsandt würden und daß die Vereinigten Staaten unter keinen Umständen eine deutsche Wiederaufrüstung in irgendeiner Form zulassen würden.

Ihr damaliger Vorsitzender, der verstorbene Senator Tom Conally, und sein republikanischer Kollege, der verstorbene Senator Arthur Vandenberg, versicherten nachdrücklich, daß keine solche Ausdehnung der vertraglichen Verpflichtung beabsichtigt sei, und stimmten damit überein, daß es ein schwerer Fehler wäre. Sie stimmten auch darin überein, daß die Europäer nicht im Zweifel über die Bedeutung des Vertrags gelassen werden sollten. Ihre Erklärungen zu diesem Zweck brachten am nächsten Tag Schlagzeilen hervor.

Nichtsdestoweniger, kurz nachdem der Senat den Vertrag ratifiziert hatte, wurde die Zusatzverpflichtung, welche von diesem Ausschuß abgelehnt worden war, durch eine Maßnahme der Exekutive eingeleitet. Schließlich wurden vier zusätzliche amerikanische Divisionen nach Deutschland entsandt, und im September 1950 forderten die Vereinigten Staaten Westdeutschlands Beteiligung an der Nato-Verteidigung.

Dies war der entscheidende Wendepunkt. Der Ausbruch des Krieges in Korea hat die Entscheidung, Westdeutschland wieder zu bewaffnen, nicht verursacht. Er schuf lediglich den Vorwand für eine Umkehrung der Politik, die unvermeidlich geworden war, als beschlossen wurde, Westeuropa an seinen Grenzen zu verteidigen.

Von der Entscheidung, Westdeutschland wieder zu bewaffnen, entsprang die europäische Politik, die Staatssekretär Acheson mit der begeisterten Unterstützung von Kanzler Adenauer einführte und die Staatssekretär Dulles bis zum gegenwärtigen Augenblick fortgesetzt hat. Das erklärte Ziel dieser Politik war, etwas zu schaffen, das Staatssekretär Acheson eine „Situation der Stärke" nannte, von der aus es möglich sein würde, eine deutsche Regelung auszuhandeln, die es einem wiedervereinigten Deutschland gestatten würde, ein Partner in der Nato-Allianz zu werden.

Vor diesem Ausschuß und in vielen veröffentlichten Artikeln habe ich ständig behauptet, daß es absurd sei, zu glauben, daß die Russen jemals Ostdeutschland freigeben würden, um es sich der antisowjetischen Nato-Allianz anschließen zu lassen; und daß, im Gegenteil, die Wiederbewaffnung Westdeutschlands die Teilung Europas einfrieren, die westliche Solidarität untergraben und die Ost-West-Spannungen erhöhen würde, ohne Westeuropa gegen eine sowjetische Invasion sicher zu machen.

Ich glaube, Sie werden damit übereinstimmen, daß die Geschichte diese Beurteilung gerechtfertigt hat.

Es gab eine klare Alternative zu dieser Politik, auf die wir uns im Jahre 1949 einließen. Vor der Unterzeichnung des Nordatlantik-Vertrags hat dieser Beobachter Herrn Acheson und der politischen Planungsbehörde des Staatsdepartments, von welcher Herr George F. Kennan damals Vorsitzender war, einen Aktionskurs vorgeschlagen, der auf zwei Annahmen gegründet war. Diese waren:

1. daß es keinen Frieden in Europa geben könne, solange Deutschland geteilt blieb; und
2. daß weder die Westmächte noch die Sowjetunion realistischerweise hoffen könnten, einander die vollständige Kontrolle über ein wiedervereinigtes Deutschland zu entreißen.

Auf Grund dieser Annahmen wurde vorgeschlagen, daß die Vereinigten Staaten ein Abkommen anstreben sollten, wodurch ein mittels freier Wahlen wiedervereinigtes Deutschland unter der Aufsicht der Vereinten Nationen militärisch neutralisiert worden wäre, das heißt, daß es ihm verboten worden wäre, mehr als streng begrenzte militärische Streitkräfte zu unterhalten und in militärische Bündnisse irgendwelcher Art einzutreten, aber andererseits frei geblieben wäre, sich solchen wirtschaftlichen Zusammenschlüssen anzuschließen wie der damals noch nicht bestehenden Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft.

Das Dokument, welches dem Staatssekretär Acheson am 26. Februar 1949 unterbreitet und anschließend jedem Mitglied des Kongresses zugesandt wurde, schlug weiter vor, daß eine deutsche Regelung dieser Natur eventuell zu einer breiteren europäischen Regelung führen könnte, unter welcher die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion ihre Streitkräfte graduell zurückziehen und die Unverletzlichkeit ganz Europas garantieren würden.

So viel ich weiß, war dies die erste Befürwortung einer Politik, die man jetzt eine sorgfältig abgestufte Loslösung (disengagement) nennen würde, obwohl es kürzlich ans Licht gekommen ist, daß Herr Kennan damals anscheinend eine ähnliche Ansicht in vertraulichen Besprechungen mit Staatssekretär Acheson unterstützt hat.

Auf Grund der russischen Besorgnis, die westdeutsche Wiederbewaffnung zu verhindern, des französischen Zögerns und der deutschen Zurückhaltung, sich zu bewaffnen, gab es eine Anzahl Gelegenheiten, zu denen unsere Politik hätte revidiert werden können. Nach meiner Meinung hatten wir eine gute Chance, freie gesamtdeutsche Wahlen zum Preise der Neutralisierung Deutschlands zu jeder Zeit zwischen September 1950 und Mai 1952 zu bekommen, bevor ein festes Abkommen über die deutsche Wiederbewaffnung unterzeichnet war. Wie die Protokolle zeigen, machte ich vor diesem Ausschuß am 28. März 1952 einen letztmaligen Versuch. Herr Acheson war jedoch ernsthaft entschlossen, den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft durchzubringen. Sowohl er wie auch Kanzler Adenauer waren glatt gegen jede Erforschung irgendwelcher Alternativen eingestellt.

Die Eisenhower-Regierung hätte sehr wohl ein neues Blatt aufschlagen können, besonders nach dem Tod von Stalin. Aber Herr Dulles, nachdem er die Acheson-Adenauer-Politik rundweg verunglimpft hatte, übernahm diese in vollem Umfang und fügte ein paar seiner eigenen herausfordernden Arabesken hinzu. Sie erinnern sich an das Schlagwort: „Befreiung, nicht nur unmoralische Eindämmung!"

Nach der französischen Ablehnung des EVG-Vertrags setzten die Londoner Abkommen vom Oktober 1954 schließlich die Drohung der deutschen Wiederbewaffnung in die Wirklichkeit um. Dies führte dazu, vorher verhandlungsfähige Positionen einzufrieren, und in der Tat blieben diese bis zu den polnisch-ungarischen Aufständen im

Oktober 1956 eingefroren. (Ich habe die Genfer Gipfelkonferenz von 1955 nicht vergessen, auf die ich mich noch beziehen werde.)

Die Tür für Verhandlungen wurde wieder geöffnet, als in einem Augenblick der ungarischen Revolte der Kreml seine Bereitwilligkeit anzeigte, einen teilweisen Abzug seiner Truppen aus Osteuropa zu erwägen. Dem folgte am 17. November eine sowjetische Note, die unserer Regierung einen gegenseitigen Abzug der Truppen aus ganz Europa westlich der russischen Grenze vorschlug, zusammen mit einem allgemeinen europäischen Sicherheitsabkommen.

Unsere Regierung wischte dieses interessante Angebot als „unaufrichtige Propaganda" beiseite. Die im Dezember 1956 abgehaltene Arden House-Abrüstungs-Konferenz forderte jedoch Präsident Eisenhower auf, die Sowjet-Note mit einem Gegenvorschlag zu beantworten, an dessen Entwurf teilzunehmen ich den Vorzug hatte. Der seither veröffentlichte Entwurf des Gegenvorschlags sah vor, daß die Vereinigten Staaten die Ansicht aussprechen, daß ein beiderseitiger Rückzug — obwohl im Prinzip wünschenswert — sorgfältig und Schritt für Schritt abgestuft sein müsse.

Als ersten Schritt schlugen wir den russischen Rückzug hinter die Oder-Neiße-Linie vor, im Austausch mit dem westlichen Rückzug hinter das westliche Rheinufer, wobei Ostdeutschland aus dem Warschauer Pakt und Westdeutschland aus der Nato zu entlassen wären. Es wurde vorgeschlagen, daß beide deutschen Staaten unter der Aufsicht der Vereinten Nationen militärisch neutralisiert werden und daß der Viermächte-Status in Berlin bis zur Eingliederung der beiden deutschen Staaten aufrechterhalten werden sollte.

Dieser Entwurf eines Gegenvorschlags wurde von den Senatoren Sparkman und Flanders dem Präsidenten Eisenhower überbracht, die beide an der Konferenz teilgenommen hatten. Er wurde hauptsächlich — wie ich glaube — deswegen zurückgewiesen, daß er nicht die Zustimmung von Kanzler Adenauer finden würde.

Die Vorteile, die wir in diesem Vorschlag sahen — falls er angenommen würde — waren die, daß er einen ersten Schritt auf die Beseitigung der sowjetischen Zwingmacht aus Osteuropa darstellen würde; daß er die nukleare Bewaffnung Deutschlands verhindern würde; daß er 17 000 000 Ostdeutsche befreien und die Bedingungen schaffen würde, unter welchen die deutsche Wiedervereinigung erfolgen könnte; und daß das neutralisierte Gebiet als eine Erprobungsgrundlage für die Technik der Inspektion und der Vollstreckung dienen würde.

Seitdem ist eine Anzahl anderer Vorschläge vorgebracht worden. Herr Kennan hat die Loslösung in allgemeinen Wendungen besprochen. Oppositionsführer in England und Deutschland haben mehr ins Einzelne gehende Pläne vorgeschlagen, und erhebliches Interesse ist in ganz Europa hervorgerufen worden.

Auf kommunistischer Seite haben die Polen den Rapacki-Plan für die Schaffung einer atomfreien Zone hervorgebracht, der nicht nur Ost- und Westdeutschland einschließt, sondern auch Polen und die Tschechoslowakei. Dieser Vorschlag hat die Phantasie einer wesentlichen Zahl von Europäern erregt. Meine eigene Ansicht ist die, daß er nur im Zusammenhang mit einem abgestuften Rückzug der konventionellen Streitkräfte erwogen werden sollte, da er andernfalls den Ausschlag zugunsten des Sowjetblocks geben würde.

Die wichtigste Tatsache ist, daß die Tür für Verhandlungen wieder offen ist. Nichtsdestoweniger hat unsere Regierung eine streng negative Haltung gegen alle und jede Pläne für eine Loslösung aufrechterhalten.

An diesem Punkt möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf etwas lenken, das mir als eine sonderbare Paradoxie erscheint. Unsere ganze Nachkriegspolitik in Europa ist auf die Änderung des bestehenden Zustands in Deutschland und Osteuropa gerichtet gewesen. Doch jetzt, wie bei früheren Gelegenheiten, wenn die Russen ein Interesse an der Änderung des Status quo anzeigen, sei es aus aufrichtigen Motiven oder einfach für Propagandazwecke, scheut unsere Regierung zurück, indem sie anscheinend vorzieht, die Dinge so zu lassen, wie sie sind, aus Furcht, daß jede Änderung im status quo eine Änderung zum Schlechteren hin sein würde.

Ich verstehe diese Einstellung nicht. Wünscht unsere Regierung, Deutschland geteilt und Osteuropa unter sowjetischer Herrschaft zu lassen? Und wenn nicht — wenn unsere Regierung den status quo in Deutschland und Osteuropa nicht mag und den sowjetischen Abänderungsvorschlägen mißtraut — warum macht sie dann nicht einige verhandlungsfähige Gegenvorschläge von sich aus, statt immer wieder Forderungen zu wiederholen, von denen sie weiß, daß sie unannehmbar sind?

Und warum sollten unsere Diplomaten annehmen, daß aus jeder Gib- und Nimm-Verhandlung die Vereinigten Staaten notwendigerweise als Zweitbester hervorgehen werden? Haben wir alles Vertrauen in uns selbst als kluge Unterhändler verloren?

Ich überlasse Ihnen diese Fragen zur Erwägung, zusammen mit einer anderen unbeantworteten Frage: Könnte es sein, daß unsere europäische Politik eigentlich in Bonn gemacht wird, statt in Washington? Und wenn das so ist, ist es klug von uns, alles auf die Weisheit des achtzigjährigen deutschen Kanzlers zu setzen, dessen Politik von seinem eigenen Volk ernsthaft in Frage gestellt wird?

Ohne das Kreuzverhör ausschließen zu wollen, lassen Sie mich, Herr Vorsitzender, einige der Argumente beantworten, die gewöhnlich gegen jeden Versuch, unsere gegenwärtige europäische Politik zu modifizieren, vorgebracht werden.

Staatssekretär Dulles behauptet, daß wir uns nicht auf den russischen guten Willen verlassen können, Abkommen einzuhalten, die wir abschließen könnten.

Ich unterstelle, daß Nationen nicht Abkommen abschließen, indem sie sich dabei auf den beiderseitigen guten Willen verlassen. Sie verlassen sich gegenseitig auf die intelligente Verfolgung der eigenen Interessen. Die Geschichte zeigt, daß die am wahrscheinlichsten gebrochenen internationalen Abkommen genau diejenigen sind, welche von der einen oder anderen Seite aus einer „Position der Stärke" heraus ausgehandelt werden — das heißt, unter einem bestimmten Grad der Nötigung. Auf der anderen Seite sind die am wahrscheinlichsten eingehaltenen Abkommen diejenigen, die auf der Grundlage des Gib und Nimm aus einer Position der gegenseitig anerkannten Gleichheit ausgehandelt werden. Die Abkommen, welche halten, sind diejenigen, die freiwillig eingegangen wurden, weil sie dem Eigeninteresse beider Parteien dienen und somit selbstvollstreckbar werden. Das ist die Art von Abkommen, die wir anstreben sollten.

Staatssekretär Dulles behauptet, als Kern seines Arguments gegen Verhandlungen, daß die Russen auf der Genfer Gipfelkonferenz von 1955 freien gesamtdeutschen Wahlen zugestimmt und daß sie dann ihr Abkommen gebrochen haben.

Wie mehrere verantwortliche eigene und britische Berichterstatter, die in Genf anwesend waren, erklärt haben, ist dies eine Entstellung der Tatsachen. Die Staatschefs kamen überein, daß Deutschland durch freie Wahlen „im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit" wiedervereinigt werden sollte. Sie konnten nicht darin übereinstimmen, welche dieser beiden Erwägungen zuerst kommen sollte. Die Russen behaupteten, daß ein europäisches Sicherheitsabkommen einschließlich der Neutralisierung Deutschlands gesamtdeutschen Wahlen vorangehen müsse, während der Westen daran festhielt, daß freie gesamtdeutsche Wahlen eine Vorbedingung jeder Regelung sein müssen. Die zweideutige Formulierung des Kommuniqués verhüllte lediglich die Tatsache, daß keine Übereinstimmung erzielt worden war. Ich bezweifle, ob Mr. Dulles Sie vom Gegenteil überzeugen kann.

Kanzler Adenauer hat — indem er gegen die Loslösung argumentierte — sein eigenes Ablenkungsmanöver hervorgebracht, indem er behauptete, daß ein neutralisiertes Deutschland leicht dem kommunistischen Umsturz zum Opfer fallen würde.

Der Kanzler weiß ganz gut, daß Deutschland weit mehr gegen den Kommunismus immun ist als Frankreich oder Italien. Was er befürchtet, ist nicht die ideologische, sondern die politische Verführung — daß, wenn er einmal gegangen ist, die deutsche Geschichte sich wiederholen kann; mit anderen Worten, daß ein neutralisiertes Deutschland nochmals Rußland gegen den Westen ausspielen oder sogar mit Rußland gegen den Westen spielen kann. Diese Gefahr besteht. Aber das Risiko einer solchen Verführung wird unendlich größer sein, solange Deutschland geteilt bleibt, wobei der Kreml in der Lage ist, den Köder für die Wiedervereinigung hinzuhalten. Somit wird das ein-

zige politische Risiko eigentlich durch weiteres Festhalten an unserer gegenwärtigen Politik vergrößert.

Kanzler Adenauer behauptet auch, daß — falls ausländische Truppen vor freien gesamtdeutschen Wahlen zurückgezogen werden — das Ergebnis in einer Einfrierung der Teilung bestehen werde.

Das Gegenteil kommt der Wahrheit näher. Ein beiderseitiger Abzug der ausländischen Truppen würde die einzigen Bedingungen schaffen, unter welchen das Zustandekommen der deutschen Wiedervereinigung vernünftigerweise erwartet werden könnte. Der Abzug der sowjetischen Zwingmacht würde fast mit Sicherheit das ostdeutsche kommunistische Regime stürzen. Mit einem einheitlichen Regime irgendwelcher Schattierung an der Macht würde ein Zusammenrücken der beiden deutschen Staaten unvermeidlich sein und zur wirtschaftlichen und schließlich zur politischen Integration führen. Freie gesamtdeutsche Wahlen würden dann wahrscheinlich kommen, nicht als eine Vorbedingung, sondern als der Höhepunkt eines graduellen Prozesses der Wiedervereinigung.

Es wird von manchen Militär-Experten behauptet, daß die Neutralisierung Deutschlands in ihrer Wirkung die Nato zerstören würde.

Diese Behauptung wird von manchen unserer eigenen führenden Militärs und solchen britischen Autoritäten wie Captain Lidell-Hart und Luftmarschall Sir John Slessor bestritten. Ich will nur diesen Kommentar eines Laien abgeben:

Auf die eine oder andere Weise beruhen die militärischen Argumente gegen eine Loslösung alle auf der strategischen Konzeption, die schon veraltet war, als die Nato zuerst organisiert wurde. Die grundlegende Behauptung ist, daß Westeuropa nicht ohne den deutschen Raum und deutsche Menschenkraft verteidigt werden kann. Das ist wahr. Aber der darin enthaltene Folgesatz, daß Westeuropa gegen eine Invasion mit deutscher Hilfe verteidigt werden kann, ist nicht wahr; er ist auch zu keiner Zeit seit unserer überstürzten Nachkriegs-Demobilisierung wahr gewesen.

Die Tatsache ist, und ist es die ganze Zeit gewesen, daß der einzige Weg, Westeuropa zu verteidigen, darin besteht, einen Angriff zu verhindern.

Wenn die Russen jemals die Absicht gehabt hätten, in Westeuropa einzufallen — was ich bezweifle — dann sind sie nicht durch die lächerlich kleinen Land- und taktischen Luftstreitkräfte der Nato abgeschreckt worden. Sie sind abgeschreckt worden durch die sichere Kenntnis, daß ein Angriff auf Westeuropa einen Atomkrieg mit den Vereinigten Staaten auslösen würde. Dieselbe Abschreckung würde auch für die Invasion in irgendeinem Gebiet gelten, aus dem die Russen sich zurückgezogen und dessen Neutralisierung sie zugestimmt hatten.

Lassen Sie mich zum Schluß zwei Argumente erledigen, die oft von den unentwegten Anhängern unserer gegenwärtigen bankrotten Politik gegen eine Loslösung vorgebracht werden.

Die erste lautet: „Wir dürfen Deutschland nicht neutralisieren, weil das genau das ist, was die Russen wollen." Die zweite besagt: „Es ist töricht, einen solchen Plan vorzuschlagen, weil die Russen ihm niemals zustimmen werden."

Ich stelle fest, daß die Unbeweglichen es nicht auf beiderlei Art haben können. Ein Vorschlag kann nicht auf Grund zweier widersprechender Hypothesen zurückgewiesen werden. Die glatte Wahrheit ist, daß wir nicht wissen, was die Russen wollen oder was sie akzeptieren würden, weil wir niemals einen ehrlichen Versuch unternommen haben, es herauszufinden. Wir haben neun Jahre lang nichts getan, als Forderungen zu wiederholen, von denen wir wissen, daß sie unannehmbar sind."

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,— DM zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr.
Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw